Nr. 206 / Einzelpreis 10 Pfennig — Halle (Saale), Freitag den 4. September 1925

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint „den Werktag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit." Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Harz 42/44, Hofgebäude, zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2.— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt od. u. Postboten zugestellt 2,40 Mk.; bei direkter Zusendung an den Verlag 2,50 Mk. Anzeigenpreis: 12 Pfg. im Anzeigen- und 60 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernruf 4606. — Zweigstelle: Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20819 Erfurt

Schwarz wieder Trumpf!

Der neue Reichsschulgesetzentwurf als Dank für die Zustimmung zu den Steuer- und Zollgesetzen. / Unerhörtes Attentat auf die Schule. / Auslieferung der Schule an die Kirche. / Die Kommunisten wieder als Helfershelfer.

Der Wortlaut des Machwerks.

Der von uns gestern erwähnte Entwurf des Reichsschulgesetzes hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Unter Bekenntnis im Sinne dieses Gesetzes ist ein Religionsbekenntnis zu verstehen, zu dessen gemeinschaftlicher Pflege eine Religionsgesellschaft besteht, welche die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts besitzt (Art. 137 RV.).

§ 2. Unter Weltanschauung im Sinne dieses Gesetzes ist eine Weltanschauung zu verstehen, zu deren gemeinschaftlicher Pflege eine Weltanschauungsgesellschaft besteht, welche die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts besitzt (Art. 137 RV.).

§ 3. Unter Gemeinden im Sinne des Artikels 146 Abs. 2 der Reichsverfassung sind im Sinne dieses Gesetzes sind die öffentlichen Verbände zu verstehen, die zur Errichtung und Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen für die ihnen zugewiesenen Einwohner bestimmt sind.

§ 4. Die Merkmale der Volksschule eines bestimmten Bekenntnisses sind folgende:

1. Sie dient zur Aufnahme von Schülern (Schülerinnen) eines bestimmten Bekenntnisses, doch kann auch die Aufnahme von Schülern eines anderen Bekenntnisses oder bekenntnisloser Schüler zugelassen werden; sie verliert ihre Eigenschaft als Bekenntnisschule weder dadurch, daß Kinder, die nicht dem Bekenntnis angehören, aus besonderen Gründen zugelassen werden, noch dadurch, daß für die Schüler eines anderen Bekenntnisses schulplanmäßiger Unterricht erteilt wird.
2. Die an ihr hauptsächlich angestellten Lehrkräfte müssen dem Bekenntnis angehören, für welches die Schule bestimmt ist. Die Anstellung und Beschäftigung von Lehrkräften anderer Bekenntnisse bleibt für besondere Fälle zulässig; die Beschäftigung von Bekenntnislosen ist nur in besonderen Ausnahmefällen und nur vorübergehend gestattet.

§ 5. Die Bekenntnisschulen sind nach dem Bekenntnisse, für das sie bestimmt sind, zu bezeichnen.

Die gesamte Unterrichts- und Erziehungsarbeit in den Bekenntnisschulen muß getragen sein von dem Geiste des Bekenntnisses. Im Lehrplan und Lehrstoff sowie bei der Auswahl der Lehr- und Lernmittel ist gebührende Rücksicht auf das bekenntnismäßige Gepräge der Schule zu nehmen.

Im Schulbetriebe sind die dem Bekenntnisse eigenen religiösen Uebungen und herkömmlichen Gebräuche zu pflegen.

Die bekenntnismäßigen besonderen Feiertage und sonstigen religiösen Gedenktage sind zu halten.

Der Religionsunterricht ist in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft unbeschadet des Aufsichtsrechtes des Staates zu erteilen. Die Einführung von Lehr- und Lernbüchern für den Religionsunterricht hat im Benehmen mit der Religionsgesellschaft zu erfolgen. Die Zahl der Unterrichtsstunden und der Lehrplan hierfür ist im Einvernehmen mit der Religionsgesellschaft festzusetzen.

Die Länder sind verpflichtet, auf die Innehaltung der in den vorherigen Absätzen gegebenen Bestimmungen zu achten und bei Verstößen für Abhilfe zu sorgen. Lehrern, deren Tätigkeit den Vorschriften zuwiderläuft, ist erforderlichenfalls der Unterricht an der Bekenntnisschule abzuuehmen.

§ 7. Der Unterricht ist in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Weltanschauung unbeschadet des Aufsichtsrechtes des Staates zu erteilen.

§ 9. Zum Besuch der weltlichen Schule darf kein Schulkind wider den Willen der Erziehungsberechtigten angehalten werden. Kein Lehrer, der einem Bekenntnisse angehört, darf gegen seinen Willen an einer weltlichen Schule angestellt werden.

§ 9. Für die Gebiete des Reiches, in denen die Volksschulen schon nach landesrechtlicher Vorschrift Bekenntnisschulen sind, oder in denen die Einrichtung von Volksschulen eines bestimmten Bekenntnisses auf Antrag von Erziehungsberechtigten schon nach Landesrecht unter bestimmten Voraussetzungen verlangt werden kann, können die bisherigen Vorschriften in Geltung bleiben. Im übrigen können die Länder auch für die Einrichtung der bei ihnen zugelassenen Bekenntnisschulen an Stelle ihrer bisherigen Vorschriften die Bestimmungen der §§ 14, 15, 16, 17, 21, 22 ganz oder teilweise einführen.

§ 10. Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden Volksschulen, die den Anforderungen des § 4 im wesentlichen entsprechen, gelten als Bekenntnisschulen im Sinne dieses Gesetzes: sie müssen indessen binnen zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes in vollständige Uebereinstimmung mit den Vorschriften der §§ 4 und 5 gebracht werden, soweit dieses nicht der Fall ist.

§§ 11, 12, 13 und 14 wiederholen zum großen Teil das bereits Gesagte, ebenso die §§ 16, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28.

§ 15. Dem Antrag auf Errichtung einer Bekenntnisschule ist stattzugeben, wenn der Antrag von den Erziehungsberechtigten so viel schulpflichtiger Kinder der Gemeinde gestellt wird, als im Durchschnitt der letzten fünf Jahre auf eine Schulstelle in dieser Gemeinde entfallen sind.

Sind in einem Lande Höchstzahlen für den Besuch einer Volksschulklasse vorgeschrieben, so genügt es für den Antrag, wenn der Antrag für so viel schulpflichtige Kinder gestellt wird, als diese Höchstzahl beträgt, auch wenn in der Gemeinde im Durchschnitt mehr schulpflichtige Kinder auf eine Schulstelle entfallen sollten. In jedem Falle genügt ein Antrag von Erziehungsberechtigten von durchschnittlich 40 schulpflichtigen Kindern.

§ 17. Besteht in einer Gemeinde nur eine Schule mit nur einer Schulstelle und wird von den Erziehungsberechtigten der Mehrheit der Schulkinder die Umwandlung dieser Schule in die Schule eines bestimmten Bekenntnisses beantragt, so ist die Schule in die beantragte Schulart umzuwandeln, sofern die Mehrheit der Kinder in jedem der letzten fünf Jahre dem betreffenden Bekenntnisse angehört hat oder, wenn dies nicht der Fall ist, der Antrag von den Erziehungsberechtigten von wenigstens drei Vierteln der Schulkinder gestellt wird.

Sind zwar mehrere Schulen in einer Gemeinde vorhanden, ist aber aus örtlichen Gründen eine Ueberweisung der Schulkinder der einen Schule an die andere ohne Wohnungswechsel der Schulkinder nicht tunlich und befinden sich unter diesen Schulen solche mit nur einer Schulstelle, so gilt für diese Schulen das im Absatz 1 Verordnete.

§ 28. Die Länder haben die nötigen Vorkehrungen zu treffen, daß für eine den Bedürfnissen und besonderen Erfordernissen der Bekenntnisschule entsprechende Ausbildung der Lehrer und Lehrerinnen in ausreichendem Umfange gesorgt ist.

§ 29. Wo über die Ausbildung von Seelsorgern staatliche Bestimmungen gegeben sind, sind die diesen Bestimmungen gemäß ausgebildeten Seelsorger zur Erteilung von Religionsunterricht als wissenschaftlich befähigt zu erachten.

§ 30. In die örtlichen Schulverwaltungsorgane, denen Volksschulen mit Religionsunterricht als ordentlichem Lehrfach unterstehen, sind Vertreter der entsprechenden Religionsgesellschaften mit Sitz und Stimme aufzunehmen, soweit die Religionsgesellschaften zu den in § 1 genannten gehören. Unterstehen diese Schulverwaltungsorgane nur Schulen bestimmter Bekenntnisse, genügt es, wenn nur die Vertreter der betreffenden Religionsbekenntnisse aufgenommen werden, auch können für die Gebiete des Reichs, in denen gemäß § 9 die bisherigen Vorschriften in Geltung bleiben, die Vorschriften über die Zusammensetzung der örtlichen Schulverwaltungsorgane bestehen bleiben.

Bei der Besetzung der Stellen von Schulaufsichtsbeamten ist auf die Art der ihnen unterstellten Schulen Rücksicht zu nehmen.

§ 32. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Die Länder sind gehalten, die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Vorschriften alsbald zu erlassen.

Schulreaktion auch in Preußen.

„Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben!"

Berlin, 4. September. (Soz. Pressedienst.)

Die Schulreaktion marschiert in Preußen! Die Verhandlungen im Hauptausschuß des Preußischen Landtags über die Kultur- und Schulfragen zeigen das mit furchtbarer Deutlichkeit. Durch die am Donnerstag getroffenen Beschlüsse ist für Preußen nunmehr die konfessionelle Lehrerbildung zur Tatsache geworden.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte zur Lehrerbildung folgenden Antrag gestellt: „Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, bei der Neugestaltung der Berufsausbildung der Lehrer folgende Forderungen zu erfüllen:

1. Die Volks-, Mittel- und Hilfsschullehrer erhalten ihre Berufsausbildung auf der Universität.
2. Die Gesamtdauer der Ausbildung beträgt sechs Semester.
3. Die wissenschaftliche Ausbildung erfolgt im Rahmen der Gesamtuniversität, die praktische in pädagogischen Instituten, die mit den Universitäten organisch verbunden sein müssen.

Im Falle der Ablehnung des vorstehenden Antrages wolle der Ausschuß beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, die in der Denkschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vorgesehene Neuordnung der Lehrerbildung in folgender Weise zu ändern:

1. Die Akademien sind auf simultaner Grundlage zu errichten, so daß niemand wegen seiner religiösen Anschauung von dem Besuch einer Akademie ausgeschlossen werden darf.
2. Die Akademien sind möglichst in Hochschulorten zu gründen.
3. Die Lehrkörper der Akademien müssen so zusammengesetzt sein, daß eine wirklich hochschulmäßige Ausbildung garantiert wird.
4. Die auf einer Akademie verbrachte Studienzeit muß beim Studium an einer anderen Hochschule angerechnet werden."

Dieser sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt. Unsere Genossen stimmten nunmehr für den demokratischen Antrag, der folgendes fordert:

„a) In Ausführung des Artikels 143 Abs. 2 der Reichsverfassung die pädagogischen Akademien auf simultaner Grundlage zu errichten,

b) die pädagogischen Akademien in der Regel an Orten mit Hochschulen zu errichten, jedenfalls die Versuchsakademien an solchen Orte zu legen,

c) die Dozenten an den Akademien gehaltlich den Universitätslehrern gleichzustellen."

Auch der demokratische Antrag wurde abgelehnt. Die sozialdemokratische Fraktion machte alsdann den Versuch, wenigstens einen Anfang mit den simultanen Akademien zu sichern. Der dahingehende Antrag fordert, zu Ostern 1926 im ganzen vier pädagogische Akademien und zwar zwei von ihnen auf simultaner Grundlage, je eine in Frankfurt a. M. und Berlin zu errichten. Auch dieser Versuch scheiterte. Es lag dann noch ein Antrag der Deutschen Volkspartei vor, neben den vorgesehenen konfessionell getrennten Akademien Ostern 1926 eine pädagogische Akademie einzurichten, die der beruflichen Ausbildung der Volksschullehrer auf paritätischer Grundlage dient und dadurch den Bedürfnissen der christlichen Simultanschule Rechnung trägt. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Der Ablehnung verfiel ferner ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der die Sammelklassen für Kinder, die am Religionsunterricht nicht teilnehmen, überall, dort, wo sie zu selbständigem Schulsystem zusammengefaßt sind, hinsichtlich der Besetzung der Hauptlehrer-, Rektor- und Konrektorstellen den übrigen Volksschulen gleichstellen will. Mit der Ablehnung dieses Antrages sind die bestehenden weltlichen Schulen gegenüber den übrigen Volksschulen als minderwertig gekennzeichnet worden.

Wie gewöhnlich, so haben sich auch diesmal wieder die Kommunisten als Steigbügelhalter der Reaktion gezeigt. Die Ablehnung der simultanen Lehrerbildungsanstalten war nur möglich, daß die Kommunisten sich der Stimme enthielten. Anscheinend haben sie die neuen Weisungen aus Moskau noch nicht verstanden.

Das Jesuitenwerk.

Zum neuen Reichsschulgesetz-Entwurf.

Von Fritz Schwahn (Delitzsch).

Mit einem gewissen Gefühl des Neides muß es der Reaktion zugestanden werden, daß sie Zielstrebigkeit und das Geschick, gegebene Situationen wie ihre jetzige Mehrheit im Reichstag auszunutzen, besitzt. Rücksichtslos setzte sie sich bei der Beratung der Zoll- und Steuergesetze über die große Minderheit des Reichstags hinweg und legte die systematische Ausbeutung der Mehrheit des deutschen Volkes gesetzmäßig fest, einzig und allein bestimmt in ihrem Handeln von ihren Sonderinteressen. Sie hatten Erfolg dank dem Zentrum. Dies präsentiert nun die Rechnung. Nach der wirtschaftlichen Knechtung soll die geistige und kulturelle Knebelung folgen. Hinter verschlossenen Türen hat der vom Reichsinnenminister Schiele an Stelle des Genossen Heinrich Schulz in die Schulabteilung des Reichsinnenministeriums berufene Geheimrat Gürich den neuen Entwurf des Reichsschulgesetzes fertiggestellt, hat das Gesamtministerium ihn beschlossen. Hätte schon die Annahme des vorhergehenden Entwurfes eine große Gefahr für das Schulwesen und die Volksbildung bedeutet, so ist die Tragweite des neuen noch viel größer. Damals glückte es den Vertretern unserer Fraktion, den Entwurf zu Grabe zu tragen. Jetzt wird der Kampf ein viel schwererer, aber um so notwendigerer werden.

Wir wollen den Entwurf nach drei Gesichtspunkten betrachten, da eine vollständige Besprechung zu weit führen würde. Zuerst die Frage: Welche Stellung nimmt die weltliche Schule im Entwurf ein? Artikel 146, 1 und 2 der Reichsverfassung, das Ergebnis des unglückseligen Schulkompromisses von Weimar, lautet: „Für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule sind seine Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder des Religionsbekenntnisses seiner Eltern maßgebend. Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten. . . ." Das bedeutet, daß die weltliche Schule, zum mindesten aber die sogenannte Gemeinschaftsschule, die Regelschule sein sollte. Bekenntnis- oder Weltanschauungsschulen waren als Sonderschulen nur in Ausnahmefällen gedacht. Die Begründung des Entwurfes legt den Artikel der Reichsverfassung auch ganz in diesem Sinne aus. Um so mehr muß es überraschen, daß das eigentliche Gesetz das Gegenteil besagt. Die Bekenntnisschulen (d. h. evangelische, katholische und israelitische) und die Weltanschauungsschule werden zur Regelschule erklärt. Die Weltanschauungsschulen kommen aber praktisch kaum in Betracht. Sie können nur von Weltanschauungsgemeinden eingerichtet werden, die Körperschaften öffentlichen Rechts sind. Derartige Gemeinden bestehen in Deutschland aber nur ganz vereinzelt. Die Einführung der Bekenntnisschule als Regelschule geht klar und unzweideutig aus § 10 des Abschnittes II hervor. Er lautet: „Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes, die den Anforderungen des § 4 im wesentlichen (!) entsprechen, gelten als Bekenntnisschulen im Sinne dieses Gesetzes." Der § 4 nennt als Merkmale der Bekenntnisschule: Aufnahme von Schülern bzw. Schülerinnen eines Bekenntnisses, Beschäftigung von Lehrern, die dem gleichen Bekenntnis angehören. Er betont ausdrücklich, daß die Schule ihren Charakter als Bekenntnisschule nicht verliert, wenn auch Kinder eines anderen Bekenntnisses an ihr unterrichtet

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250904-16/fragment/page=0001

werden. Diese Art Schulen sind aber bei uns in Preußen wie auch in den meisten anderen Ländern die gebräuchlichen. Mit Annahme des Gesetzes würden sie zu ausgesprochenen Bekenntnisschulen und damit vollständig dem Einfluß der Bekenntnisse, d. h. den Geistlichen ausgeliefert. Doch davon später. Die weltliche Schule nun wird recht stiefmütterlich behandelt, d. h. nicht allein bezüglich der ihr gewidmeten Abschnitte, sondern stiefmütterlich auch in der Wortes wahrster Bedeutung. Ueber ihr Wesen heißt es kurz in § 8: „Soweit in diesem Gesetze nichts anderes bestimmt ist, stehen den Weltanschauungsschulen die Schulen gleich, an denen nach dem Willen der Erziehungsberechtigten Religionsunterricht nicht erteilt wird und nicht erteilt werden darf (weltliche Schulen)." Da sie scheinbar furchtbar gefährlich ist, wird bei ihr ausdrücklich vermerkt: „Zum Besuch der weltlichen Schule darf kein Schulkind wider den Willen der Erziehungsberechtigten angehalten werden," woraus zu folgern ist, daß diese Möglichkeit bei der Bekenntnisschule vorhanden ist.

Im Gegensatz zu den Anhängern der Bekenntnisschulen wird denen der weltlichen Schulen es schwer gemacht, die ihnen zugesagende Schulart einzurichten. Zur Umwandlung bzw. Einrichtung einer bestehenden Schule als Bekenntnisschule genügt nach § 17 die Mehrheit der Erziehungsberechtigten. Soll aber eine Bekenntnisschule in eine weltliche verwandelt werden, so ist dazu nach § 20 ein Antrag sämtlicher Erziehungsberechtigten nötig, da sonst, wie die Begründung sophistisch bemerkt, „die nicht zustimmenden Erziehungsberechtigten ihres verfassungsmäßigen Anspruchs auf Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach für ihre Kinder verlustig gehen würden". Da es sich hierbei um Schulen mit nur einer Schulstelle, also um Dorfschulen handelt, ergibt sich folgende Auswirkung: in einem Arbeiterdorf ist es z. B. 35 von 40 Erziehungsberechtigten nicht möglich, eine weltliche Schule einzurichten, wenn die fünf Großbauern es nicht wollen. In einem andern Falle müssen in einem anderen Dorfe bei 40 Erziehungsberechtigten 19 Arbeiter die Bekenntnisschule schlucken, weil die Mehrheit von 21 ihre Einrichtung fordert. Kommentar überflüssig.

Nach dem Motto „Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben", wird nun die Schule den Kirchen wieder überantwortet. Aus obigen Ausführungen geht hervor, daß fast sämtliche Schulen Bekenntnisschulen werden. Ausnahmen bilden nur die verhältnismäßig wenigen schon bestehenden weltlichen Schulen in den Großstädten und im Westen Deutschlands. Nach § 5 des Entwurfes muß aber „die gesamte Unterrichts- und Erziehungsarbeit in den Bekenntnisschulen getragen sein von dem Geiste des Bekenntnisses. Im Lehrplan und Lehrstoff sowie bei der Auswahl der Lehr- und Lernmittel ist gebührende Rücksicht auf das bekenntnismäßige Gepräge der Schule zu nehmen. Im Schulbetriebe sind die dem Bekenntnisse eigenen religiösen Uebungen und herkömmlichen Gebräuche zu pflegen." Kurz und bündig ausgedrückt bedeutet dies, daß der Volksverdummung Tor und Tür wieder geöffnet wird. Vielleicht ist dann die Zeit nicht mehr weit, daß ein Affenprozeß in deutscher Auflage erscheint.

Die Sache würde aber nicht vollkommen sein, wenn nicht der Geistlichkeit die Möglichkeit geboten würde, ihre segnende Hand auf die Schule zu legen. Deshalb heißt es in § 25: Den Religionsgesellschaften ist ausreichende Gelegenheit zu geben, auch durch Besuch des Religionsunterrichts durch besondere Beauftragte, sich davon zu übergeben, ob diesem Erfordernis (Erteilung des Religionsunterrichts nach dem Bekenntnis) genügt wird." Das bedeutet aber nicht etwa Beaufsichtigung des Lehrers. Ganz im Gegenteil. Denn Herr Gürich verschert in der Begründung ausdrücklich: „Zwar ist sie (die Religionsgemeinschaft) nicht befugt, irgendeine Aufsicht über den Religionsunterricht auszuüben, immerhin wird man ihr aber die Befugnis zusprechen müssen, sich davon zu übergezeugen, ob dem Erfordernisse der R. V. genügt wird" . . . und, das ist der Sinn der weiteren Ausführungen, etwaige räudige Schafe unter der Lehrerschaft durch die vorgesetzten Behörden in Kur nehmen zu lassen. Aufsicht ist das aber nicht!

Da aber immerhin noch die Möglichkeit besteht, daß Versuche zur Schaffung weltlicher Schulen gemacht werden könnten, muß dem noch ein Riegel vorgeschoben und die Einrichtung von Bekenntnisschulen gefördert werden. Als Mittel dazu dient der Wille der Erziehungsberechtigten. Die Kirche und ganz besonders die katholische hat eine lange Erfahrung hinter sich. Sie weiß, daß es ihr nicht schwer fällt, die Frauen, auch die der Arbeiterklasse, zu beeinflussen und zu gewinnen. Der Mann steht im allgemeinen der Kirche gleichgültig, wenn nicht feindlich gegenüber. Ihn dazu zu bewegen, eine Willenserklärung für die Bekenntnisschule abzugeben, hält schon schwieriger. Bisher war zur Abmeldung eines Kindes vom Religionsunterricht die Erklärung beider Erziehungsberechtigter notwendig. Jetzt heißt es in § 14 Absatz 3: „Es genügt, wenn der Antrag (eine Bekenntnis- bzw. Weltanschauungsschule einzurichten) von einem Elternteil gestellt wird, es sei denn, daß der andere Elternteil ausdrücklich widerspricht." Diese Bestimmung atmet unübertreffbare Raffiniertheit. Der Schwarzrock bearbeitet heimlich die Frau, gewinnt sie zur Willenserklärung für die Bekenntnisschule und stellt den Mann vor vollendete Tatsachen in der Erwartung, daß wahrscheinlich nur wenige Männer ausdrücklich widersprechen, d. h. Klage beim Vormundschaftsgericht führen werden. Unübertreffliche Jesuitenschläue.

Noch ein drittes. Unser Bestreben muß dahin gehen, ein Schulsystem aufzubauen, das die beste Ausbildung der in den Kindern ruhenden geistigen Kräfte ermöglicht. Am besten ist dies möglich in vielgegliederten Schulen. Nach dem Entwurf ist aber die Zahl der Erziehungsberechtigten, die zur Einrichtung einer Sonderschule genügen, auf durchschnittlich 40 beschränkt und festgesetzt. Die Errichtung von Zwergfonderschulen ist also leicht. Das bedeutet aber in der Praxis nicht Abbau der sogenannten einklassigen Schulen, in denen Kinder aller Jahrgänge gemeinsam unterrichtet werden, sondern Vermehrung. Der Verfasser des Entwurfs ist sich wohl bewußt, daß dieser Zustand nicht besonders erstrebenswert ist. In gewundenen Worten weist er in der Begründung nach, daß auch in solchen Schulen ein „geordneter" Schulbetrieb möglich sei. Nach der formalen Seite mag dies zutreffen. Eine andere wichtigere Frage ist die des zu erzielenden Ergebnisses. Darüber schweigt sich der Entwurf und seine Begründung natürlich aus.

Lassen wir es zunächst genug sein. Unsere Aufgabe muß es sein, den Kampf zu führen gegen diese Ausgeburt der Reaktion und des Pfaffentums. Unser Ziel muß die Verwirklichung der Forderungen unseres Parteiprogramm-Entwurfes sein: **Trennung von Schule und Kirche, weltliche Volks-, Berufs- und Hochschulen.** Möge es uns gelingen!

„Kamerad" Zentrum.

Saarbrücken, 8. September. (Eig. Drahtbericht.)

Die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes hat an die Demokraten und die Zentrumspartei im Saargebiet die Aufforderung gerichtet, mit ihr gemeinsam die Gründung eines Saarländischen Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold vorzunehmen. Die Demokratische Partei ist diesem Ersuchen nachgekommen, während vom Zentrum trotz zweimaliger Aufforderung bisher eine Antwort nicht erfolgt ist. Die Sozialdemokraten und Demokraten sind entschlossen, auch ohne Zentrum die Gründung eines saarländischen Reichsbanners durchzuführen.

„Preissenkung."

Ausdehnung des Einfuhrscheinverfahrens auch auf Hülsenfrüchte.

Die Reichsregierung hatte ursprünglich die Absicht, die unbeschränkte Gültigkeit der Getreideeinfuhrscheine (lies Ausfuhrprämienscheine) erst am 1. Januar 1926 eintreten zu lassen, um den „Zollschutz" nicht sogleich zur vollen Geltung zu bringen. Dagegen hat der Landbund protestiert und die sofortige unbeschränkte Einführung des Getreideeinfuhrscheinsystems verlangt. Willig folgte die Regierung, indem sie den Reichsrat zwang, die sofortige Einführung der Einfuhrscheine zu beschließen. Da der Appetit bekanntlich beim Essen kommt, verlangten die Landjunker, auch die Hülsenfrüchte unter sofortigen Zollschutz zu stellen. Den auf den Genuß von Bohnen und Erbsen angewiesenen Proletariern könnte es sonst zu wohl werden. Wie nachfolgende Radiomeldung beweist, hat die deutschnationale Regierung sofort pariert:

Berlin, 4. September. (Radiomeldung.)

Der Reichsrat hat am Donnerstagnachmittag der Verordnung über die Einfuhrscheine eine neue Fassung gegeben und die Scheine auch auf Hülsenfrüchte ausgedehnt. Die Frist für die Gültigkeit der Einfuhrscheine soll mit Zustimmung des Reichsrats auf längstens neun Monate festgesetzt werden. Gestrichen würden die Uebergangsbestimmungen, durch die verhütet werden sollte, daß zollfrei eingeführtes Getreide an den Vergünstigungen der Einfuhrscheine teilnimmt. Die Einfuhrscheine werden vielmehr vom 1. Oktober an unbeschränkt in Kraft treten.

*

Diese Verordnung, die notwendig zu einer Preissteigerung für Getreide und Hülsenfrüchte in der vollen Höhe des Zolles führen muß, wurde gegen die Stimmen von Sachsen, Baden, Hessen, Hamburg, Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe angenommen. Damit ist den Großagrariern auf Kosten der städtischen Bevölkerung eine weitere Vergünstigung zugeschustert worden. Die Großagrarier, die allein Getreide ausführen können, haben nunmehr die Möglichkeit, durch starke Ausfuhr deutschen Getreides die Nachfrage auf dem inländischen Getreidemarkt so zu steigern, daß die Zollspanne voll ausgenutzt, zumindest aber die Weltmarktpreise für Getreide eingeheimst werden können. Weshalb die Vertreter Preußens sich dem Diktat des Landbundes gefügt haben, das zu erfahren, dürfte sehr interessant sein.

Durchhalten!

„Durchhalten, Leute, ich werde den Preispegel schon wieder runterkloppen!"

Die Paktverhandlungen vor dem Ende

London, 4. September. (Eig. Drahtbericht.)

Die Juristenkonferenz hat am Donnerstag wieder zwei Sitzungen abgehalten, über deren Verlauf man erfährt, daß die Diskussion wieder eine Reihe großer Schwierigkeiten aufzeigte. „Daily Telegraph" glaubt, daß die Konferenz trotz der Schwierigkeiten am Freitag oder Sonnabend ihre Beratungen mit einer vorläufigen nichtbindenden Vereinbarung abschließen kann.

Internationaler Friedenskongreß.

Eine Rede Löbes.

Paris, 4. September. (Radiomeldung.)

Der Internationale Friedenskongreß hielt am Donnerstagnachmittag seine zweite Vollsitzung ab. Der Präsident des Organisationskomitees Richet, der den Vorsitz führte, gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß es dem Kongreß, in seiner Eröffnungssitzung nicht schon vergönnt gewesen sei, den Reichstagspräsidenten Löbe sprechen zu hören. Von minutenlangem, stürmischem Beifall begrüßt, betrat Löbe dann die Rednertribüne und hielt, immer wieder von starkem Beifall unterbrochen, seine Ansprache an die 1200 Delegierten in deutscher Sprache. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden zwei Begrüßungstelegramme von Mac Donald und dem Außenminister der Tschechoslowakei Benesch verlesen. Hierauf erstattete Edgar Milhaud den Kommissionsbericht über die Wirtschaftsorganisation. Die Kommission habe festgestellt, führte er aus, daß ein Völkerfrieden ohne eine internationale Wirtschaftsorganisation unmöglich sei, daß andererseits der wirtschaftliche Friede eine juristische Organisation des Friedens zur Voraussetzung haben müsse und daß schließlich nur die Abrüstung der Geister die Grundlage für einen dauernden Frieden geben könne. Milhaud trat für das wirtschaftliche Existenzrecht der Völker ein. Er schlug vor, mit dieser Organisation den Völkerbund zu betrauen, der einen besonderen internationalen Wirtschaftsrat ins Leben rufen solle. Die Abstimmung über diese Vorschläge ist auf Freitag vertagt worden.

Löbe beim Präsidenten Domergue.

Paris, 4. September. (Radiomeldung.)

In den Kreisen der deutschen Delegation auf dem Internationalen Friedenskongreß in Paris hat das Ausbleiben Herriots und der dadurch hervorgerufene Verzicht des Reichstagspräsidenten Löbe, in der Eröffnungssitzung das Wort zu ergreifen, befremdend gewirkt. Die Erregung wurde durch das Gerücht gesteigert, daß Herriot deshalb nicht gekommen sei, weil er nicht an der Seite des deutschen Reichstagspräsidenten habe sprechen wollen. Daraufhin beschloß die deutsche Delegation, daß kein anderer ihrer Mitglieder an Stelle des Reichstagspräsidenten das Wort ergreifen werde. Dieser Zwischenfall kann nunmehr als vollkommen beigelegt betrachtet werden. Die erwähnten Gerüchte haben sich als vollkommen falsch herausgestellt. Es wurde amtlich mitgeteilt, daß das Fernbleiben Herriots lediglich darin seinen Grund habe, daß er durch die Tagung des Generalrats in Lyon zurückgehalten worden sei. Dem Reichstagspräsidenten Löbe und der deutschen Delegation ist durch die französische Regierung, und durch die Kongreßleitung volle Genugtuung erwiesen worden, so daß die Mißstimmung der deutschen Delegation beseitigt ist. Auf dem Bankett im Außenministerium hat der französische Minister de Monzie im Namen der französischen Regierung dem Bedauern über das Schweigen Löbes Ausdruck gegeben. Nach dem Bankett ist der Reichstagspräsident in Gegenwart des Unterrichtsministers, der den in Genf abwesenden Briand als Außenminister vertritt, vom Präsidenten der Republik Doumergue empfangen worden.

Neue Fememord-Prozesse.

Die „Schwarze Reichswehr".

Berlin, 4. September. (Radiomeldung.)

Wie das „Berliner Tageblatt" meldet, steht in Landsberg (Warthe) ein neuer Fememordprozeß gegen einen Oberleutnant a. D. Schulz. Schulz war der verantwortliche Leiter der „Schwarzen Reichswehr" in Küstrin, und unter seiner Leitung wurde im Sommer 1923 der Elektriker Greschke aus Frankfurt (Oder), der Unteroffizier in der Küstriner Schwarzen Reichswehr war, in einem Walde bei Baerwalde „erledigt". Die inmitten des Waldes verscharrte Leiche wurde damals überhaupt nur aufgefunden, weil die Täter in der Aufregung einen Militärmantel hatten liegen lassen. Dadurch wurden Waldarbeiter auf die Stelle aufmerksam. Monatelang war es der Polizei unmöglich, Licht in die dunkle Angelegenheit zu bringen, weil die Mörder in enger Verbindung mit der Reichswehr in Küstrin standen und die Polizei keine Haussuchungen in den Kasernen vornehmen durfte. Das wurde erst anders nach dem Zusammenbruch des Küstriner Putsches. — Ein weiterer Prozeß wegen Fememord an dem früheren Leutnant Voldt soll vor dem Schwurgericht in Lauenburg bevorstehen.

Maslow-Prozeß.

Leipzig, 4. September. (Eig. Drahtbericht.)

Vor dem Staatsgerichtshof brachte der Maslow-Prozeß auch am Donnerstagvormittag nichts als Verlesungen längst bekannter kommunistischer Flugschriften. Der Reichsanwalt hat in seiner Anklageschrift besonders Bezug genommen auf die immer wiederkehrenden Ausdrücke, wie Aktion, Kampf, Kampagne usw., und will daraus den Angeklagten einen Strick drehen. Maslow versichert als Hauptangeklagter immer wieder, daß sich diese für den Reichsanwalt anstößigen Worte meist auf die Kämpfe innerhalb der KPD. bezogen hätten und mit ihnen keine Gewaltanwendung angekündigt werden sollte. Schließlich wird der Versuch unternommen, den Anteil der drei übrigen Angeklagten an den von der Reichsanwaltschaft unterstellten hochverräterischen Handlungen festzustellen. Geyer, Levi, Schumacher und Schlecht haben aber im wesentlichen nichts anderes getan, als die Beschlüsse der kommunistischen Bezirksleitung Berlin-Brandenburg ausgeführt. Am Freitag wird in die Zeugenvernehmung eingetreten werden.

*

Kommunistische „Massen". Eine am Donnerstagabend von der Kommunistischen Partei veranstaltete „Massenkundgebung" war kaum von 400 Personen besucht. Ruth Fischer forderte in ihrem Referat die Herausgabe von Maslow. Im Anschluß an die Demonstration zogen mehrere Gruppen nach dem Reichstagsgebäude, wurden aber von der Polizei abgelenkt. Zusammenstöße erfolgten nicht.

Zwangsvollstreckung gegen die Reichsfarben.

Seht, diesen prachtvollen „Demokraten".

Der Herr Reichswehrminister hat sich zu einer Antwort auf die Preßkampagne der Linken gegen die gewaltsame Entfernung der verfassungsmäßigen Reichsfahne aus der Reiterkaserne in Kassel veranlaßt gesehen. Sie ist auch damach. Bekanntlich hat der Reichswehrleutnant v. Rogister die Wohnung des Lagermeisters Baumbach, der sich erdreistet hatte, am Verfassungstage schwarzrotgoldene Fähnchen an seiner Wohnung anzubringen, gewaltsam geöffnet und unter Begehung eines kleinen Hausfriedensbruchs die Fahnen entfernt. Die Wut dieser Geßlerschen Erziehungspflanze über das verhaßte Schwarzrotgoldene Tuch hat sich dann in Tätlichkeiten gegen die wehrlose Frau des Lagerhalters entladen, sicherlich ein Zeichen von der „Ritterlichkeit" im Offizierkorps des republikanischen Heeres! Nun beruft sich das Reichswehrministerium auf einen Erlaß vom 14. Juni 1926, in dem es heißt:

„Die Reichskriegsflagge ist das staatliche Hoheitszeichen in der für die Wehrmacht vorgeschriebenen Form, die die Eigenschaft eines militärischen Dienstgebäudes als Reichseigentum bei besonderen Anlässen sichtbar zum Ausdruck bringt. Die Eigenschaft des militärischen Dienstgebäudes als Reichseigentum ist durch die Abmietung einzelner Zimmer an Zivilpersonen nicht verändert. Jede anderweitige Beflaggung stellt eine Beeinträchtigung der dem Reichseigentum unterstehenden Hoheitsflage dar. Das Flaggen durch Privatpersonen an militärischen Dienstgebäuden ist daher unstatthaft. . . . Im vorliegenden Falle hat der Lagermeister in Kassel am 9., 10. und 11. August seine in der Kaserne gelegene Wohnung schwarz-rot-gold beflaggt. Er wurde durch den militärischen Kasernenvorsteher Leutnant v. Rogister auf den Befehl des Reichswehrministers hingewiesen und aufgefordert, die Fahnen einzuziehen. Als am 11. August mit der dreifachen Anzahl Fahnen geflaggt war und der Aufforderung zum Einziehen der Fahnen nicht Folge geleistet wurde, hat Leutnant v. Rogister als militärischer Kasernenvorsteher die Fahnen selbst entfernt."

Schluß. Kein Wort über die Tätlichkeiten des Herrn v. Rogister gegen die wehrlose Frau; kein Wort der Entschuldigung über den offenkundigen Hausfriedensbruch; kein Wort über die durch diesen „militärischen Handstreich" verletzten Gefühle der republikanischen Bevölkerung!

Herr Geßler hätte nicht wirkungsvoller das Mißtrauensvotum der größten republikanischen Partei motivieren können, als durch seinen Erlaß über das Tragen der kaiserlichen Uniform und über diese von Amts wegen vorgenommene Zwangsvollstreckung an Schwarz-Rot-Gold.

Die Marokko-Offensive beginnt.

Paris, 4. September. (Eig. Drahtbericht.)

Aus Madrid wird gemeldet, daß die große, mehrfach angekündigte französisch-spanische Offensive gegen das Rif begonnen hat. Die vereinigte französisch-spanische Flotte soll die Rifküste und vor allem die Hauptstadt des Rifs, Ajdir, einer heftigen Beschießung unterworfen und gleichzeitig die Landungsversuche der Spanier, die an drei Stellen unternommen worden seien, gedeckt haben. Auch um Melilla soll die Kampftätigkeit lebhafter geworden sein. Der französische Ministerrat hat am Donnerstagvormittag die Entscheidung des Kriegsministers gutgeheißen, der den Marschall Petain mit der obersten Leitung der militärischen Operationen in Marokko betraute.

Der „Vergleich" mit den Hohenzollern noch nicht perfekt. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst feststellt, ist die Nachricht von einem bereits abgeschlossenen Vergleich zwischen dem preußischen Finanzministerium und der Hohenzollernfamilie nicht zutreffend. Richtig sei nur, daß die Verhandlungen wiederaufgenommen worden sind, aber noch schweben. — Na also!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192509 04-16/fragment/page=0002

Angst vor Neuwahlen.

Die Rechtsparteien fürchten die Abrechnung.

Berlin, 4. September. (Radiomeldung.)

Die schwerindustrielle Telegraphenunion will von gutunterrichteter Seite gehört haben, daß „die leitenden Kreise der preußischen Regierung" tatsächlich beabsichtigen, den Landtag alsbald nach seinem Zusammentritt am 21. September aufzulösen und die Neuwahlen zum Landtag zusammen mit den Kreis- und Provinziallandtagswahlen am 25. Oktober stattfinden zu lassen. Ob das, was die Tel-Union gehört hat, wirklich zutrifft, ist fraglich. Unbestritten ist, daß die sozialdemokratischen Minister in der Regierung, wie Severing es ankündigte, fest entschlossen sind, den Landtag aufzulösen, falls sich in der Wintertagung keine arbeitsfähige Mehrheit findet. Interessant ist die Wirkung, die die Meldung auf Deutschnationale und Volksparteiler ausübt. Die „Kreuzzeitung" kann die Angst vor der Schlappe bei einer Neuwahl nicht ganz verbergen. „Die Severing-Regierung hat also die Absicht, die Auflösung des Landtages mit allen Mitteln zu betreiben, weil sie glaubt, daß das in der Linie der sozialdemokratischen Politik liege." Und die „Tägliche Rundschau" meint: „Es war zu erwarten, daß die Regierung die erste Gelegenheit suchen würde, wo die Stimmung im Lande ihr die Aussicht gibt, durch Neuwahlen einen ihr günstig gesinnten Landtag zu schaffen. Die drückende Wirtschaftslage, die Lohnkämpfe, die durch gewissenlose Unzufriedenheit mit der Steuer- und Zollpolitik, das sind alles Momente, die die preußische Regierung hoffen lassen, daß ihr Weizen blüht. Es bedarf ber ernsten, angestrengten Arbeit und der Ausnutzung aller verfassungsmäßigen Mittel, um diese Pläne, die so recht zur Unzeit uns zu allen Sorgen auch noch Aufregungen einer Wahl schaffen wollen, zu durchkreuzen."

Das Geständnis, daß der Volkspartei Neuwahlen zur Unzeit kommen und ihre Sorgen noch sehr vermehren würden, ist auf alle Fälle sehr beachtenswert.

Weihe des ersten Ebert-Denkmals.

Saarbrücken, 4. September. (Eig. Drahtbericht.)

Die Einweihung des ersten Friedrich-Ebert-Denkmals, das im Walde von Herrenfohr, mitten im Saargebiet gelegen, von der Ortsgruppe Herrenfohr der SPD. aus eigenen Mitteln und durch eigene Arbeit errichtet worden ist, wird in Gegenwart des Reichstagspräsidenten Genossen Löbe und des französischen Kammermitgliedes Genossen Paul Faure, Generalsekretär der französischen Partei, erfolgen. An der Feier werden außerdem die Demokraten und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold der benachbarten Gaue Pfalz und Rheinland teilnehmen.

Mossul.

Genf, 4. September. (Eig. Drahtbericht.)

Der Völkerbundsrat hielt am Donnerstagvormittag seine zweite öffentliche Sitzung ab. Als einziger Punkt stand auf der Tagesordnung die Mossulfrage. Berichterstatter für den Rat war Unden (Schweden). In seinem Bericht gab Unden eine Darstellung der Entwicklung des Mossulproblems. Nach den Darlegungen Undens nahm Amery für Großbritannien Stellung zum Kommissionsbericht. In der Nachmittagssitzung begründete Tewfik Bey den türkischen Standpunkt. Danach ist das Mossulgebiet rein türkisch. Ein Mandat an England würde mit den türkischen Lebensinteressen unvereinbar sein. Es käme nur die eine Lösung in Betracht: die Aufrechterhaltung der Souveränität der Türkei über das Mossulgebiet. Der Rat vertagte dann die Weiterführung der Verhandlungen auf Freitag.

Zwangsausweisung von 50 Polen. Als Antwort auf die gewaltsame Ausweisung von 50 deutschen Optanten aus Polen hat die Regierung 50 polnische Optanten zum Verlassen Deutschlands veranlaßt.

Flaues Geschäft in Leipzig.

Die Auswirkung der Kaufkraftkrise.

Die Leipziger Herbstmesse stand unter ungünstigen Sternen. Die Zuspitzung der allgemeinen Wirtschaftslage, die Begleiterscheinungen der Fehlleitung von Krediten, die Kaufkraftschwäche des inneren Marktes und die noch immer schwierigen Exportverhältnisse haben die Absatzfähigkeit der Industrie stark eingeengt. Es fiel von vornherein auf, daß die Zahl der Aussteller und der Besucher gegenüber den allerdings recht hohen Ziffern im vorigen Herbst nicht unwesentlich zurückblieb. Geradezu bedenklich wirkt diese Tatsache bei solchen Industriezweigen, die von einer Zurschaustellung ihrer Produkte oft eine wirksamere Reklame und eine Verkürzung des Weges ihrer Ware zum letzten Verbrauch erwarten können. Wenn z. B. die Kleineisen-Industrie wesentliche Lücken in ihren Messeständen zeigt, so ist das deshalb ein bedenkliches Zeichen, weil gerade dieser Gewerbezweig mit der großen Mannigfaltigkeit seiner Produkte auf der Messe mehr als anderswo Gelegenheit hat, Geschäftsverbindungen anzuknüpfen.

Es ist, als ob mancherorts schon eine gewisse Resignation im Kampf um den Absatz eingetreten wäre, die man auch an anderen Messen beobachten kann. Die Reklamemesse z. B., die in Zeiten von Absatzschwierigkeiten gute Aussichten hat, weil die Werbung um den Kunden in demselben Verhältnis zu steigen pflegt, wie dem Kaufmann der Absatz seiner Waren schwerer wird, hat längst nicht den Zuspruch, den man unter diesen Umständen annehmen müßte. Ueberhaupt ist in den meisten Bedarfsindustrien das Geschäft flau.

An vielen Stellen läßt sich ganz deutlich eine scharfe Qualitätskonkurrenz erkennen, deren volkswirtschaftliche Wirkungen alles andere als erwünscht sind. So wird am Textilmarkt davon berichtet, daß das Publikum in Wollwaren mindere Qualitäten besonders begehrt; auch in den Haushaltungsartikeln herrscht ebenfalls eine verhältnismäßig starke Nachfrage nach schlechten Qualitäten, weil man in jedem Falle billig kaufen will. Nun ist für den Verbraucher der Einkauf schlechter Waren eine glatte Geldverschwendung. Zur Herstellung besserer Qualitäten gehört meistens nicht viel mehr Arbeitskraft und Material als zu derjenigen von Ramschwaren, während die guten Qualitäten im Gebrauch außerordentlich viel dauerhafter und sparsamer sind. So läuft die ganze Entwicklung letzten Endes auf eine unnütze Vergeudung im Verbrauch hinaus, die die Industrie zur Umstellung auf mindere Qualitäten veranlaßt und die Qualitätsindustrie vernachlässigen läßt, was schließlich auch im Wettbewerb mit dem Auslande sichtbar werden muß.

Wenn die Messe still ist, so besagt das noch nicht, daß sie geschäftlich von vornherein ein Fehlschlag ist. In vielen Branchen, die erst später in den Bereich des Messewesens gekommen sind, hat sich die Sitte eingebürgert, nicht gleich während der Messe zu kaufen, sondern auf Grund der vorhandenen und geprüften Offerten erst später engere Geschäftsbeziehungen anzuknüpfen. So ist das große Haus der Elektrotechnik fast nur noch eine Ausstellung. Aus Gründen der Reklame und mit Rücksicht auf die Konkurrenz wird sie in einem Umfang aufrechterhalten, der durch die Geschäftstätigkeit auf der Messe selbst nicht mehr begründet ist. Nicht viel anders liegt es in der Maschinenindustrie, obwohl hier oft Abschlüsse gerade dadurch zustande kommen, daß Interessenten, die sich schon früher unverbindliche Offerten eingeholt haben, erst während der Messe den Einkauf abschließen, nachdem sie die entsprechenden Maschinen im Betrieb gesehen haben. In diesen Großhäusern der Technischen Messe hat übrigens der Besuch gegenüber der Frühjahrsmesse und besonders gegenüber der letzten Herbstmesse stark nachgelassen. Daher zeigt sich auch auf der Verkäuferseite eine gewisse Messemüdigkeit. Das erst kürzlich errichtete Haus der Schwerindustrie und Großlagerne ist kaum annähernd entsprechend seinem Fassungsvermögen ausgenutzt. In optischen Instrumenten ist das Geschäft ebenfalls schleppend geworden.

Soweit die Preisbildung in Frage kommt, ist noch eine starke Tendenz zur Preissteigerung zu beobachten, die jedenfalls durch schlaffe Eingriffe der Behörden und Bereitwilligkeitskundgebungen der Interessentenverbände nicht abgestoppt werden wird. Die Neigung zu Preissteigerungen steht allerdings in einem so schroffen Widerspruch zu den Marktverhältnissen, daß man gespannt sein muß, ob sie sich mit Hilfe der Kartellgewalt und der jetzt verstärkten Zollmauern durchsetzen wird.

Eine Ausnahme von dem stillen Geschäftsgang der Leipziger Messe machen solche Gewerbegruppen, deren Absatzorganisationen auf die Messe besonders eingespielt sind. Das gilt für das Buchgewerbe und für diejenigen Teile der Textilindustrie, die einen besonders starken Saisoncharakter haben. Während z. B. Wäsche nicht gut geht, sind in Modeartikeln nicht unerhebliche Abschlüsse zustande kommen. Die Baufachmesse profitiert von der Beilegung der Lohnkämpfe, deren Ausgang die Vollendung der noch laufenden Bauaufträge ermöglicht und infolgedessen einige Materialeindeckungen der Interessenten herbeigeführt hat.

Das Exportgeschäft läßt sich nicht einheitlich beurteilen. Zahlreichen Klagen über zu hohe Preise steht die Tatsache gegenüber, daß in einzelnen Gewerbezweigen noch einige namhafte Exportaufträge hereingekommen sind, und daß der Besuch der Ausstellung in der Technischen Messe nicht schlecht war. Eine wesentliche Belebung des Exports wird man aber nach dem, was man bisher über den Umfang der Aufträge gehört hat, nicht erwarten dürfen.

Umstellung der Konzerne.

Zwischen den fünf größten Konzernen des industriellen Westens, Thyssen, Phönix, Krupp, Deutsch-Luxemburg und Rheinstahl, schweben Verhandlungen, die auf eine betriebstechnische Zusammenfassung der gesamten Eisenproduktion des industriellen Westens hinauslaufen. Nach Mitteilung von Unternehmerseite handelt es sich um die Konzentration sämtlicher Werke der Eisenindustrie. Geplant wird die Durchführung eines einheitlichen Produktionsprogramms in der Art des bestehenden Eisenexportprogramms. Die einzelnen Werke werden völlig auf Spezialproduktion umgestellt und ihre betriebstechnische Selbständigkeit verlieren. Die Unternehmer hoffen dadurch eine größere Produktivität zu erzielen und die Rentabilität sicherstellen zu können. Da die in Frage kommenden Konzerne eigene Kohlenbasis haben, wird natürlich auch der Bergbau in den neuen Trust einbezogen.

Der französische Haushalt.

Dreieinhalb Milliarden Defizit.

Dem Ministerrat, der am Donnerstag stattfand, wurde vom Finanzminister Caillaux der Haushaltsentwurf für 1926 vorgelegt. Das Defizit belaufe sich auf 3460 Millionen Franken. Zur Deckung dieses Fehlbetrages schlägt der Finanzminister vor, die direkten Steuern mit Ausnahme der Steuer von Arbeitseinkommen, soweit es sich nicht um große Einkommen handelt, zu erhöhen. Gleichzeitig soll eine Steuer auf unproduktive Vermögen eingeführt werden. Ebenso wird der Vorschlag gemacht, das Kapitaleinkommen mit einer gestaffelten Steuer zu belegen, so daß die allgemeine Einkommensteuer sich für große Einkommen auf ungefähr 40 Prozent steigern werde.

Zur neuen Saison billigste Preise

Kleiderstoffe

Blusenstreifen . . . . . Meter 68 ₰
Hauskleiderstoffe in soliden Mustern . . . . . Meter 85 ₰
Schotten in aparten Farbstellungen . . . Meter 88 ₰
Cheviots doppeltbreit, in vielen Farben . Meter 1.35

Kleiderstoffe

Homespunes 140 cm breit, für Kostüme . . Meter 2.75
Popeline doppeltbreit . . . . . Meter 2.45
Kostümstoffe 140 cm breit, Regenschutz . . Meter 4.50

Damen-Hüte

Filz-Hüte kleidsame Formen . . . . . Stück 2.75
Jugendliche Glocken aus Samt, garniert . . . . . Stück 4.25
Flotte Plüsch-Hüte in den neuesten Farben, garniert Stück 6.75

Bubi-Kragen für Damen, aus Rips . Stück 35 ₰

Baumwollwaren

Hemdentuche griffige Qualität . . . . . Meter 50 ₰
Betttücher weiß, gesäumt . . . . . Stück 3.00
Linon für Wäschezwecke . . . . . Meter 75 ₰
Bettsatins gute Qualität. Bettbreite Meter 2,45 M., Kissenbreite Meter 1.35
Bettkattune schöne Blumenmuster . . . . . Meter 85 ₰
Bettzeuge kariert, Bettbreite Meter 1.40 M., Kissenbreite . . Meter 85 ₰
Bett-Inletts grau-rot . . . . . Meter 1.15
Köper-Inletts uni-rot, Bettbreite Meter 2,35 M., Kissenbreite . . Meter 1.38

Damen-Wäsche

Untertaillen mit Stickerei . . . . . Stück 49 ₰
Damen-Hemden mit Hohlsaum und Langette . . Stück 98 ₰
Damen-Hemden mit Hohlsaum und gestickt . . . Stück 1.65
Beinkleider mit Langette . . . . . Stück 1.35
Beinkleider mit Stickerei . . . . . Stück 1.75
Prinzeß-Unterröcke mit Stickerei . . . . . Stück 2.90
Hemd-Hosen gestickt . . . . . Stück 2.75
Hemdhosen mit Stickerei . . . . . Stück 3.75

Damen-Mäntel

Damen-Mäntel aus vorzüglich. Winterstoffen, 120 cm lang . . . Stück 8.50
Damen-Mäntel aus gemustert, warm. Flauschstoff, sehr kleidsam Stück 12.50
Damen-Mäntel aus reinwoll Flausch, mod Farben u. Fassons Stück 16.50
Damen-Mäntel aus schwerem Herbsttuch, in soliden Farben . Stück 19.50

Damen-Kleider

Damen-Kleider aus mod. gestr. Wollstoff mit Bandgarnitur . . . Stück 5.25
Damen-Kleider aus karierten Wollstoffen, in mod Farbstellung Stück 9.75
Damen-Kleider a. reinw. Popeline i viel. Farben, sehr kleidsam Stück 16.50

Kinder-Mützen

Matrosen-Mützen mit Schriftband . . . . . Stück 1.30
Wachstuch-Südwester für Knaben und Mädchen . . . Stück 95 ₰
Pompon-Mützen aus Affenhaut . . . . . Stück 1.25

Damen-Gürtel aus Wachstuch in verschied. Farben . . . . . Stück 18 ₰

J. LEWIN

Marktplatz 2 u. 3

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192509 04-16/fragment/page=0003

Vereins-Kalender

der SPD.,

freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der SPD. Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029. (Ortsbureau daselbst (Fernruf 1089).

Halle.

Arbeiterwohlfahrt. Montag, den 7. September, abends 6½ Uhr, im Gewerkschaftshaus: Wichtige Aussprache, Wahlen. Alles muß zur Stelle sein.

Schützenvereinigung Vorwärts (E.V.) Halle a. S.

Sonnabend, den 5. September, fällt unsere Uebungsstunde aus. Dafür Sonntag, den 6. September, vormittags 9½ Uhr, in der „Goldschenke", Burgstr. 71, alle Sportfreunde willkommen.

SSJ. Heute abend pünktlich ½8 Uhr: Wichtige Gruppenversammlung. Erscheinen eines jeden ist Pflicht. Musikinstrumente sind unbedingt mitzubringen.

Aus dem Bezirk.

Merseburg. Montag, den 7. September, abends 8 Uhr, in den „Drei Schwänen": Versammlung der Frauengruppe. Vortrag der Genossin Mayer (Halle). Die Genossinnen und die Frauen unserer Genossen werden um recht zahlreiches Erscheinen gebeten.

— Freitag, den 4. September, abends 8 Uhr, im Restaurant „Drei Schwäne": Republikanische Frauenversammlung. 5914

Rücheln. Sonntag, den 6. September 1925, nachm. 2 Uhr, Gasthof „Roter Hirsch", Gebäude: Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Bad Lieberwerda. Sonnabend, den 5. September, abends 8 Uhr, in Falkmeiers Bierstuben: Monatsversammlung.

Wittenberg. Das Alte-Cristianeum veranstaltet am Sonntag, den 6. September, nachm. 2 Uhr, im „Schloßgarten" (ein Sommerfest. Belustigungen für jung und alt. Gesangs- und Instrumental-Konzert. Abmarsch der Pfiesteriger Kollegen pünktlich 1 Uhr vom Marktplatz Piesteritz mit Musik.

Eisleben. Sonntag, den 6. September 1925, abends 8 Uhr, im kleinen Saale des Volkshauses: Mitgliederversammlung. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Sangerhausen. Freitag, den 4. September, abends 8 Uhr, im „Herrnkrug": Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Provinziallandtagswahlen (Referent Genosse Troll) 2. Wichtige Kommunalfragen (Berichterstatter Genosse Gyrom). 3. Parteiangelegenheiten und Verschiedenes. Die Versammlung beginnt pünktlich und ergeht an alle Mitglieder die Bitte, pünktlich zu erscheinen. Gäste können eingeführt werden.

Gerbstedt. Sonntag, den 6. September, nachmittags 4 Uhr, im Hessels Restaurant: Versammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zu den kommenden Reichstagswahlen. Erscheinen sämtlicher Genossen ist Pflicht.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle. Jeden Montag abend 8 bis 10 Uhr, „Reichshof", Harz 42/44, Stimmer 26 — Neuerwerbung der fehlenden Mitgliedsbücher.

— Sonnabend, den 5. September, Fußmarsch nach Brachwitz. Spielmannszug und die Bezirke stehen 8 Uhr Frühmiger Brücke.

— **Abrechnung der Unterkassierer.** Montag, den 7. September, abends 8 Uhr: Bezirk 1 und 2. Dienstag, den 8. September, abends 8 Uhr: Bezirk 3, 4 und 5. 5934

— **3. Bezirk** trifft sich Bitterfeldplatz um 7 Uhr und marschiert geschlossen zum Treffpunkt.

Ortsgruppe Rücheln. Freitag, den 4. September, abends 7½ Uhr, bei Kamerad Renner, Gebäude: Mitgliederversammlung. Alle Kameraden haben zu erscheinen. Freunde unserer Bewegung sind herzlich eingeladen.

Ortsgruppe Brachstedt. Freitag, den 4. September, abends 8 Uhr, bei Hem: Mitglieder-Versammlung (Kassing). Alle Mitglieder müssen erscheinen. Republikaner sind der lich willkommen.

Ortsgruppe Bitterfeld. Freitag, den 4. September, abends 8 Uhr, im Lokal „Kühler Morgen": Ordentliche Monatsversammlung. Die Tagesordnung ist sehr wichtig. Erscheinen eines jeden Kameraden ist Pflicht.

Ortsgruppe Löbejün. Sonnabend, den 5. September, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Quelle": Mitgliederversammlung. Vortrag des Kameraden Petersdorff (Halle). Alle Mitglieder müssen erscheinen. Republikaner sind herzlich willkommen.

Ortsgruppe Delitzsch. Sonnabend, den 5. Septbr., abends 8½ Uhr, im „Ring": Vorstandssitzung, zu der die neuen und alten Bezirksführer gebeten werden.

Ortsgruppe Eisleben. Jungreichsbanner. Sonntag, den 6. September 1925, abends 7 Uhr, im großen Saale des Volkshauses: Jungreichsbanner-Abend, verbunden mit Tanz. Vorlesen und Ausschießen. Die Kameraden des Reichsbanners sowie alle republikanisch gesinnten Volksgenossen sind zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen.

Alle Kinder

5956 trinken

Rädlers Medizinal-Lebertran-Emulsion

Bestes Blutreinigungs- und Stärkungsmittel

Sehr zu empfehlen bei

Skropheln, engl. Krankheit Ausschlag.

Erleichtert das Zahnen.

Flasche 1 Mk. und 1,50 Mk.

Max Rädler, Drogerie

nur Rannischestr. 2, nicht Alter Markt

Mit Mk. 4,00

Anzahlung erhalten Sie

Damen-Mäntel

verschiedener Stoffart bei bequemer Teilzahlung sofort ausgehändigt

Wäsche- u. Konfektions-Vertrieb

Gr. Ulrichstr. 4, I. Etage. 5952

Geschäfts-Eröffnung!!

Heute, Freitag, den 4. September,

nachmittags 3 Uhr, eröffnen wir in **Halle a. d. S.**

Neumarktstraße 6

ein der Neuzeit entsprechendes Spezial-Geschäft für bessere

Herren- und Knaben-Bekleidung

gegen bar und auf

Teilzahlung

bei sofortiger Mitnahme der gekauften Sachen. Wir bringen nur das Allerneueste der Herbst- und Wintermoden in Anzügen, Gabardine-Mänteln, Covercoats und Regenmänteln zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Hier einige Beispiele:

Herren- u. Jünglings-Anzüge solide Stoffe, moderne Nadelstreifen, gute Verarbeitung . . . . M. 36,00 42,00 48,00 — Anzahlg. **10—**

Herren-Anzüge moderne Stoffe, sowie Nadelstreifen, gute Verarbeitung und Paßform . . . . M. 54,00 58,00 62,00 — Anzahlg. **15—**

Herren-Anzüge neueste Form in Kammgarn, Chev., Gabardine u. mod. Karos . . . . . M. 68,00 75,00 82,00 — Anzahlg. **20—**

Herren-Mäntel in Covercoat, Gabardine sowie mod. Phantasiestoffen . . . . . M. 48,00 55,00 65,00 und höher — Anzahlg. **15—**

Ausweis ist mitzubringen.

Franz Mettner

G M B H

Spezialgeschäft für bessere Herren- und Knabenkleidung

Halle a. d. S. / Neumarktstraße 6

STADT-THEATER

Sonntag, den 6. September, 6½ Uhr:

Eröffnungs-Vorstellung

TANNHÄUSER

Karten an der Theaterkasse.

Die bestellten Stammkarten können an der Kasse eingelöst werden.

WALHALLA

Direktion Ad. Vogel. Tel. 8385

Nur bis 15. September

ein Erfolg ohnegleichen!

Zum 1. Mal in Halle

Karl Napp der Komiker aller Komiker

Schichtl's größte Marionetten-Schau

Schenk u. Sohn Wunder-Equilibristen

12 Glazeroffs Russische Kunsttänzer

Die 3 Potters Amerikanischer Bühnen-Luftakt

J. Garcia's unerreichte Schattenspiele

Der zerbrochene Spiegel Carl und Camillo Schwarz

Lucy Bernardo die famose Perodistin

Green-Wood und Violet Original-Hamsti-Bumsti

5962 usw. usw.

Anfang 7½ Uhr. Gewöhnliche Preise. Vorverkauf ab 11 Uhr vormittags an der Kasse ununterbrochen.

Modernes Theater

8 Uhr abends: **Das große Programm.**

Sonntags: **4½-Uhr-Tee** mit klein. Progr. bei freiem Eintritt 5965

Gummi-Absätze M. Winkler Glauchaer Str. 27.

Schmortöpfe Ia

(grau) 5957

14 cm	Mk.	0,70
16 „	„	0,90
18 „	„	1,10
20 „	„	1,30
22 „	„	1,25
24 „	„	1,75

Satzweise 6 Töpfe 14-24 cm m. Deckel grauigrau M. 9,75 neubl./weiß 10,50

Vergleichen Sie meine Preise mit denen der Konkurrenz

Max Belger Geiststraße 59-60

Hilferding:

Die Schicksalsstunde der deutschen Wirtschafts-Politik

die neue Broschüre, die für die Parteifunktionäre unentbehrliches Material zum Verständnis des Zollkampfes bringt. Preis 40 Pfg.

Volksblatt-Buchhandlung.

Von der Reise zurück

Dr. med. H. Keutel

Facharzt für Haut-, Harn- u. Geschlechtskrankheiten

Halle a. S., Gr. Steinstr. 16 II. (gegenüb. Café Bauer). Fernspr. 1505.

Sprechstunden von 10—12 u. 4—6 Uhr.

Amtliche Bekanntmachungen

Eisleben

Wer im Jahre 1926 das **Wandergewerbe** betreiben will, hat sich zur Erlangung des Gewerbescheins bis zum 16. Oktober d. Js. im Rathaus, Zimmer 8, zu melden. 5915

Wandergewerbescheine für 1925, 1 Lichtbild, Bescheinigung der Ortskrankenkasse über erfolgte Anmeldung mitzuführender Begleiter, Umsatzsteuerveranlagung und Straßensteuerheft sind mitzubringen.

Jahresumsatz und Verdienst für 1925 ist anzugeben.

Eisleben, den 26. August 1925.

Die Polizeiverwaltung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250904-16/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 4. September 1925.

Parteinachrichten.

Unterbezirk Halle-Saalkreis.

Wir weisen nochmals darauf hin, daß am Sonntag, dem 6. September, vormittags 9 Uhr, im „Volkspark" zu Halle die Unterbezirkskonferenz stattfindet.

Der Vorstand.

Zum neuen Parteiprogrammentwurf.

Stellungnahme der hallischen Parteigenossen.

Die hallischen Parteigenossen nahmen am Donnerstagabend in einer Mitgliederversammlung im „Volkspark" Stellung zu dem neuen Programmentwurf, der dem Heidelberger Parteitag zur Beratung vorliegt. Genosse Schaumburg eröffnete die Versammlung und bedauerte, daß der Besuch der Versammlung nicht besser sei. Nach einer Bemerkung des Genossen Rauschenbach ergriff Genosse Wielepp das Wort, um in eingehenden Ausführungen den neuen Entwurf zu behandeln. Wichtiger als Programme ist die Arbeit, die geleistet wird. Nichtsdestoweniger ist ein Programm aber notwendig. Wir haben Programme von Anfang unserer Bewegung an. Das erste Programm war das kommunistische Manifest, das von Marx und Engels verfaßt wurde. Es hatte Gültigkeit bis 1891, als auf dem Erfurter Parteitag ein neues Programm geschaffen wurde, das in seinem theoretischen Teil im wesentlichen das kommunistische Manifest übernahm und ein Aktionsprogramm hinzufügte. Bis zum Kriege und seitdem haben sich die Verhältnisse wesentlich geändert, und es ist wohl unbestritten, daß so mancher Satz aus dem Erfurter Programm durch die Entwicklung überholt ist. Während der Parteispaltung hatte sich die USP. ein Aktionsprogramm mit der Grundlage der Räteherrschaft und die Mehrheitspartei in Görlitz ein vorläufiges Programm geschaffen. Im letzteren war ein Teil des Erfurter Programms übernommen mit den Aenderungen aus der wirtschaftlichen Umformung und Rücksichtnahme auf die inzwischen errungenen Erfolge. Dann kam die Vereinigung der Partei. Hierbei wurde der Wunsch nach Schaffung eines Programms laut. Aber weder in Nürnberg noch in Berlin auf dem Parteitag kam es zu einem Abschluß. Es wurde vielmehr eine Programmkommission eingesetzt mit der Aufgabe, einen Entwurf auszuarbeiten. Dieser Entwurf liegt nun vor. Er zerfällt in zwei Teile, den theoretischen und den praktischen Teil. Der erste Teil nimmt Rücksicht auf die Veränderungen der Wirtschaft und auf gewisse Fehler des Erfurter Programms. Genosse Wielepp wünschte hierbei eine schärfere Umschreibung der Stellung zum Mittelstand, der zumeist nur ein Anhängsel des Großkapitals sei und auf Kosten des Proletariats aufgepäppelt würde. Er ging des weiteren auf die verschiedenen Anträge ein, die die Ortsvereine gestellt haben, so auf die Aufnahme des Wortes „Klassenkampf" und des Bekenntnisses zur sozialen Revolution in dem Entwurf. Auch den zweiten Teil behandelte der Redner im Zusammenhang mit den gestellten Anträgen. Er hob die Forderungen: demokratische Republik, Einheitsstaat, Reichsjustiz, Beseitigung des § 48, Laienrichter, Erleichterung der Ehescheidung, Abschaffung der Todesstrafe, Aufhebung des Landesverratsparagraphen, Wahl der Richter durch das Volk usw. hervor. Es wäre auch wünschenswert, daß der Satz „Religion ist Privatsache" in den Entwurf aufgenommen und daß nicht nur die Beseitigung der Uebelstände der Heimarbeit, sondern die Beseitigung der Heimarbeit überhaupt gefordert würde. Nach Bemerkungen zur Steuerfrage, der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und zur internationalen Politik, betonte Genosse Wielepp, daß selbstverständlich unter den Millionen Parteianhängern noch manche sein werden, die neue Gedanken zum Entwurf vorbringen könnten. Es werde aber niemals der Fall sein, daß sämtliche Wünsche in dem Programm zum Ausdruck kommen würden. Das Wesentlichste muß der Kern sein, die Durchleuchtung des Programms mit der sozialistischen Idee, mit der Idee des wissenschaftlichen Sozialismus. Wir stehen auf dem Boden des Klassenkampfes. Das Programm wird unsere Waffe sein, mit der wir kämpfen müssen, um zunächst die nächsten Forderungen im politischen Tageskampf durchzuführen, um dann unseren Kindern und Kindeskindern einmal eine bessere Zukunft zu schaffen. (Beifall.)

In der nun folgenden Aussprache bemerkte Genosse Albert Müller u. a., daß der Partikularismus auch manches Gute im Hinblick auf die heutige politische Lage gehabt habe, ebenso das Einspruchsrecht der Behörden bei Einsetzung von Wahlbeamten und die Beschränkung des Wahlrechts in gewissen Fällen. Er glaubte, daß man um die indirekten Steuern nicht ganz herumkomme. Auch äußerte er gewisse Bedenken über die Stellung zum Kriegsfall. — Genosse Rauschenbach ging auf die Mittelstandsfrage, die Fragen des Einheitsstaates, der Justiz, der Religion u. a. ein und bedauerte, daß man im Betriebsrätewesen nicht weitergekommen sei. — Genosse Petersdorff bemerkte zur Frage des Einheitsstaates, daß der Vorwurf, daß unsere Genossen 1918 nicht die Länder abgeschafft haben, nur zu einem bedingten Teil zutreffe. Eine solche Sache lasse sich nicht mit einem Federstrich abschaffen. In der nächsten Zeit werde eine besondere Versammlung stattfinden, die sich nur mit den Schulfragen befasse. Es sei zu bezweifeln, ob der Parteitag den Entwurf verabschiede. — Genosse Peters behandelte verschiedene grundsätzliche Fragen, so vor allem die der Kleinbetriebe. Er warnte vor falschen Schlüssen in dieser Beziehung. In der Nachkriegszeit schien es, daß die Theorie des Erfurter Programms, wonach die Kleinbetriebe immer mehr verschwinden, falsch sei. Es zeige sich aber jetzt, daß die alte Entwicklung wieder Platz greife. Wir sollten ohne Scheu und Rücksicht uns für den Großbetrieb einsetzen, weil er im volkswirtschaftlichen Interesse liegt. Auch die Richtigkeit der Verelendungstheorie ergebe sich aus der jüngsten Entwicklung aufs neue. Auch dieser Redner wünschte die Aufnahme des Wortes „Klassenkampf" in das Programm. Auch vermißt er im Programmentwurf Angaben über die Führung des Kampfes. Es wäre zumindest nötig, andeutend zu sagen, daß der Kampf um den Sozialismus nicht allein auf parlamentarischem und demokratischem Wege geführt werden könne, sondern daß letzten Endes man zu ganz anderen Mitteln greifen muß. — Genosse Walter trat für eine bessere Umschreibung der Mittelstandsforderungen und für die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe ein. — Genosse Görich stimmte dem Vorredner in bezug auf die Landwirtschaft für die Gegenwart zu. Er wünschte die Aufnahme von Sätzen in das Programm, die den entschlossenen Willen zur Durchführung des Sozialismus ausdrücken.

Im Schlußwort beschäftigte sich Genosse Wielepp mit den einzelnen Diskussionsrednern und gab nochmals der Erwartung Ausdruck, daß der diesjährige Parteitag den Entwurf noch nicht verabschieden möge, sondern den Parteigenossen im Lande erst noch Gelegenheit gegeben werde, sich mit dem vorliegenden Entwurf und den Anträgen zu beschäftigen.

Ansteigen der Teuerungskurve.

Die hallischen Lebenshaltungskosten-Indexziffern hat das Statistische Amt der Stadt Halle nach dem Stande vom 2. September 1925 auf der Grundlage der fünfköpfigen Normalfamilie, bezogen auf 1913/14 = 1, wie folgt berechnet: Gesamtlebenshaltung (Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf, einschl. Verkehr, ohne Steuern und soziale Abgaben) 1,85 (Veränderung gegenüber der Vorwoche + 0,7 Prozent), Lebenshaltung ohne sonstigen Bedarf 1,81 (+ 0,8 Prozent), Lebenshaltung ohne Bekleidung und sonstigen Bedarf (Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung) 1,29 (+ 0,8 Prozent), Ernährung 1,42 (+ 1,4 Prozent), Heizung und Beleuchtung 1,79 (+ 1,7 Prozent), Wohnung 0,85, Bekleidung 1,48, sonstiger Bedarf 1,74.

Somit ist der Stand vom 12. August wieder erreicht, nachdem sich eine kleine Senkung gezeigt hatte. Von einem Preisabbau ist also noch nichts zu spüren.

Wucherbekämpfung.

Die Polizeibehörde teilt mit:

Es wird zur Behebung von Zweifeln darauf hingewiesen, daß die Verordnung über Preisschilder und Preisverzeichnisse vom 13. Juli 1923 nach wie vor in Kraft ist. Nach dieser Verordnung besteht die Verpflichtung der Ladeninhaber und sonstigen Aussteller von Waren, die in Läden, Schaufenstern, Schaukästen, auf dem Wochenmarkt oder im Straßenhandel sichtbar ausgestellten Gegenstände des täglichen Bedarfs mit Preisschildern zu versehen, aus denen der genaue Verkaufspreis der ausgestellten Ware ersichtlich ist. Die Anbringung eines Preisschildes an dem einzelnen Gegenstand ist nur dann nicht erforderlich, wenn die Ware in ein Preisverzeichnis aufgenommen ist, das an gut sichtbarer Stelle überall da angebracht ist, wo die Waren ausgestellt sind. Die Polizeibeamten haben Anweisung erhalten, gegen diese Verordnung unnachsichtlich zur Anzeige zu bringen.

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß die Preistreibereiverordnung vom 13. Juli 1923 ebenfalls in vollem Umfange noch in Kraft ist. Anzeigen wegen übermäßig hoher Preisforderung für Gegenstände des täglichen Bedarfs, wegen Leistungswuchers und Provisionswuchers werden von der Wucherstelle verfolgt.

Entgegennahme mündlicher Anzeigen auf Zimmer 21 des Polizeipräsidiums.

Eine kleine Verwechslung.

Der „Klassenkampf" zierte sich in seiner Nummer vom 20. August mit einer Karikatur, die er „Die Reichsbanner-Gladiatoren in Halle" nannte. Ein Arbeiter, der behauptet, über diese Dinge sehr gut unterrichtet zu sein, teilt uns kun mit, daß der Redaktion des „Klassenkampf" mit der Texterläuterung dieses Bildes ein fataler Schnitzer unterlaufen sei. Wie unser Gewährsmann infolge seiner Beziehungen zu Freunden in der Lerchenfeldstraße erfahren haben will, soll die Kommintern ihrem Brief an die KPD.-Zentrale dieses Bild beigefügt haben. Die Zentrale hat eine Mater des Bildes mit den übrigen Matern auch dem „Klassenkampf" übersandt, und die Redaktion hat in ihrem Dusel geglaubt, die Personen in dem Bilde seien Reichsbannergladiatoren.

Da sich die „Klassenkampf"-Redaktion wahrscheinlich scheuen dürfte, ihren fatalen Mißgriff einzugestehen, bittet uns unser Gewährsmann, die wirkliche Interpretation des Bildes bekanntzugeben. Danach ist der die Schelle schwingende Nachtwächter auf der rechten Seite des Bildes Genosse Sinowjew, der den Brüderchen in der KPD.-Zentrale beibringt, was die Glocke geschlagen hat. Die Figur mit dem Zylinder auf dem Kopf ist Herr Koenen, der darüber nachdenkt, auf welche Seite er sich schlagen soll. Neben ihm steht Ernst Thälmann, der vor lauter Freude, daß er die Parteifarre aus dem Dreck transportieren darf, sich eine Berliner Weiße auf den Kopf gestülpt hat. Der in der linken Ecke hängende Vogel ist die aufgehängte Gans Ruth Fischer und der Affe, der davor sitzt, der ewig grinsende Werner Scholem, der neiderfüllte Blicke nach dem glücklichen Thälmann wirft. Und der Löwe auf dem Bilde ist nicht etwa ein Löwe, auch nicht Herr Kilian, sondern „der" Katz, der ganz fürchterlich miaut, daß es nichts mehr zu „mausen" gibt.

Kundgebung der Sozialrentner.

Am Sonntag, dem 6. September, findet vormittags 9 Uhr im „Volkspark" eine Kundgebung der Sozialrentner statt, in der der bekannte Dichter der Arbeit und Armut Bruno Schoenlank eine Ansprache halten wird. Um den Aermsten der Armen für einige Stunden aus dem rauhen Alltag ihres eintönigen verhärteten Lebens zu reißen, hat sich die Leitung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden entschlossen, an der Veranstaltung die Giebichensteiner Arbeiterliedertafel und den Cellisten Ludwig mitwirken zu lassen. Bruno Schoenlank wird aus eigenen sozialen Werken vorlesen. Es wird erwartet, daß alle Sozialrentner Halles in diese Kundgebung kommen. Der Eintritt ist frei. Angehörige haben nach Zahl der verfügbaren Plätze Zutritt.

* **Eine aktuelle Zeitung** ist das Schweinezüchterorgan in der Leipziger Straße, die „Hallesche Zeitung". Den Nachrichten über die Zerstörung des amerikanischen Luftschiffes „Shenandoah" fügt sie ein Bild bei, das angeblich „das zerstörte Amerika-Luftschiff" darstellen soll. In Wirklichkeit stellt es aber den Zeppelin III bei einer Fahrt über den Bodensee dar. Was sagen die Leser dieser Zeitung dazu, daß ihre Gedächtnisstärke so gering eingeschätzt wird, nicht mehr zu wissen, daß die „Hallesche Zeitung" dasselbe Bild im vorigen Jahr gelegentlich der Amerikareise des Zeppelin III veröffentlichte. Aus diesem deutschen Zeppelin III ist zwar ein „Los Angelos" geworden, niemals aber ein „Shenandoah". Aber aktuell muß man sein, und sei es auf Kosten der Wahrheit.

* **Jungsozialisten.** Am Sonntag, dem 6. September, veranstaltet die Jungsozialistengruppe einen zwanglosen Ausflug nach der Heide. Treffpunkt nachmittags ½2 Uhr am Café Diebe. Die Teilnahme aller jungen Parteigenossen und -genossinnen ist sehr erwünscht.

Für den Herbst

Hauskleiderstoffe solide haltbare Qualitäten in großer Musterauswahl . . . . . Meter 2,50 1,95 1,25 **0,95**

Eolienne und Marocaine für Straße und Gesellschaft, Wolle mit Seide, ca. 100 cm breit . . . . . Meter 9,75 7,00 **4,95**

Velour de laine (Affenhaut) für Mäntel extra gute Qualitäten, 130 cm breit . . . . . Meter 14,00 12,00 9,50 **5,50**

Gabardine für Kostüme und Kleider in allen Modefarben, reine Wolle, 130 cm breit . . . . . Meter 9,50 8,50 **6,50**

*

Wischluch rot kariert, solide Qualität **0,25**

Wäscheluch eigener Ausrüstung, grifflige Ware . . . . . Meter **0,52**

Barchent-Bettuch weiß, mit bunter Kante, pa. Qualität 140/190 . . . . . **3,75**

Bettlaken aus la Dowlas mit Hohlsaum . . . . . Größe 150/210 **3,95**

finden Sie die größte Auswahl und billigsten Preise bei uns

*

Ueberzeugen Sie sich

Seiden-Bourette in vielen Farben, 80 cm breit . . . . . Meter 1,60 **1,30**

Seiden-Trikot für Unterkleider, in schönen leuchtenden Farben, 140 cm breit . . . . Meter 5,50 3,50 **2,95**

Kleider-Samt schwarz, gute Qualität, 70 cm breit . . . . . Meter 9,50 8,25 **3,50**

Crêpe de chine für Braut- und Gesellschaftskleider in allen neuen Farben . . . . . Meter 10,50 9,25 8,50 **6,50**

*

Schlupfhosen in vielen schönen Farben **0,85**

Hemdhosen weiß gewirkt, mit schmalen und breiten Trägern 2,50 2,40 **1,95**

Korsettschoner weiß gewirkt, extra preiswert **0,55**

Hemdchen lang, weiß gewirkt, aus guten Qualitäten **0,95**

BRUMMER u. BENJAMIN

HALLE a/S. + GR. ULRICHSTR. 22-24 + RANNISCHER PLATZ

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250904-16/fragment/page=0005

* **Republikfeindliche Postangestellte.** Nachdem die Reichspost Familienväter abgebaut hat, beschäftigt sie als Postaushelfer auch völkische Jünglinge, die in ihrem Haß gegen die Republik selbst die schwarzrotgoldene Kokarde an ihrer Dienstmütze nicht leiden können und sie durch eine schwarzweiße ersetzen. Die Postverwaltung sollt diesen Verirrten begreiflich machen, daß sie im Dienste der republikanischen Reichspost stehen.

* **Anatomische Anstalt.** Die anatomische und entwicklungsgeschichtliche Sammlung der Anatomie, Große Steinstraße 52, ist am Sonntag, dem 6. September, vormittags von 10—1 Uhr für den allgemeinen Besuch geöffnet. Um 10 Uhr findet eine Führung mit Vorzeigung besonderer Präparate statt.

* **Selbstmord eines Schutzwachtmeisters.** Mittwoch früh hat sich in der Artilleriekaserne der Schutzwachtmeister Heinrich Döhring erschossen. Wie wir erfahren, vollzog D. die Tat aus Furcht vor Strafe, da er sich angeblich ein schweres Wachtvergehen zuschulden kommen ließ und nun befürchtete, bestraft und entlassen zu werden.

* **Unfall auf der Straßenbahn.** Gestern nachmittag gegen 5½ Uhr stürzte auf dem Steinweg ein siebenjähriger Schüler von einem plötzlich haltenden Straßenbahnwagen herunter. Der Junge erlitt Verletzungen am Knie sowie Hautabschürfungen an der Stirn. Er wurde einem Arzt zugeführt und konnte nach Anlegung eines Verbandes seinen Weg nach Hause allein fortsetzen. Der Unfall ist darauf zurückzuführen, daß der Straßenbahnführer vor einem plötzlich in den Steinweg einbiegenden Motorradfahrer durch starkes Bremsen halten mußte, um einen Zusammenstoß zu verhindern. Durch das ruckartige Anhalten des Straßenbahnwagens fiel der auf dem Vordererron stehende Junge herunter.

* **Ein Gewaltmensch.** Gestern abend rempelte an der Ecke Alte Promenade und Große Ulrichstraße ein Mann zwei Straßenfeuerwehrbeamte an, warf einen derselben zu Boden, entriß ihm den Degen und entfernte sich in der Richtung nach dem Markt. Er wurde in der Großen Ulrichstraße festgenommen und der Polizeiwache zugeführt.

* **Selbstmord.** Vergangene Nacht gegen 1 Uhr erschoß sich ein 28jähriger Mann an einer Mauer in der Wolfgangstraße. Der Grund zur Tat ist unbekannt.

Hallesches Theater- und Kunstleben.

Die städtischen Bühnen eröffnen die Spielzeit 1925/26 am kommenden Sonntag. Die Oper beginnt mit dem neuinszenierten „Tannhäuser". Das Werk kommt in der sogenannten deutschen Fassung ohne die üblichen Kürzungen zur Aufführung und wird sowohl einen großen Teil der neuverpflichteten Solisten als auch dem bekanntlich auf 32 Mitglieder verstärkten, neugeschulten Opernchor Gelegenheit zum ersten Auftreten geben. Musikalische Leitung: Generalmusikdirektor Erich Band, Inszenierung: Oberspielleiter August Roesler. — Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag die Komödie „Tokater" von Hanns Müller zur Aufführung. Am Montag bleibt das Theater geschlossen. Am Dienstag gelangt im Stadttheater „Die heilige Johanna" von Bernard Shaw erstmalig zur Aufführung. Bühnenbilder von Professor Thiersch. Regie Intendant W. Dietrich. — Der Vorverkauf für diese Vorstellungen hat bereits begonnen. Bestellte Stammkarten können abgeholt werden.

Die Kammerspiele der Volksbühne. Die Volksbühne veranstaltet im kommenden Winter eine Reihe von fünf Kammerspielen, die einzig in ihrer Art dastehen. Es dürfte wohl kaum für den geringen Preis von 1 Mk. pro Vorstellung anderswo die Möglichkeit des Theaterbesuchs bestehen. Die Volksbühne erfüllt damit eine ihrer Hauptaufgaben, jedem wertvolle Theaterabende zu vermitteln, und hofft, mit den Kammerspielen auf dem richtigen Wege zur Erreichung ihrer Ziele zu sein. Es gelangen Werke von Ibsen, Gogol, Moreto, Fulda und ein noch zu bestimmendes Werk zur Aufführung. Niemand sollte versäumen, die Kammerspiele im Thaliatheater zu belegen.

Film und kleine Bühne.

Kochs Künstlerspiele. Nach gründlicher Erneuerung und Vornahme verschiedener Verbesserung öffneten sich am Dienstagabend wieder die Pforten von Kochs Künstlerspielen. Die neue Kräfte, die ein abwechslungsreiches Programm bieten, verdienen Anerkennung. Elfe Karsten und Max Teichmann sind zwei elegante Vortragskünstler, Albert Pol bringt eine sehr wirkungsvolle Gesangsszene „Im Weinkeller", während Paul Pommer als sächsischer Humorist reichlich viel „Blönsinn" vergapft. Besondere Aufmerksamkeit fand Hatma Ghandi, der mit zwei lebenden indischen Schlangen von gut 2 Meter Länge einige sehr gute Dressurakte vorführte. Zur Abrundung des Programms fehlen natürlich nicht das unvermeidliche Tanzballett („Sonja"-Ballett) und der Konferenzier, Kurt Maedicke. Letzterer sollte sich hüten, sich in Widersprüchen zu bewegen. Für gute Musik sorgt die Hauskapelle Maaß.

C.-T. am Riebeckplatz. Die Chechacos. Gleißende Schneefelder, reißende Ströme mit wuchtigen Eisblöcken schmelzender Gletscher Alaskas und der gefürchtete Blizzard, — und in dieser Allmacht Natur der Mensch, der gierige Ausbeuter der Natur, der oft genug seine Verwegenheit mit dem Leben zahlen muß. Um die Jahrhundertwende ziehen sie in Scharen „sich den großen Teich: „Gold! Gold!" vocht es in ihren Adern, „Gold" ist ihr ganzes Sinnen und Trachten. Eine einfache aber eindruckvolle Handlung im Rahmen eines hochwertigen Kulturfilms: Gebrechen und unterhaltend. — Harold Lloyd, der etwas lächelnde „Er", wütet unter den Eroskindern von Honolulu. Brownie erweist sich als treuer Gefährte. Im Bühnenteil zeigen sich Ria van Eculier und Kurt Schön als Meister Terpsichores. Hs.

Aus dem Saalkreis.

Gimritz-Raunitz. Am Sonnabend fand hier eine von der SPD. einberufene Versammlung statt. Genosse Schaumburg (Halle) sprach über die Notwendigkeit der politischen Organisation. Die erschienenen Arbeiter folgten den Ausführungen des Redners mit regstem Interesse. Eine Anzahl der Anwesenden ließ sich dann sofort in die Partei aufnehmen, so daß, wir auch hier eine Ortsgruppe gründen konnten. Zwar ist die Zahl zunächst noch klein, aber alle gaben das Versprechen ab, weiter zu arbeiten, damit die Zahl bald größer werde. Besonders gekennzeichnet wurde in der Aussprache das Verhalten verschiedener Bauern, die ihren Arbeitern verbieten, das Arbeiterlokal zu betreten. An die dortige Arbeiterschaft aber ergeht der Ruf: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!" Laßt sie schimpfen, laßt sie toben. Unser die Welt trotzdem.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Folgen kommunistischer Verhetzung.

Der Regierungspräsident hat einen Erlaß an die Sicherheitspolizei herausgegeben, daß diese Anpöbeleien, wie sie hier in Mitteldeutschland leider zur Tagesordnung gehören, nicht durchgehen lassen soll. Namentlich in Ammendorf scheinen die Roten Frontkämpfer am Grünkoller zu leiden. Am 28. Mai kam der Bauarbeiter Kurt Wieck, 22 Jahre alt, mit einem Kollegen von der Arbeit. In der Beesener Straße in Ammendorf kamen sie an zwei Sipos vorbei. In einiger Entfernung rief W.: „Das sind ja die grünen Lumpen; jetzt markieren sie die Dicken." Wenn man in die Hände spuckt, dann reißen sie aus!" Als einer der Beamten auf ihn zukam, riß der Schreier aber aus. Die Beamten holten ihn jedoch ein, um seine Personalien festzustellen. Da schimpfte W. die üblichen Phrasen, wie „Mörderbande", „Blutbunde" usw. und schlug um sich, warf sich hin, bis dabei einem Sipo in den Schenkel und gebärdete sich wie toll. Gestern sah W. auf der Anklagebank vor dem Schöffengericht in Halle. Der Arbeitskollege bekundete als Zeuge, daß die beiden Sipos sie überhaupt nicht beachtet und dem Angeklagten gar keinen Anlaß zu irgendeiner Wut gegeben hätten. Der Angeklagte wollte sich damit entschuldigen, daß er Krämpfe gehabt hätte und von nichts mehr wisse. Das Gericht verurteilte ihn wegen Beamtenbeleidigung und Widerstand zu zwei Monaten drei Wochen Gefängnis.

Mieterschutz und Preisbildung.

Die Lockerung des Mieterschutzes für die Gewerbetreibenden.

Von Karl Langheinrich, Geschäftsführer des Mietervereins Halle a. S., e. V.

Die Reichsregierung gibt in Nr. 20/30 des Reichsarbeits-Blattes den Entwurf eines „Gesetzes zur Abänderung des Mieterschutzgesetzes" bekannt, den sie dem Reichsrat zur Entschließung vorgelegt hat. Unter den „Lockerungen", die die Reichsregierung mit dem Entwurf ankündigt, beansprucht besonderes Interesse die Art, wie in Zukunft der Gewerbetreibende noch Mieterschutz genießen soll. Bislang hatte der Gewerbetreibende denselben Anspruch auf Mieterschutz im Aufhebungsprozeß und in der Zwangsvollstreckung wie der Wohnungsmieter. Das Gericht konnte ihm also, selbst wenn das Mietverhältnis wegen seines Verschuldens (§§ 2 und 3 des Mieterschutzgesetzes) gelöst wurde, ausreichenden Ersatzraum zubilligen, wo dies zur Vermeidung unbilliger Härten erforderlich schien. Wenn das Mietverhältnis aus § 4 des Mieterschutzgesetzes aufgehoben wurde (wenn also die Interessen des Vermieters an der Wiedererlangung des Interessen des Mieters an dem weiteren Besitz des Mietraumes überwogen), mußte das Gericht dem Gewerbetreibenden einen Anspruch auf angemessenen Ersatzraum kraft zwingenden Rechts zusprechen. War der Ersatzraum, gleichgültig ob angemessen oder ausreichend, zugesprochen, dann konnte die Zwangsvollstreckung nur erfolgen, wenn der Ersatzraum für den Gewerbetreibenden zugeschiert war, es sei denn, daß dem Mieter wegen neuer nachträglicher Verlebungen unerträglich der Ersatzraum wieder angesprochen wurde; zur Verhütung von Mißbrauch bestehe dazu sogar ein vereinfachtes Beschlußverfahren.

Hier will die Reichsregierung grundlegende Aenderungen schaffen. Nicht etwa deshalb, weil heute genügend gewerbliche Räume zur Verfügung ständen, in denen sich der Mieter eine neue Existenz gründen kann, sondern weil das Recht des Mieters auf Ersatzraum (also doch ein dem Mieter vom Gericht zugesprochener Anspruch!) in vielen Fällen die Zwangsvollstreckung außerordentlich hinausgeschoben, beziehentlich geradezu vereitelt habe und die Gemeindebehörden, die nach § 36 des Mieterschutzgesetzes ausdrücklich verpflichtet waren, einen entsprechenden Ersatzraum beschleunigt zuzuweisen, das meistens nicht tun könnten, weil sie über die Gewerberäume nicht verfügten; Gewerberäume bewirtschafteten die Gemeinden im allgemeinen nicht.

Statt demgegenüber diejenigen Gemeindebehörden, die gewerbliche Räume nicht bewirtschaften, obgleich ihnen ein Reichsgesetz (§ 36 MSchG.) wenigstens indirekt diese Bestimmung auferlegt, zur Bewirtschaftung dieser Räume zu zwingen (eine solche Bewirtschaftung ließe sich sehr einfach und ohne komplizierten Apparat mit einer Meldevorschrift bei generell im voraus erteilter, drei Tage nach Eingang der Meldung gültiger Genehmigung durchführen), gibt die Reichsregierung praktisch den Gedanken des Mieterschutzes preis und

beraubt den Gewerbetreibenden kurzerhand seines Anspruchs auf Ersatzraum.

Anspruch auf Ersatzraum soll es für den Gewerbetreibenden nur dann noch geben, wenn er nachweist, daß dringend öffentliche Interessen der Zwangsvollstreckung ohne gleichwertige Sicherung ausreichenden Ersatzraumes entgegenstehen. Welcher Gewerbetreibende kann solche dringenden öffentlichen Interessen heute für sich geltend machen? Ueber Beispiele, in denen die Reichsregierung solche dringenden öffentlichen Interessen für vorliegend erachtet, schweigen sich Entwurf und Begründung aus. Praktisch wird also dem Gewerbetreibenden der Anspruch auf Ersatzraum einfach genommen. Daß ihm dafür eine Räumungsfrist gegeben wird, ist belanglos, denn mit dem Auflauf der Räumungsfrist setzt doch unbarmherzig die Zwangsvollstreckung und damit die Existenzvernichtung ein, wenn nicht der Mieter vorher einen anderen Geschäftsraum gefunden hat.

Davon, daß es genügend Geschäftsräume zu mieten gäbe, sagt die Reichsregierung nichts. Sie nimmt das deshalb offenbar auch selbst nicht an. Diese Annahme wäre auch falsch. Nach den Nachfrage nach Geschäftsräumen ist heute noch genau so groß, wie seit Jahren, wenn sie sich vielleicht auch nicht mehr so stürmisch äußert wir zu Zeiten, wo neben Banken, Gold- und Metallankaufstellen, Wettbüroerne und ähnliche Unternehmungen mit aller Rücksichtslosigkeit sich Geschäftsräume zu verschaffen wußten. Das eine steht aber doch nach wie vor fest, daß Geschäftsräume zu normalen Mietpreisen (der gesetzlichen Miete) im freien Verkehr überhaupt nicht zu haben sind, daß sich die Vermieter überwiegend auch nicht mit geringen Zuschlägen, etwa im Sinne von § 1 Abs. 2 des Reichsmietengesetzes, begnügen, sondern daß der Mietlustige neben der Zahlung einer gewöhnlich sehr hohen Abfindungssumme weit höhere Mietzinsen und alle möglichen Nebenleistungen (auch erst eine vollständige Neuherrichtung) übernehmen muß.

Man möchte fragen, ob denn die Reichsregierung nichts davon weiß, daß genügend Angebote von Geschäftsräumen bei weitem nicht vorhanden sind, und daß die Vermieter schon bei bestehendem Mietvertrag mit der Drohung der bevorstehenden Lockerung des Mieterschutzes sich Mietzinsen und Sondervorteile zu verschaffen wissen, die außer Verhältnis zu einer angemessenen Miete stehen, und daß hier

ein Maß von Unlauterkeit und Unwahrhaftigkeit

im Verkehr großangezogen wird, das nicht zur Besserung unserer Moral beitragen wird, sondern im Gegenteil diejenigen, die das Opfer dieses von der Reichsregierung geradezu geförderten Schiebertums werden, nur reizen wird, ihrerseits nach ebenso leichtem Gewinn zu suchen. Reichskanzler Dr. Luther hat in seiner Rede zur Zollvorlage vom 8. August ausdrücklich erklärt, daß die Folge der Stabilisierung der Steuern, Zölle und Aufwertungsforderungen eine neue Preisgestaltung sein müsse. Auf der einen Seite verlangt er — mit Recht — von dem Handel und Gewerbetreibenden, daß er seine Preise genau kalkuliert, auf der anderen Seite liefert die Reichsregierung denselben Handel und Gewerbetreibenden ohne jede Schonung der rücksichtslosesten Bewucherung durch die Vermieter aus. Selbstverständlich sind nicht alle Vermieter Wucherer. Wie aber die Praxis aussieht, kann das preußische Wohlfahrtsministerium bezeugen, daß im Sommer 1923 allen Vorstellungen zum Trotz mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 an das Reichsmietengesetz für Geschäftsräume außer Kraft setzte, seine Verordnung aber noch vor dem Tage ihres Inkrafttretens wieder außer Kraft setzen mußte, weil nach der eigenen Erklärung des Ministeriums eine so ungeheuerliche Bewucherung der Mieter eingesetzt hatte, daß die betroffenen Mieter und für unsere Gesamtwirtschaft eine unerträgliche Gefahr entstanden wäre.

Die Gefahr für unsere Gesamtwirtschaft, die

Gefahr für die Preisbildung

und damit für die Verbraucherschaft sei hier noch gar nicht besonders in den Vordergrund gerückt, wohl aber sei hier einem anderen Gesichtspunkt wieder einmal besonders hingewiesen: der Gewerbetreibende, der im eigenen Grundstück sitzt, wohnt so gut wie mietsfrei. Der aufgewertete Hypothekenzins drückt ihn nicht; er ist nicht nur gering, sondern wird durch den Gewinn aus dem erhöhten Mietzins reichlich aufgewogen. Anders der Gewerbetreibende, der Mieter ist, selbst wenn er noch den Mut besitzt, sich auf das Reichsmietengesetz zu berufen; er steht schon wesentlich schlechter da. Am schlimmsten sind aber diejenigen daran, die überhaupt neu mieten müssen. Für sie können die neuen Verpflichtungen geradezu zur Katastrophe werden, ihnen wird die Konkurrenzfähigkeit und damit die Existenzmöglichkeit genommen. Daß heute die Gewerbetreibenden dem noch mit einer gewissen Ruhe zusehen, sie völlig unangerechtfertigte Abfindungssummen und viel zu hohe Mieten bewilligen, liegt im wesentlichen an der noch ungenügenden Einstellung in die stabilisierten Verhältnisse, die der Reichskanzler in seiner oben erwähnten Rede den Hausfrauen vorgeworfen hat. Derselbe Vorwurf trifft hier die Gewerbetreibenden; ihr Fatalismus wird sich in dem Augenblick schwer rächen, wo der Gang unserer Wirtschaft zu einer scharfen Kalkulation zwingt, die gezahlte Abfindungssumme am Betriebskapital fehlt und die zu hohen Mietzinsen den Gewinn wegnehmen.

Geradezu ungeheuerlich ist es, daß die Reichsregierung diesen Bestimmungen rückwirkende Kraft auch für bereits erlassene Urteile oder abgeschlossene Vergleiche beilegt, „wenn eine behördliche Zuweisung von Räumen der in Frage kommenden Art nicht stattfindet". Da gewerbliche Räume heute fast nirgends mehr bewirtschaftet werden, ist das praktisch auf alle Fälle zu. Hat sich also ein Mieter zur Aufhebung des Mietverhältnisses gegen Sicherung eines angemessenen Ersatzraumes wegen dieser Sicherung verurteilen lassen, hat er z. B. auf Berufung verzichtet, weil ihm der angemessene Ersatzraum vor weiterem Schaden in seiner Existenz bewahrte, oder hat der Mieter, der ein Verlieren seines Prozesses vielleicht gar nicht zu fürchten hatte, sich vergleichsweise bereit erklärt, gegen Sicherung eines angemessenen Ersatzraumes zu räumen, so soll jetzt all das gegenstandslos geworden sein. Der Mieter hat nur noch eine Räumungsfrist. Hier wird in einer Weise in berechtigte, durch das Gericht oder durch Vertrag festgelegte Ansprüche eingegriffen, die mit den Begriffen von Treu und Glauben nicht mehr zu vereinbaren ist.

Alles in allem scheint die Reichsregierung nicht zu wissen, welche ungeheuerliche

Sorge und Gefährdung seiner Existenz

für den Geschäftsmann schon die Klage auf Aufhebung des Mietverhältnisses bietet, noch weniger scheint sie sich in die verzweifelte Lage eines Gewerbetreibenden versetzen zu können, der nur noch eine Gnadenfrist vor sich hat und dann mit seiner Existenz vor dem Nichts steht. Der Reichsregierung fehlt offenbar das Maß von Erfahrungen, das der Anwalt oder die Auskunftsstelle eines Mietervereins hat. Allerdings können die Erfahrungen der Reichsregierung auch nur in den seltensten Fällen zur Verfügung gestellt werden, denn die Herausgabe des Materials verbietet der Ratsuchende gewöhnlich mit aller Entschiedenheit. Aus Furcht vor der Vergeltung durch seinen Vermieter, aus Furcht vor der Schwarzen Liste, die offen genug von der Hausbesitzerseite wieder angekündigt wird. Es kommt aber auch nicht darauf an, ob die Reichsregierung hier mehr oder weniger Material besitzt; bei der Art der Eingangung leichter Gewinnes heute mehr denn je bestehenden Einstellung muß sie ohne weiteres mit den hier gekennzeichneten Folgen rechnen; außerdem soll aber eine gute Regierung ihre Maßnahmen in weiser Voraussicht des Kommenden treffen und gar nicht erst nachdrücklich durch katastrophale Folgen auf das Abwegige getroffener Maßnahmen hingewiesen werden müssen. Gelingt es nicht, durch die Absicht der Reichsregierung einen entschiedenen Strich zu ziehen, dann gehen alle Gewerbetreibenden, die nicht das Glück haben, im eigenen Hause zu sitzen, schwersten Zeiten entgegen!

Preußischer Mietertag in Halle.

Vom 5. bis 7. September tagt in Halle eine Konferenz preußischen Mieterverbände vom Reichsstand Deutscher Mieter, um nicht nur den Ausbau des Landesverbandes fester und straffer zu gestalten, sondern auch erneut zu sehr wichtigen Fragen im Wohn- und Mietrecht Stellung zu nehmen. Seit Ueberwindung der Inflationszeit bis zum heutigen Tag gehen Regierungen und Parlamente in der Wohnungsfrage Wege, wie sie den Hausbesitzern gerade recht sind. Der von der Deutschen Mieterorganisation schwer erkämpfte Mieterschutz wird Stück um Stück abgebaut. Was man in höchster Not des Reiches der Wiederschaft gab, wird unter dem Druck der spekulativ gerichteten Interessenkreise trotz steigender Wohnungsnot Schritt für Schritt preisgegeben. Das etwas verlangsamte Tempo des Abbaues kann über die Endziele der Regierungen nicht hinwegtäuschen.

Die Deutsche Reichsverfassung hat im Artikel 155 verheißen, daß jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den Kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte geschert werde. Nichts von alledem ist bis heute ernstlich in Angriff genommen worden; im Gegenteil sind sogar strikte Versuche dazu weiter befestigt. Mit jedem Tage ist es klarer in Erscheinung, daß der Wille gar nicht vorhanden ist, das heiligste Recht des Volkes, das Recht auf Wohnung und Existenz, in die Tat umzusetzen. Die von der Mieterschaft unter recht schweren Opfern für den Wohnungsbau aufgebrachten Mittel werden größtenteils zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte verwendet, um die Inflationsgewinne, den Besitz und die hohen Einkommen steuerlich zu entlasten, anstatt die zur größten Volksnot ausgewachsene Wohnungsnot wirksam zu bekämpfen.

So sieht das Mieter- und Wohnrecht von heute aus. Die Gefahren, die der Mieterschaft — besonders auch den gewerbetreibenden Mietern — durch die beabsichtigte Lockerung und den Abbau des Mieterschutzgesetzes drohen, sind so ungeheuerlich, daß es der intensivsten Arbeit einer großen, festgeschlossenen Mieterschaft bedarf, um diese Gefahren abzuwehren. Der kommende Preußische Mietertag soll aufs neue bekunden, daß er gewillt ist, alles zu tun, was im Interesse der deutschen Mieterschaft erforderlich ist. Die Mieterführer, die als Delegierte erscheinen, sollen das Mißtrauen für die bevorstehenden schweren Kämpfe in Halle erhalten. Ein jeder soll und muß dazu beitragen, dann wird ihm die Arbeit auch Erfolg zeitigen.

Kammergerichtsentscheide in Mieterschutzsachen.

Aus einer Reihe in den letzten Monaten ergangener Kammergerichtsentscheidungen teilt der Amtliche Preußische Pressedienst weiter die folgenden mit:

Bei Festsetzung der Friedensmiete von Räumen in Bauten, deren Fertigstellung in der Zeit vom 1. Juli 1914 bis zum 30. Juni 1918 erfolgte, ist nur die Erhöhung der Baukosten zu berücksichtigen, die nicht auf der gesunkenen Kaufkraft des Geldes beruht (29. Mai 17 J). 68/25); für die Prüfung der Frage, ob eine Erhöhung der Baukosten für die eben genannten Bauten vorliegt, sind die im Einzelfall entstandenen Kosten zugrunde zu legen (29. Mai 17 J). 49/25).

Bei Prüfung der Frage, ob für den Verfügungsberechtigten ein unverhältnismäßiger Nachteil im Sinne des § 4 des Wohnungsmangelgesetzes zu besorgen ist, sind sowohl die Verhältnisse des Verfügungsberechtigten und des Wohnungsuchenden als auch die Lage des Wohnungsmarktes zu berücksichtigen (29. Mai 17 J). 78/25); ein unverhältnismäßiger Nachteil im Sinne des § 4 kann für den Verfügungsberechtigten namentlich dann zu besorgen sein, wenn er die Räume zur Befriedigung des eigenen Wohnbedürfnisses gebraucht (29. Mai 17 J) 76/25). — Eine Vereinbarung zwischen dem Verfügungsberechtigten und dem Wohnungssuchenden, durch die an Stelle der in Anspruch genommenen Räume den Wohnungssuchenden andere zur Verfügung gestellt werden, ist keine Inanspruchnahme dieser anderen Räume (22. Juni 17 J). 32/25).

Allgemeine Veränderungen der Gegend, die nach dem 1. Juli 1914 eingetreten sind, können eine Neufestsetzung der Friedensmiete nach § 2 Absatz 4 Satz 1 des Reichsmietengesetzes rechtfertigen (22. Juni 17 J). 55/25). — Wohnungen in Badeort- und ähnlichen Orten sind nicht schon deshalb benutzt im Sinne der §§ 3, 4 des Wohnungsmangelgesetzes, weil sie zur Unterbringung von Fremden bestimmt sind (22. Juni 17 J). 70/25).

Das Mieteinigungsamt darf das Verfahren auf Festsetzung der Friedensmiete nicht aussetzen, weil streitig ist, ob die Entscheidung für die Partei erheblich ist (4. Mai 17 J) 52/25). Beisitzer des Mieteinigungsamtes, die als Zeugen oder Sachverständige vernommen werden, müssen wie jeder andere Zeuge usw. grundsätzlich beeidigt werden und sind kraft Gesetzes von der Mitwirkung als Beisitzer des Mieteinigungsamtes in der betreffenden Sache ausgeschlossen (ebenda). — Herausnahme der Heizkörper der Sammelheizung aus einer Wohnung kann eine Neufestsetzung der Friedensmiete rechtfertigen. (25. Mai 17 J) 61/25).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192509 04-16/fragment/page=0006

Aus der Provinz.

Unterbezirk Falkenberg.

Für den Kreis Schweinitz findet Sonntag, den 6. September 1925, vormittags 9 Uhr, eine **Kreiskonferenz** statt, die sich mit der Aufstellung der Kandidaten zum Kreistag und Provinziallandtag beschäftigt.

Die Einladungen an die Ortsvereine und Vertrauensmänner sind bereits versandt.

Es ist Pflicht aller eingeladenen Genossen aus dem Kreise Schweinitz, an der Konferenz teilzunehmen.

Der Unterbezirksvorsitzende.
Otto Dietrich.

Eine Hindenburgstraße in Naumburg.

Wie mitgeteilt wird, hat die Stadt Naumburg, deren Ehrenbürger Hindenburg ist, eine Straße „Hindenburgstraße" benannt. — Wir schlagen vor, daß in dieser Straße eine Rettungswache untergebracht wird und daneben eine Badeanstalt, wo man Stahlbäder nehmen kann.

Die Ausrottung der Kreuzotter.

In diesem Jahre hat die Kreuzotter sich wieder ziemlich häufig bemerkbar gemacht, und es sind auch Personen durch die giftigen Bisse dieser Tiere zu Schaden gekommen. Auf die Ausrottung ist deshalb eine Belohnung gesetzt. Die Belohnung für den Fang von Kreuzottern in den preußischen Staatsforsten wird nach einem Runderlaß des preußischen Landwirtschaftsministers von 10 auf 25 Pf. für jedes abgelieferte Stück erhöht. Der Minister des Innern hat die für die Tötung von Kreuzottern außerhalb der staatlichen Forsten ausgesetzte Prämie ebenfalls auf 25 Pfennig für jedes abgelieferte Stück erhöht.

Artern. Brimborium. Die Einweihung des von den hiesigen Vaterländischen Verbänden zusammengefochtenen Kriegerdenkmals hat im Beisein des Erzringen Oskar und des ehemaligen Flügeladjutanten Wilhelms des Letzten, Baron v. Mimmelhausen aus dem benachbarten Naumburg, stattgefunden. Der Arzneiger-Schmuck mit seiner Gefolgschaft vom Stahlhelm bis zum christlichen Jungmädchenbund sind ob dieses Ereignisses geradezu aus dem Häuschen geraten. Drei Seiten wird des langen und breiten über alle Begebenheiten berichtet und am Schluß bekennt der Artikelschreiber in geschäftstüchtiger Sentimentalität, daß er nach Schluß der Feier spät in der Nacht beim nochmaligen Besuch des Denkmals es habe Flüstern hören: „Die Rettung Deutschlands kommt, aber — glauben müßt Ihr, glauben —." Dies bachanatische Wunder und die am nächsten Morgen allenthalben sichtbaren Verunreinigungen des Bürgersteigs lassen den Schluß zu, daß die gesonnene Bekenntnis „Ich hab' mich — überzeugt" manchen Recken im Wolkhallas Gesinde versetzt hat, der sich während des Krieges feige vom Schützengraben gedrückt hat. Alles in allem waren sämtliche gehaltenen Weihereden eine versteckte Hetze gegen die jetzige Staatsform und zu neuem Krieg. Im Angesicht eines Hohenzollernprinzen und ehemaligen Generals in Uniform und Waffen gab man sich alle Mühe, der geträumten Anwartschaft auf einen Posten im „neuen" Deutschland sich würdig zu erweisen. Dem neugebackenen Superintendenten wäre vor seiner Weiherede zu empfehlen gewesen, sich die jetzt an die christliche Welt erlassene Botschaft des Stockholmer Kirchenkonzils zu eigen zu machen. Herr Hellwig als Adjutant des Festausschußvorsitzenden Asmy, hatte alle Hände voll zu tun, um die gern mit den „Ehrengästen" in Berührung Kommenden vorzustellen. Leider konnte das diesbezügliche Herzensbedürfnis der Fabrikdirektoren Lindau und Gerasch nicht in Erfüllung gehen, weil im höchsten Moment die Musik zum Parademarsch einsetzte und „Ihre Durchlaucht" die beiden wie betrübte Lohgerber stehen ließ. Das war gewiß bitter, muß aber ertragen werden. Vielleicht ist in dem „neuen" Deutschland die Möglichkeit gegeben, sich gemütlich im Byzantinismus auszutoben. Interessant war es, zu beobachten, wie die erschienenen „Gefolgschaften" während des Weiheaktes teilnahmslos umherlümmelten. Diese Landsknechtshaufen hatte das gratis gespendete Mittagessen, aus Reis mit Hammelfleisch und Rostbratwürsten bestehend, anscheinend durstig gemacht, und sie gaben sich alle Mühe, dies zum Ausdruck zu bringen durch auffälliges Aufsuchen der nächsten Kneipen. Dem unbeteiligten Beobachter muß aufgefallen sein, daß man reiche und arme Ehrengäste behutsam voneinander getrennt hatte. Diese Tatsache, in Verbindung gebracht mit der von allen Festrednern geforderten „Freiheit", läßt ohne weiteres erkennen, daß diese Kreise die unbeschränkte Freiheit der Ausbeutung derjenigen meinen, die sie heute noch als Sklavenbilder zu „vaterländischen" Festen brauchen. „Einmal gebissen, zweimal scheu!" sei die Losung aller, die durch neuen Krieg altes Elend nur in größerer Form und Auflage erleben würden, während die Förderer und Finanziers des Denkmals sich wieder als Granatenflicker am Elend des Volkes bereichern würden. Erwache, Volk, erwache!

Kelbra. Antikriegskundgebung. Am Sonntag, dem 6. September, nachmittags, veranstaltet die Kelbraer Arbeiterschaft unter Führung der Arbeiterjugend eine Kundgebung gegen alle Kriegsgefahren. Die Kundgebung soll eine Gegendemonstration vor werden gegen alle Kriegshetzer und schwarzweißroten Monarchisten, die bekanntlich auch hier in Kelbra vor 14 Tagen unter der angeblich neutralen Flagge eines Deutschen Turnerfestes aufmarschiert sind, wobei sie allerdings einen kläglichen Eindruck machten. Immerhin wird durch solche schwarzweißroten Feste ein Teil der Bevölkerung im nationalistischen Sinne geistig für neue Völkermetzeleien vorbereitet. Die Arbeiterschaft muß wachsam sein und klipp und klar zu erkennen geben, daß sie nie wieder das Kanonenfutter für imperialistische Machtgelüste, sei es auch unter anderem Deckmantel, liefern will. Nie wieder Krieg! muß auch der Wille der Arbeiterschaft von Kelbra und Umgegend sein. Deshalb heißt am Sonntag die Parole: Heraus zur Antikriegskundgebung!

Roßla. Sonntagsrückfahrkarten. Die Reichsbahndirektion Kassel hat auf Antrag der hiesigen Gemeinde die Einführung von Sonntagsrückfahrkarten von Roßla nach Sangerhausen und von Roßla nach Stolberg genehmigt.

Düben. Der Sparerbund und die Sozialdemokratie. Die Aufwertungsgesetze der deutschnationalen Reichsregierung, die die Expropriation des deutschen Mittelstandes zugunsten des Großkapitals besiegelten, haben für Düben nunmehr auch die Folge gehabt, daß sich hier unter dem Vorsitz des Ingenieurs Rode nach einem Vortrage eines Herrn Peres aus Leipzig ebenfalls eine Ortsgruppe des Sparerbundes gebildet hat. Der Vortrag dieses Herrn zeigte, daß er sich wohl der Tatsache bewußt war, daß das herrschende Finanzkapital die Nutznießerin der „Entwertungsgesetze" sei. Wir können jedoch nicht umhin, die Gründung dieser Ortsgruppe bzw. die ganze Einstellung des Sparerbundes zu bedauern. Sie bedeutet nichts weiter als fortgesetzte Zersplitterung der besitzlosen Kreise. Anstatt Hand in Hand mit den breiten Massen der Hand- und Kopfarbeiter, die in der Sozialdemokratie organisiert sind, zu gehen, schafft man eine Sonderorganisation. Das Großkapital kann daher nach dem Grundsatz: „Teile und herrsche" immer weiter dominieren. Wenn der enteignete Mittelstand eine bessere Zukunft für sich und seine Kinder will, muß er in die Reihen der Sozialdemokratie eintreten, muß er mit uns gegen den ausbeuterischen Kapitalismus ankämpfen. Nur das einige Proletariat wird den Sieg erringen; da der Sparerbund Zersplitterung bedeutet, nützt er nur dem Großkapital.

Torgau. Großflugtag. Leuchtende Plakate verkünden, daß am Sonntag, dem 6. September, ein Großflugtag stattfindet. Der ursprünglich in Aussicht genommene Start „Obermaudorf" ist wegen technischer Schwierigkeiten fallengelassen und nach Kreischau verlegt worden. Zweifellos ist diese Wahl besser, weil hier der Weg nicht so weit und dann das Gelände viel schöner ist. Einen Besuch des Tages kann man allen anraten, damit sich viele einmal über die Bedeutung und dazu über die Fortschritte in der Entwicklung des Flugwesens klar werden.

Bochwitz. Zarte Rücksicht. Herr Endrulat vom „Heimatblatt" ist wütend über unsere letzte Notiz. Er tobt mit Worten, aus denen keine Besser nur erkennen können, daß er sich ärgert. Er hat auch allen Anlaß, den Inhalt unserer Notiz „aus Rücksicht" auf seine Leser, wie er selbst schreibt, zu verschweigen. Ueberhaupt müssen wir einige kleine Richtigstellungen machen. Wir hatten gesagt, daß die „Volkszeitung" zum größten Teil aus den Einnahmen für den Druck des Werkvereinsblättchens finanziert wird. Das war bisher der Fall. Seit kurzem druckt der Werkverein sein Blatt aber bei Bröder in Bochwitz, da Herr Endrulat, dank seiner Eigenschaft, sich mit allen Menschen zu verfeinden, mit der Bubiaq Krach bekommen hat.

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 4. September 1925.

Auf zum Republikanertag!

Die Ortsgruppe vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltet am 12. und 13. September d. J. in Merseburg einen Republikanischen Tag. Ein großer Teil auswärtiger Kameraden hat seine Teilnahme an diesen Tagen bereits zugesichert, so daß mit Bestimmtheit zu erwarten steht, daß eine recht stattliche Zahl Republikaner am Orte ihr Treugelöbnis zur Republik erneut zum Ausdruck bringen wird. Die Geschäftsführung hat es sich demzufolge angelegen sein lassen, allen Teilnehmern, insbesondere den nicht ortsansässigen, durch bereitwilligste Gastfreundschaft eine durchaus würdige Stätte in Merseburgs Mauern zu bieten.

An alle Republikaner und Gleichgesinnte richten wir demzufolge abermals den dringenden Appell, nach Möglichkeit auch ihrerseits recht tatkräftig dazu beitragen zu wollen, daß der Verlauf dieser Veranstaltung sich zu einer überaus würdigen gestaltet und den Erschienenen ein angenehmer Aufenthalt geboten wird. Gerade in Merseburg ist die Stunde mehr denn je dazu angetan, auch einmal die Reserven der Republik, die unter der Eingeart der wechselnden politisch-wirtschaftlichen Machtverhältnisse den Boden der Republik wiederholt unter den Füßen verloren haben, zu mobilisieren. Jenen gilt besonders unser Aufruf, eingedenk zu sein, auf welcher Seite sie zurzeit der Staatsumwälzung gestanden haben, wie lieb ihnen damals die Republik war und welchen Weg sie bis zur Gegenwart gegangen sind. Sie alle rufen wir auf, am 12. und 13. September d. J. hier in Merseburg Zeugnis von der Treue zur Republik, der Weimarer Verfassung und den schwarzrotgoldenen Fahnen abzulegen!

Republikaner, zeigt, daß die Republik gefestigt und unerschütterlich dasteht!

Die Geschäftsführung.

* **Elternbeiratswahl Volksschule II.** Wahlzeit: Sonntag, den 6. September 1925, von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags. Wahllokal: Schule, Wilhelmstraße. Zugelassen sind 3 Wahlvorschläge: Liste 1 von Hälft (Christlich-unpolitische Partei). — Liste 2 Riencker (Sozialdemokratische Partei). — Liste 3 Richter (Kommunistische Partei). Die Listen hängen im Rathaus aus. Einheitlicher Wahlzettel, der die drei Listenbezeichnungen enthält, wird nur im Wahllokal ausgegeben. Stimmabgabe durch Durchkreuzen des Kreises neben der gewählten Liste.

* **Dürerausstellung.** Der „Verein für Heimatkunde" veranstaltet nächste Woche im Schloßgartensalon eine reichhaltige Ausstellung von Reproduktionen der Werke Albrecht Dürers (Gemälde, Kupferstiche, Holzschnitte, Zeichnungen), eine Gelegenheit, die so bald nicht wieder geboten wird. Die Ausstellung hat bereits in verschiedenen deutschen Städten einen vollen Erfolg gebracht.

* **Bahnbau Rössen—Leipzig.** Der Reichsverkehrsminister hat die Verwaltung der Reichsbahn ersucht, die noch schwebenden Fragen wegen der Fortführung des Bahnbaues Merseburg—Leipzig von Rössen ab mit tunlichster Beschleunigung zu erledigen, so daß anzunehmen ist, daß nun endlich einmal gehandelt wird.

* **Unfall.** In einer hiesigen Lederfabrik drang dem Arbeiter B. beim Reinigen der Falzmaschine das Messer derselben in den Oberschenkel, so daß er schwere Verletzungen erlitt. Er wurde sofort nach dem Krankenhaus gebracht.

Dürrenberg. Leichenlandung. Am Rechen vor den Turbinen des Elektrizitätswerkes wurde am Montag dieser Woche die Leiche eines aus Delitz a. B. wohnenden Landarbeiters angeschwemmt, der sich am Donnerstag voriger Woche in selbstmörderischer Absicht in die Saale gestürzt hatte. Ein unheilbares Magenleiden war der Anlaß, was den 46jährigen Mann zu dieser verzweifelten Tat getrieben hat.

Groß-Kayna. Rektorwahl. Zum Rektor der hiesigen Schule wurde der Lehrer Kramer (Klein-Kayna) ernannt.

Schkeuditz. Die letzte Stadtverordnetensitzung am 31. August beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem Ankaufe des Kremplerschen Grundstückes in der Bahnhofstraße 57. Daß diesem Ankaufe großes Interesse entgegengebracht wurde, bewies der überfüllte Zuhörerraum. Die Besucher gehörten zum größten Teil den Kreisen des Ordnungsblocks an. Mit allen Mitteln ist seitens des „Ordnungsblocks" gearbeitet worden, diesen Ankauf seitens der Stadt zu hintertreiben und es an Private auszuliefern. Es hat aber alles nichts genützt. Mit der Stimmen der Linken und einer Stimme des Ordnungsblocks wurde der Ankauf beschlossen. Die SPD.-Vertreter stehen grundsätzlich auf dem Standpunkte, dort wo es möglich ist und sich Gelegenheit bietet, den städtischen Grundbesitz zu vermehren. Daß durch diesen Ankauf die Spießerseele in Harnisch gebracht worden ist und die SPD.-Vertreter richtig gehandelt haben, beweist das letzte Eingesandt im „Schkeuditzer Tageblatt", daß sich dieses Blättchen zu allen Streichen des Ordnungsblocks gebrauchen läßt, müßte die Arbeiterschaft zu der Einsicht bringen, daß dieses sehr teuere Schmierblättchen — es kostet im Monat 2 Mk. — keine Stätte in Arbeiterwohnungen hätte. Werft es hinaus und seht die sozialistische Arbeiterpresse, das „Hallesche Volksblatt" oder die „Leipziger Volkszeitung", die nicht einen Pfennig mehr kosten aber dafür tatkräftig Eure Interessen vertreten.

Lauchstädt. Ueberfall. Der hiesige Einwohner Fliegel, der Zeitungsgeber kassiert hatte, wurde überfallen, beraubt und durch einen Stich ins Gesicht nicht unerheblich verletzt.

Schafstädt. Brand. Hier brannte ein bei der Ziegelei Ziem stehender Strohdiemen vollständig nieder. Man vermutet Brandstiftung.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 4. September 1925.

Aenderungen in der Angestelltenversicherung

Vom 1. September an sind die Beiträge für die Angestelltenversicherung erhöht, so daß folgende Gehaltsklassen gelten:

Monatlicher Entgelt

Gehaltsklasse	von mehr als	bis zu	Monatsbeitrag
A	— Mk.	50 Mk.	2 Mk.
B	50 „	100 „	4 „
C	100 „	200 „	8 „
D	200 „	300 „	12 „
E	300 „	400 „	16 „
F	400 „	— „	20 „

Beiträge für die Zeit vor dem 1. September 1925 sind vom 10. September 1925 an nach diesen Sätzen zu entrichten.

Jeder Versicherte ist berechtigt, sich freiwillig höher zu versichern. Dies kann auch geschehen in den für die Höherversicherung besonders geschaffenen Beitragsklassen G mit einem Beitrage von monatlich 30 Mk.

Die neuen Marken werden erst vom 11. September an bei der Post verlaust. Nach dem 10. September 1925 sind auch für rückliegende Zeiten die neuen Marken zu verwenden. Die Verwendung der bisherigen Marken für die Zeit nach dem 31. August 1925 ist unzulässig. Etwa noch vorhandene Stücke dieser Marken werden bis zum 30. November 1925 bei der Post umgetauscht.

Vom 1. Juli 1925 an trägt der Arbeitgeber für Versicherte, deren monatliches Entgelt 50 Mk. nicht übersteigt, sowie für Lehrlinge die vollen Beiträge.

Die Grundrente beträgt vom 1. Juli 1925 an jährlich 480 RMk., außerdem für jedes Kind unter 18 Jahren 90 RMk. jährlich, hinzu kommt der Steigerungsbetrag zur Grundrente von 15 Prozent für alle nach dem 1. Januar 1924 entrichteten Beiträge.

Eine Witwe erhält bei Wiederverheiratung den dreifachen Betrag der Jahresrente.

* **SPD. Eisleben.** Alle Mitglieder des Ortsvereins müssen es sich zur Pflicht machen, in der am 6. September im kleinen Saale des „Volkshauses" stattfindenden Mitgliederversammlung zu erscheinen. Denkt daran, daß Provinzial- und Landtagswahlen vor der Tür stehen und deshalb im Interesse der Partei alle Kraft einsetzet werden muß, um den Sieg an unsere Fahne zu heften. Nochmals: Alles in die Versammlung.

Der Vorstand.

Genossenschaftliches.

Zur Diktatur der kapitalistischen Kartelle.

Ueber Preissenkung und Kartelle schreibt Hugo Bästlein in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" Nr. 32 dieses:

„Der Herr Reichskanzler hat bei Gelegenheit der Sitzung des Reichstags über die Zollvorlage am 8. August die Erklärung abgegeben, daß die Regierung bei der Senkung der Umsatzsteuer leider eine entsprechende Preissenkung nicht beobachten konnte; jetzt müsse aber erwartet werden, daß dies geschehe, denn durch die verabschiedeten neuen Steuergesetze seien die Voraussetzungen dafür geschaffen. Die Reichsregierung werde allen in Betracht kommenden Verbänden der Wirtschaft gegenüber eine einheitliche Preissenkung für den 1. Oktober nachdrücklich betreiben und nötigenfalls von ihren gesetzlichen Handhaben zur Preissenkung Gebrauch machen.

Aus dieser Mitteilung ersieht man, daß die Regierung den Willen hat, die Preise zu senken. Die frohe Botschaft hört man wohl, es fehlt einem aber der Glaube; denn wenn eine Preissenkung vor sich gehen sollte, müßte man den Kartellen und sonstigen Preisvereinigungen gegenüber ganz andere Maßnahmen als die bisherigen anwenden. Nicht nur wird von den Kartellen und Handelsvereinigungen alles aufgeboten, um bestimmte Wirtschaftsorganisationen, u. a. die Einkaufszentrale der dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angeschlossenen Konsumvereine, die Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, entweder überhaupt nicht zu belieferen oder ihnen die Rabatte, die der Großhandel bekommt, zu verweigern, sondern man geht neuerdings auch dazu über, für bestimmte Artikel Verkaufspreise festzusetzen und die Konsumvereine zu veranlassen, diese Verkaufspreise einzuhalten. Man droht bei Nichteinhaltung dieser Bedingungen mit der Lieferungssperre, einer Maßnahme, die man jetzt nur in ganz wenigen Fällen ohne jede Wirkung durchgeführt hatte."

Zum Beweise für diese Behauptung wird wiederum ein Beispiel aus dem Kohlenhandel erbracht. Hieraus ist zu ersehen, daß dem betreffenden Konsumverein ein Kreis für Kohlen und Briketts vorgeschrieben werden soll, der einen so hohen Nutzen enthält, wie er niemals notwendig ist und auch noch niemals gefordert wurde. Der Konsumgenossenschaft wurde aber mit der Lieferungssperre gedroht, falls sie die vorgeschriebenen Preise ihren Mitgliedern nicht abnimmt.

Bästlein bemerkt dazu, daß nunmehr die Kohlensyndikate nicht nur die Preise für ihre Produkte am Markt, sondern sie auch für den Handel festlegen. Diese Art der Kartellpolitik zeuge davon, daß man dort, Arm in Arm mit dem Handel, dazu übergehe, den Konsumenten das Fell über die Ohren zu ziehen.

Dem Reichskanzler und dem Reichswirtschaftsminister sei Kenntnis von der Angelegenheit gegeben und auf Grund der Mitteilung im Reichstag beantragt worden, für sofortige Aufhebung einzutreten. Wer jedoch die Machtvollkommenheit der Kartelle und Syndikate kennengelernt habe, werde im voraus wissen, daß es der Regierung nicht möglich sein werde, erfolgreich vorzugehen. Deshalb müsse der Erfolg der Erklärung des Herrn Reichskanzlers bezweifelt werden. Die Regierung habe scheinbar den Willen, aber gar nicht die Macht, in die Befugnisse der Kartelle einzugreifen zu können.

Rundfunk-Programm Leipzig.

Sonnabend, den 5. September.

12 Uhr: Mittagsmusik. 1.30 bis 2.30 Uhr nachm.: Musikalische Darbietungen. 2.30 bis 4 Uhr: Konzert der Kapelle Butsche. 4.30 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert. 6.30 bis 6.45 Uhr: Funkhochfestumde. 6.45 bis 7 Uhr: Reklame-Rundfunk. 7 bis 7.30 Uhr: Vorlesung aus englischer Prosadichtung. 7.30 bis 8 Uhr: „Wunder der Tiefsee". 8.15 Uhr: Lustiges von Kindern und Tieren. Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Pressebericht und Sportfunkdienst. Darauf Tanzmusik bis 11.30 Uhr.

Wetter-Voransage

Sonnabend: Windig, abwechselnd heiter und wolkig, Regenschauer, nachts sehr kühl, am Tage auch kühl.

Sonntag: Zeitweise wolkig, vielfach heiter ohne wesentliche Niederschläge. Nachts sehr kühl, strichweise Reif, am Tage ein wenig wärmer als Sonnabend.

Montag: Vielfach heiter, trocken, nachts sehr kühl, tags weitere Erwärmung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250904-16/fragment/page=0007

Ufa - Theater **Leipzigerstraße**

Nach erfolgter vollst. Renovation morgen, Sonnabend, 5. Sept., abds. 8 Uhr

Große Wieder-Eröffnungs-Festvorstellung

Der Liebling der ganzen Welt

Jackie Coogan

in seinem neuesten Filmwerk

Jackie, d. kleine Robinson

Kassenöffnung 7 Uhr — Kassenöffnung 7 Uhr

Vermietung

von Gasapparaten aller Größen mit Eigentumserwerb

Um das infolge der Geldknappheit in allen Bevölkerungsschichten stockende Geschäft in Gaskoch- und Gasheizapparaten zu heben, vermieten wir gegen **12monatliche Ratenzahlung** mit Eigentumserwerb:

Gasheizofen	monatlich	Mk. 9,00
Kleiner Einlochkocher	„	„ 1,20
Zweilochkocher	„	„ 1,95
Dreiloch-Herdplatte	„	„ 4,65
Bratofen	„	„ 4,65
Bratofen mit Dreilochherd daneben	„	„ 12,75
Dreilochherd mit Bratofen darunter	„	„ 10,50

desgl. alle übrigen Koch- und Heizapparate

Anschlußleitungen werden billigst ausgeführt.

Wir bitten, den Besuch eines uns. Herren anzufordern

Allgemeine Gas-Aktien-Gesellschaft

Stadtgeschäft Halle.

Gr. Ulrichstraße 54 — Telephon 5654.

5939

Müllers Wiener Würstchen

sowie **Rostbratwürstchen**

aus reinem Rind- und Schweinefleisch

auf dem **Jahrmarkt** zu haben.

Heinrich Müller

Telephon 3133 — Gr. Brauhausstr. 29

Wiederverkäufer auf dem Markte erhalten Würstchen an der Bude.

5951

Allg. Konsumverein Halle u. Umg.

e. G. m. b. H. 5943

Wir empfehlen unseren Mitgliedern:

Gebrannte Kaffees

aus eigener Rösterei.

Sorte I	¼ Pfd. Mk.	1,10
Sorte II	¼ Pfd.	90 ₰
Kaffeemischung (GEG.)	½-Pfd.-Paket	65 ₰
Kaffee-Zusatz	½-Pfd.-Paket	50 ₰
Malzkaffee (GEG.)	1-Pfd.-Paket	46 ₰

Schlafzimmer Küchen, Bettstellen sehr billig bei **Teicher** Gr. Steinstraße 82 I.

Damentaschen sowie alle andern **Lederwaren** sehr preiswert bei **Friedrich Pietsch** Steinweg 32

Hosenträger **M. Winkler** Glauchaer Str. 27

Strickwolle ½ 0,85 Mk. **Geminder** Merseburger Str. 16

Puppenwagen, Puppenbetten, Selbstfahrer, Roller, Kinderwagen, Stubenwagen, Kinderstühle und -tische, Schutzgitter, Kinderpulte, Kinderbetten.

Alles gut und in unerschöpflicher Auswahl zu konkurrenzlosen Preisen im

Kinderwagenhaus Bruno Faris

Brüderstr. 3, 1 Minute vom Markt eventuell Zahlungserleichterungen.

Aufruf!

Einem furchtbaren Unglück, hervorgerufen durch eine schwere Unwetterkatastrophe, sind, wie der hiesigen Einwohnerschaft durch die Tageszeitungen schon zur Genüge bekannt sein dürfte, hauptsächlich die Ortschaften Gerbstedt und Belleben zum Opfer gefallen. Hierbei sind am schwersten ärmere Leute betroffen worden. Zahlreiche Häuser sind eingestürzt oder dem Einsturz nahe. Wo die Einrichtungen der Bewohner nicht ein Opfer der Flut geworden sind, sind sie durch Schlammassen unbrauchbar gemacht. Ebenso sind Felder und Gärten mit der anstehenden Ernte vernichtet und viel Kleinvieh umgekommen.

Trotz des Eingreifens des Staates, der Provinz und des Kreises ist es **ein Gebot der Nächstenliebe, daß jeder einzelne dieses Elend durch eine Gabe mit lindern hilft. — Schnelle Hilfe tut sehr not.**

Aus diesem Grunde soll in hiesigem Orte durch Schulmädchen, welche mit Sammellisten versehen sind, eine Hausammlung am Sonnabend, dem 5. September 1925, vorgenommen werden.

Es wird ein jeder Einwohner gebeten, seinen Verhältnissen entsprechend einen Beitrag zur Linderung der Not zu spenden. 5944

Helbra, den 2. September 1925.

Der kollegiale Gemeindevorstand.

J. A.: Rieschel, stellv. Gemeindevorsteher.

Ein Beweis überragenden Könnens

sind unsere heutigen Angebote!

Schottenkleid laut Bild, mit weiß. Kragen, Seiden-Kravatte und Lackgürtel . 5,95

Elegant. Schottenkleid laut Bild, lange Aermel und modern ausspringende Falte 15,75

Kleid lt. Bild aus reinwoll. braun-weiß und blau-weiß kleinkariert. Stoffen, einfache Blende, Lackgrtl. 11,50

Flausch-Mantel lt. Bild, alle mod. Farben, reiche Stepperei und Knopfgarnitur . . . 18,50

Kunstseidene **Trikot-Kasaks** mit buntem Motiv **4,25**

Backfisch-Kleider aus schönen Schottenstoffen **4,95**

Kunstseidene **Trikot-Kleider** mit kleinen Schönheitsfehlern **5,80**

Mantel laut Bild, aus einfarbigen Flauschstoffen . 5,75

6,75 — 5,75 — 2,95

NUSSBAUM

Halle (Saale) — Das Haus der Qualitätswaren u. billigen Preise — Gr. Ulrichstr. 60-61

5946

Herbst-Angebot in Damen-Hüten

Allerletzte Neuheiten!!! Staunend billige Preise!

Filzhüte . von Mk. 4,50 an

Velourhüte . von Mk. 18,50 an

Samthüte . . von Mk. 6,75 an

Adolf Künzel Leipziger Strasse 69

5953

Schirme Ausführung von Reparaturen, Bezüge aller Art prompt, sauber u. billigst **J. Voigt** Barfüßerstr. 17, 1 Hof Kein Laden

Unsere Leser werden hierdurch gebeten, bei ihren Einkäufen u. beim Besuche v. Veranstaltungen nur die Inserenten unserer Zeitung zu **berücksichtigen**

Gute Reklame durch inserieren im „Volksblatt" bringt **Gute Geschäfte**

Uhren, Gold- und Silberwaren Trauringe 5936

kaufen Sie vorteilhaft bei **G. Schraut, Uhrmacher,** Schmeerstr. 4. Halle a. S. Schmeerstr. 4

Reparaturen billigst.

Beachten Sie meine Fenster

Schüler-Regatta-Sport-Mützen 5895 preiswert bei **J. Kaliga** Mützenfabrik Große Klausstr. 35.

Von 20 Mk. Anzahlung an erhalten Sie erstklassige

bei 5 Mark wöchentlicher Raten-Zahlung sofort geliefert

5772

Fahrräder von 98 Mk. an

Hallesch. Fahrzeug-Vertrieb

nur Gr. Ulrichstr. 25 nur

5960

Das schöne Bild auf Teilzahlung zu billigen Preisen

Feinste Farbenlichtdrucke mit Glas und Goldrahmen (62 cm × 130 cm) M. 39.- Anzahlung M. 3.- Wochenrate M. 3.-

Verlangen Sie gratis Abbildungen. 5810

Carl Klingler Halle Leipzigerstr. 11 I. Etage Eing. Sandberg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250904-16/fragment/page=0008

Zur Besichtigungskomödie.

Wie die Märchen vom „roten Paradies" entstehen.

Leningrad, Mitte August.

In diesen Tagen verläßt uns die deutsche Delegation, um daheim viel Schönes aus dem Märchenlande zu erzählen. Es liegt uns russischen Arbeitern gewiß viel daran, daß europäische Arbeiter uns besuchen und die Verhältnisse unseres Landes einmal selbst kennen lernen. Leider war es den bisherigen Rußlandreisenden, ob Arbeiter, ob Gewerkschafter, nicht vergönnt gewesen, die tatsächliche Lage zu erfassen. Wir befürchteten, daß auch die deutsche Delegation kaum diesem Schicksal entgehen würde. Leider hat die Wirklichkeit diese Befürchtungen noch übertroffen. Keine von den bisherigen Delegationen hat sich im „Paradies" so verführen und so berauschen lassen, keine ist aus dem Lande aller Möglichkeiten so begeistert zurückgekehrt wie die deutsche.

Woher und warum dieser Rausch? Um diese Frage beantworten zu können, muß man ein wenig mit dem Charakter der bolschewistischen Diktatur und insbesondere mit der Technik der Führung ausländischer Delegationen vertraut sein. Derartige Delegationen braucht die Sowjetregierung zu Propagandazwecken, duldet sie aber nur dann, wenn sie sich gänzlich der Führung der Sowjetbeamten unterwerfen und die offiziellen Erklärungen als absolute Wahrheiten hinnehmen. „Selbständigen Wanderern" sind entweder die Grenzen des großen Reiches geschlossen oder sie werden mit anderen wirksameren und sicheren Mitteln (siehe Kindermann-Prozeß) zum Schweigen gezwungen.

Damit man als Gast die kurze Zeit besonders zweckmäßig und eindrucksvoll ausnutzt, sorgt die gastfreundliche Sowjetregierung für gute Führung. Diese bolschewistischen Cicerone wissen sehr geschickt nur das Wertvollste und Charakteristischste, das Beste und Schönste in den vorausforgfältig auserlesenen Fabriken, Hofspitzen, Schulen, Gefängnissen und anderen Anstalten zu zeigen. Bei der deutschen Delegation ernteten die Führer besonderen Erfolg und wahrscheinlich auch die Gunst und Dankbarkeit ihrer Brotherren. **Gleichzeitig sorgt die allmächtige Tscheka dafür, daß alle die Delegierten von „Unbefugten" nicht belästigt werden.** In Hotels, sowie während der Besichtigung steht jeder Delegierte — ohne es selbst zu wissen — unter scharfer **Ueberwachung dieser Schnüffelei.** Jeder russische Arbeiter, der zwecks Privatmitteilungen sich an die Delegierten wendet, wird von der „Leibgarde" zunächst ganz rücksichtslos zurückgewiesen und nach der Abreise der Delegierten verhaftet. Auch während der Besichtigung ist es unmöglich, sich bei den Delegierten zu beschweren, denn alle Wände haben Ohren.

Auch in unseren Familien dürfen wir unsere Meinung nicht frei äußern. **Durch die widerwärtigsten Maßnahmen** (wie Drohungen, Geschenke) **weiß der Tschekist aus unseren Kindern herauszukriegen, was die Eltern sich zu Hause erzählen.** Wir ersticken in diesem Korruptionssumpf. Und man muß sich wirklich in einem unzurechnungsfähigen Zustand befinden, wenn nach alledem Genosse Freiberger genaue Angabe der Namen und Adressen der Verfasser der sozialdemokratischen Denkschrift verlangte. Weiß denn Genosse Freiberger wirklich nicht, welch einen Dienst er durch diese Forderung der Tscheka erwiesen hätte?

Wer von den Gästen bei der Besichtigungskomödie noch zweifelt, wird durch die gewaltigen Arbeiterdemonstrationen endgültig belehrt. Hunderttausende von begeisterten Arbeitern jubeln tatsächlich den Delegierten auf den Straßen zu. Es kann unmöglich ein Täuschungsmanöver sein, sagt sich jeder. Und doch haben die Delegierten keine Ahnung, wie derartige gewaltige Demonstrationen zustande kommen. Die Gewerkschaften, die bei uns keine Arbeitervertretung, sondern Staatsorgane sind im heiligen Bündnis mit der Tscheka, sorgen dafür, daß auf der Straße kein Arbeiter aus dem Betriebe fehlt. Auch meine Freunde und ich haben unsere Mützen hochgeschwungen und die einzigen auf der Rabfaki (Arbeiterfakultäten) auf deutsch eingepaukten Worte: „Es lebe die 3. Internationale!" gerufen. **Hätte ich meine Kehle geschont, zählte ich heute zu den Arbeitslosen,** und was das bei einer solch chronischen und akuten Arbeitslosigkeit hier bei uns, wo **jeder vierte Arbeiter erwerbslos** ist, bedeutet, brauche ich den deutschen Kameraden nicht zu erklären.

Das Bild, das die deutschen Arbeiter von unserem Lande mitnehmen, ist bis zur Unerkennbarkeit entstellt. Die Delegation hat nicht nur allein daran schuld! Wir sind nun einmal das erblich belastete Land der „potemkinschen Dörfer", und es wäre ungerecht, von dem flüchtigen Reisenden ohne vorherige Kenntnis des Landes und der Sprache zu fordern, sich in diesem Irrgarten zurechtzufinden. Die Delegation hat aber diese Schwierigkeiten übersehen. Hier liegt auch die Hauptquelle aller ihrer Fehler und Irrtümer. Wenn man bedenkt, wie Metternich in Wien die geistvollsten Diplomaten Europas durch Soirees, schöne Frauen und Banketts für sich gewonnen hat, wäre ein kleiner Rausch auch unseren Delegierten leicht zu verzeihen. Denn wo wurden bis jetzt Arbeiter von offiziellen Regierungsvertretern so pompös empfangen und im wahren Sinne des Wortes auf den Händen getragen? Es ist aber unverzeihlich, sich so weit zu vergessen, daß man eine sozialdemokratische Denkschrift als einen Wisch behandelt und die Ueberbringer verhöhnt. Daß man nach diesem Ereignis in den Arbeiterkreisen von einer „forrumpierten Delegation" sprach, ist kein Wunder. Ich persönlich möchte die Gäste mit einer solchen Zumutung nicht beleidigen. Ein grober Leichtsinn ist es aber gewesen, wenn eine Arbeiterdelegation sich gänzlich auf die Seite der bürokratischen Minderheitsregierung stellt und Arbeitervertreter nicht hört. Die Sowjetregierung, die alle bisherigen Delegationen geschickt an der Nase herumgeführt hat, hat wahrhaftig dieses unbeschränkte Vertrauen nicht verdient.

Die KP. Rußlands zählt nach offiziellen Angaben insgesamt 316 000 städtische und ländliche Arbeiter (3 Prozent aller Arbeiter der Union). Woher die Massen von Arbeiterdemonstranten? In den Sowjets, Gewerkschaften. Genossenschaften herrschen unbeschränkt die einige Mitglieder zählenden kommunistischen Zellen. Wenn die Arbeiter freiwillig auf der Seite der Sowjetmacht stehen, wozu der Terror und die Vergewaltigung? Oder meint die deutsche Delegation, daß seine Mehrheitsregierung ohne Diktatur und Tscheka nicht bestehen könnte? Wie vertragen sich, werte Gäste und liebe Genossen, diese allgemein bekannten Tatsachen mit der Besichtigungskomödie?

Soziale Forderungen.

12. Deutscher Gewerkschaftskongreß.

Breslau, 3. September. (Eig. Drahtbericht.)

Die Donnerstagsitzung wurde mit einer Verlesung der **Vorschläge des Bundesausschusses** für die am Freitag stattfindende **Vorstandswahl** eröffnet. Es werden sämtliche Mitglieder des Vorstandes zur Wiederwahl vorgeschlagen. Dann wurde die Diskussion über das Referat von Hermann Müller über die deutsche Zollgesetzgebung fortgesetzt.

Oltersdorf (Berlin, Verkehrsbund) weist auf die Gedankengänge Sinzheimers hin, der zunächst die Sozialgesetzgebung unter sozialistischen Gesichtspunkten zu betrachten lehrte. Nörpel empfiehlt die Entschließung des Bundesvorstandes, die den vorliegenden Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes als Verhandlungsgrundlage annehmen will. Frau Schreihart (Berlin, Buchbinderverband) lenkt die Aufmerksamkeit des Kongresses auf die Verschlechterung der Wöchnerinnenfürsorge und bittet um die Annahme einer besonderen Entschließung für die Aufrechterhaltung des Wöchnerinnenschutzes. Frau Ritsche (Reichenbach, Textilarbeiterverband) spricht ebenfalls für den weiteren Ausbau des Wöchnerinnenschutzes. Kraus (Stuttgart, Metallarbeiterverband) erklärt, daß die anwesenden kommunistischen Delegierten (im ganzen zwei! — Red. „V.") für die Entschließung des Bundesvorstandes zur Sozialgesetzgebung stimmen werden. Er richtet dann an den Kongreß die Aufforderung, eine Delegation zu benennen, die in Begleitung selbstgewählter Dolmetscher nach Rußland fahren soll, um sich dort mit eigenen Augen von den Leistungen der Sowjetregierung zu überzeugen.

In seinem Schlußwort betont Hermann Müller (Potsdam) gegenüber dieser kommunistischen Einladung, daß es **dem Deutschen Bergarbeiter-Verband, der sich zu einer Delegation nach Sowjetrußland entschlossen hatte, von der russischen Regierung verwehrt worden sei, einen von ihm ausgewählten sachverständigen Dolmetscher mitzunehmen.** Daher würde der Bergarbeiterverband wahrscheinlich von seinem Delegationsplan zurücktreten. Die deutschen Gewerkschaften wüßten sich frei von blindem Haß gegen den russischen Staat und würden sich für jeden Versuch interessieren, etwas Neues im Sinne der Arbeiterbewegung aufzubauen. Von den Bolschewisten und ihren deutschen Anhängern könnte daher auch eine vorurteilslosere Beurteilung der deutschen Gewerkschaften verlangt werden.

Die vom Bundesvorstand vorgeschlagene **Entschließung zur Sozialgesetzgebung** wird schließlich mit einigen Aenderungen der Antragskommission einstimmig angenommen. Sie verlangt den Aufbau eines einheitlichen wirklich sozialen Arbeitsrechtes, bedauert die Einstellung der Vorarbeiten für ein einheitliches Gesetzbuch der Arbeit und erachtet als besonders dringend die **Schaffung eines Arbeitsvertragsgesetzes, sowie die Schaffung eines Tarifvertragsgesetzes** im Sinne des Artikels 165 der Reichsverfassung und der Verordnung vom 23. Dezember 1918, die nur die Gewerkschaften als Träger kollektiver Vereinbarungen mit tariflicher Wirkung anerkennt. Die Entschließung **protestiert** weiter gegen die durch das heutige Schlichtungswesen geschaffene **Beschränkung des Koalitionsrechts** und fordert **größere Sicherheit bei Verbindlichkeitserklärungen.** Ferner wird die **baldige Verwirklichung der Arbeitsgerichte** als Sondergerichte unter maßgebender Beteiligung der Arbeiterschaft verlangt. Auf dem Gebiete der Sozialversicherung wird die schnellste Schaffung einer Arbeitslosenversicherung gefordert, aus deren Leistungen den Erwerbslosen eine nach Höhe und Dauer ausreichende Unterstützung als Rechtsanspruch zu gewähren sei. Alle Arbeiter seien dafür zu erfassen und die Durchführung in engster Anlehnung an den öffentlichen Arbeitsnachweis zu treffen. Nochmals wird Vereinheitlichung der Sozialversicherung in der Entschließung verlangt und der Bundesvorstand beauftragt, im Sinne dieser Beschlüsse auf die Fertigstellung der in Aussicht stehenden Gesetze hinzuwirken.

Einstimmig wird auch ein Antrag des Metallarbeiterverbandes Chemnitz angenommen, der eine Abänderung des § 123 Absatz 8 der Gewerbeordnung (Entlassungsschutz) verlangt. Auch eine von mehreren weiblichen Delegierten eingebrachte Entschließung zur Wochenhilfe wird einstimmig verabschiedet. Sie protestiert gegen die Verkürzung des Wochengeldes. Eine Entschließung zum Reichshandwerksgesetz wendet sich gegen den unverbindlichen Referentenentwurf, der mit dem gesetzlichen Zwang zur Bildung der Fachorganisationen des Handwerks unter Verleihung des öffentlichen Rechtes gegenüber den auf freiwilligen Beitritt beruhenden Organisationen der Handwerksgesellen und Lehrlinge einen doppelten Rechtsboden schafft. In der Ueberweisung der Lehrlingsausbildung an die Zwangsinnungen erblickt die Entschließung eine Vorwegnahme des Berufsausbildungsgesetzes. Durch den Entwurf werde die Einheitlichkeit des Arbeitsrechtes verhindert.

Eine Reihe weiterer Anträge wird durch die angenommenen Entschließungen als erledigt angesehen. Eine größere Anzahl von Anträgen speziell verschiedener Metallarbeiterverwaltungsstellen wird dem Bundesvorstand als Material überwiesen. Ablehnung gegen wenige Stimmen finden die kommunistischen Anträge auf Unterstützung der sogenannten Roten Hilfe. Die Anträge, für Amnestierung der politischen Gefangenen einzutreten, werden durch den Hinweis von Tarnow als erledigt betrachtet, da die freien Gewerkschaften in Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei dauernd für die politischen Gefangenen eingetreten seien und auch weiter eintreten würden. Mehrere Anträge auf Verpflichtung aller freien Gewerkschaften, zur Arbeitersportvereinen anzugehören, werden gleichfalls durch eine Erklärung erledigt, wonach **die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Arbeitersportvereinen selbstverständlich** sei, ein Zwang auf die einzelnen Mitglieder aber statutenwidrig wäre. Schließlich wird der kommunistische Antrag abgelehnt, am Freitag einen **Bericht von der Sowjetregierung** anläßlich der inzwischen zurückgekehrten Rußlands-Delegation entgegenzunehmen, weil diese Delegation in keinem Auftrag und ohne Verbindung mit den Gewerkschaften ihre Reise gemacht und ihre Methode gewählt habe. Damit ist die für Donnerstag vorgesehene Tagesordnung erledigt.

Der grade Weg ist der kürzeste!

WEISS KLEIDER-WERKSTÄTTEN wkw

Von den Webereien bringt „wkw" die fertige Kleidung auf direktem Wege dem Verbraucher // „wkw" stellt nur Qualitätsware her // Beste Innen-Verarbeitung // Gediegene Näharbeit // Ansprechende Paßform!

Unsere neuen Herbst-Modelle sind eingetroffen!

wkw-Herren-Mäntel in Schlüpfer- u. mod. 2reihiger Ulsterform, mit Rückengurt u. Falten, in Homespun u. Donegalstoffen . . . . 59,00 52,00 45,00 — 38.00

wkw-Herren-Mäntel 2reih. Ulsterform, mit Rückengurt und Falten, in Covercoat, Whipcord u. Gabardine, beste Ausführung . 85,00 74,00 62,00 — 52.00

wkw-Herren-Covercoat-Paletots einreihig, moderne Sportform, fünfmal gesteppt, solide Stoff-Qualität . . . 69,00 59,00 49,00 — 47.00

wkw-Herren-Covercoat-Paletots einreihig, mit verdeckter Leiste oder durchgeknöpft, Sport- oder lange Paletotform, alle Farbtöne beste Ausrüst. 98,00 85,00 74,00 — 66.00

wkw-Herren-Paletots in marengo u. schwarz, Cheviot u. Melton, solide Form u. Ausstattung . . . 66,00 59,00 53,00 — 49.00

wkw-Herren-Gummimäntel gute wkw-Spezial-Gummierung in Cöper und Batistbezug mit ganzem Gürtel, graugrün und braun . . . . . 25,00 23,00 — 17.50

wkw-Herren-Gummimäntel beste wkw.-Spezial-Gummierung in Homespun, Covercoat u. Gabardine Stoffbezüg., mod. Form m. Rückengurt 44.00 39,00 29,00 — 26.00

wkw-Herren-Lodenmäntel imprägn. Strichloden in oliv, grau und braun, Schlußferform oder Koller, offen u. geschlossen tragbar . . . . 36,00 29,00 25,00 — 18.00

wkw-Herren-Sport-Anzüge in Loden, Cord und Homespun, 2teilig, mod. Form, Breeches-hose mit doppeltem Gesäß . . . . . 53,00 47,00 39,00 — 31.00

wkw-Herren-Sport-Anzüge in Cord, Homespun u. gemust. Cheviotstoffen, 3- und 4teilig, beste extrastarke Verarbeitung . . . . . 73,00 66,00 57,00 — 53.00

wkw-Herren-Sacco-Anzüge 1reihig, hellfarbige und gestreifte Stoffe, moderne Formen . . . . . 38,00 34,00 29,00 — 26.50

wkw-Herren-Sacco-Anzüge Nadelstreifen in blau, braun u. grün, vorzügliche Paßform . . . . . 56,00 52,00 48,00 — 43.00

wkw-Herren-Sacco-Anzüge moderne Muster in Streifen, Karos und Homespungewebe, beste Verarbeitung und Paßform . . . . . 74,00 66,00 59,00 — 53.00

wkw-Herren-Sacco-Anzüge Ersatz für Maßarbeit, sol. Ausstattung, neueste Modelle u. Stoffe 95,00 88,00 74,00 — 66.00

wkw-Herren-Sacco-Anzüge, blau 1- u. 2reihige Form. in Kammgarn und Cheviotet. 84,00 68,00 61,00 — 57.00

wkw Kieler Mantel wollgefüttert, sehr kleidsam . . . . . 19,00 12,75 10,50 9,75 — 8.75

wkw-Knaben-Ulster und Raglan schöne Farben, mollige Stoffe 21,00 17,00 15,00 — 13.50

wkw-Knaben-Loden-Mäntel und Pelerinen imprägniert. Strichloden, „Marke Wetterfest" . 20,00 18,75 15,50 — 13.75

wkw-Knaben-Sport-Anzüge mod. Stoffe, neueste Formen . . . . . 21,00 18,00 15,00 — 13.00

wkw-Kittel-Anzüge blau und farbig . . . . . 19,00 15,00 11,75 — 9.00

wkw-Schlupfblus.-Anzüge farbig und blau, neueste Formen . . . . . 16,00 12,50 11,25 — 8.00

wkw-Schlupfblus.-Anzüge blau Kammgarn, reine Wolle . . . . . 27,00 23,00 19,00 — 14.00

wkw Kieler Anzüge unsere bekannten, sehr preiswerten Marken, Peer Gynt, Vasco da Gama usw. . . . . 32,25 28,00 22,00 — 18.00

S. Weiss

Halle a. S., am Markt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250904-16/fragment/page=0009

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik.

In der letzten Ausgabe der „Gewerkschaftszeitung" setzt sich der bekannte Wirtschaftspolitiker des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Genosse Wilhelm Eggert ausführlich mit der durch die neuen Zölle geschaffenen Lage auseinander. Genosse Eggert stellt vor allen Dingen fest, daß sich die Gewerkschaften zum erstenmal aktiv und unmittelbar an dem Kampf gegen die Zollpolitik beteiligt haben. In vielen tausenden Versammlungen, in wuchtigen Demonstrationen, in einer Anzahl von Denkschriften an die Regierung und den Reichstag haben sie gegen die Zollvorlage angekämpft. Aber diese Arbeit hat die Mehrheit, unter der sich auch eine erhebliche Anzahl christlicher Gewerkschaftsführer befand, durch ihre Beschlüsse genau so zunichte gemacht wie die Anstrengungen der Oppositionsparteien im Reichstag.

Weiter geht Eggert auf den von den Kommunisten in letzter Zeit in die Debatte geworfenen Ruf nach dem Generalstreik zur Abwehr der Zollverelendung treffend ein und bemerkt dazu durchaus richtig: „In ihrem Uebereifer, der Gewerkschaftsführung etwas am Zeuge zu flicken, denken sie nicht daran oder wagen es nicht auszusprechen, daß die Annahme der Zollvorlage im Reichstag nur möglich war auf Grund des Ergebnisses der Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924. Wer die Demokratie und den Parlamentarismus verächtlich macht, ihr Feind ist, sie bekämpft, der arbeitet in Wirklichkeit als Bahnbrecher für jene volksfeindliche Gesetzgebung, von der die Zollvorlage nur einen Ausschnitt darstellt." In diesem Sinne faßt Eggert das jetzige Zollgesetz mit seinen verheerenden Wirkungen auf der ganzen Linie, mit seinen Gefahren der Erdrosselung des deutschen Exportes, mit den Folgen von Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit, von Not und Elend der Werktätigen, als die inhaltschwere Quittung an das Volk für seine letzte Wahl auf. Einen Ausweg sieht er nur in der Verbreitung der Erkenntnis im deutschen Volk, daß parlamentarische Wahlen in einem demokratischen Staatswesen ein wichtiger Hebel zur Erlangung politischen Einflusses, ja politischer Macht für die Arbeiterschaft werden können. „Das muß werktätige Volk Deutschlands erkennen und handhaben lernen und begreifen, daß parlamentarische Wahlen von höchster Bedeutung sind. Erst wenn diese Wahlen die politische Entscheidung gebracht haben, so folgert Eggert weiter, ist in der Regel auf Jahre hinaus die allgemeine Linie auch für die Wirtschaftspolitik festgerichtet. Nur diesen Weg dürfen die Gewerkschaften gehen. Denn wenn das werktätige Volk (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Intellektuelle usw.) nicht fähig ist, bei den parlamentarischen Wahlen die richtige Entscheidung zu treffen, so ist es auch unfähig, große Massenkrisis oder einen Generalstreik erfolgreich durchzuführen und umgekehrt: eine Arbeiterschaft, die fähig wäre, einen Generalstreik erfolgreich durchzuführen, muß auch fähig sein, bei den Wahlen die richtige Erkenntnis zu treffen.

Neben dem großen allgemeinen Ziel berührt Genosse Eggert dann die nächste Aufgabe der Gewerkschaften gegenüber dem Zolltarif. Der nächste Kampfplatz wird das Gebiet der Handelspolitischen Verhandlungen sein, durch die die Möglichkeit geboten wird, die Zollsätze herunterzudrücken. Die Regierung hat ja immer wieder darauf hingewiesen, daß der jetzige Zolltarif nur ein Werkzeug in der Hand der deutschen Unterhändler beim Abschluß günstiger Handelsverträge sein und zur Beseitigung der Zollschranke des Auslandes dienen soll. Hier werden die Gewerkschaften einzuhaken haben und die Regierung beim Wort nehmen müssen. Die große Linie geht dahin, möglichst auf niedrige Vertragszölle zu drängen, Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit auf diesem Gebiete ist die Vertretung der Gewerkschaften in den handelspolitischen Delegationen, für die ja ein Beschluß des handelspolitischen Ausschusses des Reichstages, der die Regierung ersucht, „auf allen in Zukunft stattfindenden Handelsvertragsverhandlungen auch Arbeiterführer hinzuziehen", vorliegt. Darüber hinaus gilt es, nach der durchaus richtigen Meinung der Gewerkschaften, den Kampf um den endgültigen Zolltarif schon jetzt im Auge zu fassen und die Vorbereitungen hierfür zu treffen. Deshalb gilt es, die Massen zu sammeln, aufzuklären und kampffähig zu machen gegen den in der jetzigen wärtigen Zollpolitik seinen klassischen Ausdruck gefunden hat. Die Gewerkschaften im Lande müssen sich dessen immer bewußt sein, daß nur der erste Abschnitt des Kampfes vorüber ist, und daß neue Kämpfe bevorstehen. Sie werden um so erfolgreicher sein, je mehr sich die Arbeiterschaft und alle Werktätigen in den Gewerkschaften zusammenschließen und dadurch Einfluß und Macht gewinnen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens.

Bedrohliche Situation bei der Reichsbahn

Die Organisationen der Eisenbahner haben am Donnerstag beschlossen, das Reichsarbeitsministerium nochmals zur Einleitung eines Schlichtungsverfahrens und zur Bestellung eines Schlichters zu ersuchen. In dem Schreiben der Organisationen an das Ministerium wird auf den unhaltbaren Zustand hingewiesen, der durch das Vorgehen der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft, die auf eigene Faust von sich aus eine völlig unzulängliche Aufbesserung der Bezüge angeordnet hat, geschaffen wurde. Das Vorgehen der Reichsbahn bedeutet, daß für die Lohnfrage ein tarifloser Zustand besteht, während auf allen anderen Gebieten des Arbeitsverhältnisses die tarifliche Bindung bleibt. Diese Bindung der Eisenbahnarbeiter und die einseitige Lohnsetzung durch die Reichsbahngesellschaft hat die Situation im Konflikt zwischen Eisenbahnern und Hauptverwaltung so zugespitzt, daß die vertragschließenden Organisationen es für ihre Pflicht hielten, abermals an das Reichsarbeitsministerium zwecks Einleitung neuer Schlichtungsverhandlungen heranzutreten.

Ueberall im Reiche treffen die Eisenbahnerorganisationsgruppen Vorkehrungen für den Streik, der unvermeidlich ist, wenn nicht in den neuen Schlichtungsverhandlungen rasch und energisch eine wirklich soziale Lösung des Lohnkonfliktes durch eine allgemeine Lohnaufbesserung herbeigeführt wird.

Die Lohnerhöhungen bei der Reichsbahn.

60 Prozent der Eisenbahnarbeiter gehen leer aus.

Ueber den Umfang der zum 1. September von der Reichsbahngesellschaft vorgenommenen Erhöhung der Löhne läßt sich anzeigt ein Ueberblick noch nicht geben. Nach Angabe der Reichsbahngesellschaft beträgt die Summe, die sie für diese Lohnerhöhungen aufbringt, 20 Millionen im Jahr. Da die Zahl der Arbeiter, die bei der Reichsbahngesellschaft beschäftigt werden, rund 400 000 beträgt, macht die „Lohnerhöhung" im Durchschnitt pro Kopf und Woche rund eine Mark aus.

Nun behauptet die Reichsbahn, daß schon seither 19 Prozent der Reichsbahnarbeiter Löhne hatten, die die der entsprechenden Arbeiter der Privatindustrie überstiegen, während 48 Prozent bezüglich ihrer Lohnsätze mit den Arbeitern der Privatindustrie auf der gleichen Höhe standen und „nur" 40 Prozent der Reichsbahnarbeiter unter den Lohnsätzen der Privatindustrie entlohnt wurden. Ganz abgesehen davon, daß diese Aufstellung nur unter Vorbehalt zu registrieren ist, gibt die Reichsbahngesellschaft bekannt, daß die Lohnerhöhungen sich allein auf diese 40 Prozent der Reichsbahnarbeiter beziehen, die sich insbesondere über die meisten deutschen Großstädte und über industrielle Bezirke verteilen. Auch für diese 40 Prozent der Reichsbahnarbeiter würde die Lohnerhöhung im Durchschnitt nur 240 Mk. die Woche betragen. Die anderen 60 Prozent der Reichsbahnarbeiter würden somit völlig leer ausgehen.

Aber auch unter den 40 Prozent der Arbeiter, die sich auf Berlin, Groß-Hamburg, Leipzig, Dresden, Chemnitz, Zwickau, München, Nürnberg, Augsburg, Würzburg, Groß-Frankfurt, Hannover, Bremen und Umgebung, Köln, Ludwigshafen, Mannheim, ferner größere Teile von Württemberg und Baden verteilen, werden bei der Erhöhung der Löhne erhebliche Unterschiede gemacht. Die Lohnzulage bestimmter Arbeiterkategorien, die besonders hochwertige oder qualifizierte Arbeit vollbringen, z. B. Rangierer, Mechaniker und verschiedene Schwerarbeiter, sollen besonders aufgewertet werden. Der Umfang der vorgesehenen Lohnerhöhungen für diese verschiedenen Kategorien steht heute noch nicht fest, da hierüber zusammen Ermittlungen angestellt werden.

Wenn die Reichsbahngesellschaft ihren Mitteilungen anfügt, daß die in Streit geleiteten Lohnerhöhungen auf die Stimmung günstig einwirken dürften, in der demnächst etwa neue Verhandlungen geführt werden und dazu beitragen würden, das deutsche Wirtschaftsleben vor Erschütterungen zu bewahren, so können wir ihren Optimismus nicht unbedingt teilen. Gerade diese willkürliche Vornahme der Lohnerhöhungen, die 60 Prozent der Reichsbahnarbeiter ganz leer ausgehen läßt, dürfte nicht gerade beruhigend wirken. Wir glauben auch, daß die bei der angeordneten Lohnerhöhung offenbar obwaltende Nebenabsicht, die Eisenbahner zu spalten, ihren Zweck keineswegs erreichen wird.

Lohnbewegung der Straßenbahner Mitteldeutschlands.

Die Verhandlungen gescheitert. — Ein unhaltbarer Schiedsspruch.

Am Donnerstag, dem 3. September, haben die vertragschließenden Organisationen, der Deutsche Verkehrsbund und der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Verhandlungen über eine Neuregelung der Löhne der Straßenbahner geführt. Trotz großen Entgegenkommens der Arbeiterschaft sind an der Hartnäckigkeit des Arbeitgeberverbandes die Verhandlungen gescheitert. Ein unhaltbarer Schiedsspruch der Bezirksschiedsstelle, der die Arbeiterschaft in der heutigen wirtschaftlichen Zeit bis zum Januar binden wollte, mußte von den Organisationen abgelehnt werden.

Die Straßenbahner der Stadt Halle nehmen in zwei Versammlungen zu der verschärften Situation am Sonnabend, dem 5. September, vormittags 9 Uhr und nachmittags 5 Uhr, im „Volkspark" Stellung.

Pflicht aller Beschäftigten der Straßenbahn, ganz gleich, wo sie organisiert sind, ist es, zu diesen Versammlungen zu erscheinen.

Deutscher Verkehrsbund.
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Der Bauarbeiterstreik in Dessau.

Wolffs Telegraphen-Bureau teilt mit: „Der Schlichtungsausschuß Dessau ist am Donnerstag bemüht gewesen, eine Einigung zwischen den Parteien herbeizuführen, um den in Dessau noch schwebenden Streik der Bauarbeiter zu beenden. Diese Bemühungen sind bedauerlicherweise dadurch gescheitert, daß der Vertreter des Deutschen Baugewerbebundes, Geschäftsstelle Dessau, Herr Lingner, sich geweigert hat, Erklärungen abzugeben." — Sollten nicht andere Gründe das Scheitern mehr veranlaßt haben?

Streik in der sächsischen chemischen Industrie.

Leipzig, 4. September. (Radiomeldung.)

Der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie des Tarifgebietes Sachsen hat bisher jede Erhöhung der Löhne der chemischen Arbeiter abgelehnt. Daraufhin sind nun in Leipzig 2000 Arbeiter der chemischen Industrie in den Ausstand getreten. Auch in Großenhain streiken die Arbeiter. Zuzug ist strengstens. Es ist damit zu rechnen, daß sich die Streikbewegung auf ganz Sachsen erstreckt, wo ungefähr 13 000 Arbeiter in Frage kommen.

Schiedsspruch für die Zigarrenindustrie.

Berlin, 4. September. (Radiomeldung.)

Zur Schlichtung des Lohnstreites in der Zigarrenindustrie hat die Schlichtungskammer unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Albrecht vom Reichsarbeitsministerium, nachdem eine Verständigung unter den Parteien nicht erzielt war, einen Schiedsspruch gefällt, der die bisherigen Löhne mit Wirkung vom 7. September um 7 Prozent erhöht. Die so erhöhten Löhne sollen frühestens zum 31. Dezember 1925 aufkündbar sein. Bis zum 7. September müssen sich die Parteien über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches erklärt haben.

Steigende Arbeitslosigkeit im Bergbau.

Nach Mitteilungen des Landesarbeitsamtes für Westfalen und Lippe, Abteilung Bergbau, betrug am 15. August die Zahl der arbeitsuchenden Bergarbeiter bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes 14 364 Mann. Es ist somit eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit innerhalb der Bergarbeiterschaft um 60 Prozent eingetreten. Beachtet werden muß, daß in der am 15. August festgestellten Zahl noch nicht die am 15. August zur Entlassung gekommenen Bergarbeiter, eine 13 000 Mann, enthalten sind. Außerdem kommen bis zum 31. August weitere 6500 Bergarbeiter in Frage. Dies bedeutet, rein zahlenmäßig, eine Zunahme der arbeitsuchenden Bergarbeiter um 19 500 Mann.

Ein neuer kommunistischer Protestrummel.

In seiner Nr. 181 vom 21. August veröffentlichte der „Klassenkampf" eine Resolution des Ortsausschusses Naumburg des ADGB., die die Einrichtung der IAH. begrüßt und gelobt, deren Hilfsmaßnahmen eifrig zu unterstützen. Gleichzeitig wird die Schreibweise des „Volksblatt" und des „Zeitzer Volksboten" „entschieden" zurückgewiesen, die beide die Kontrollierbarkeit der bei der IAH. eingehenden Gelder in Zweifel gezogen haben. Auch uns ist eine Abschrift dieser Entschließung zugegangen, die wir aber mit Absicht nicht veröffentlichen, da wir inzwischen erfahren haben, daß diese Entschließung nicht den Köpfen der Naumburger Gewerkschaftsgenossen entsprossen ist, sondern aus einer kommunistischen Meinungsfabrik in Berlin stammt. Uns wird das nachstehende Rundschreiben zur Verfügung gestellt:

Bund der Freunde der IAH. Reichsausschuß. Sekretariat.

Berlin, den 19. August 1925.

An die Gewerkschaftsgruppen!

W. G.! Wir übermitteln Euch den Pressedienst Nr. 36 und bitten Euch, sofort eine Protestkampagne gegen das Vorgehen des IGB. sowie ADGB. einzuleiten. Ferner erwarten wir, daß Ihr, soweit von Euch aus Delegierte für den Gewerkschaftskongreß in Frage kommen, diese instruiert.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß der Vorstand des ADGB. beabsichtigen soll, auf dem Breslauer Kongreß einen Antrag zu stellen, daß keine Gewerkschaftsgruppe der IAH. angehören darf. Es muß besonders gegen diesen Antrag von Euch aus in der Form von Resolutionen und Protestschreiben Stellung genommen werden. Beurteilt Grundlage für diese Proteste den beigefügten Pressedienst.

Mit proletarischen Grüßen

Reichsvorstand des Bundes der Freunde der IAH.

J. A.: Richter, Sekretär.

In dem Pressedienst Nr. 36 wird nun in der üblichen Art gegen die „deutschen reaktionären ADGB.-Vertreter" gehetzt, die „sich politisch von den Wünschen des Völkerbundes und den „Ministerführern" der 2. Internationale leiten lassen" und deren „reaktionäre und arbeiterfeindliche Politik" . . . „allen Gruppen und Mitgliedern des ADGB. die Zugehörigkeit zur IAH. verbieten" will.

Die IAH. ist eine kommunistische Einrichtung, mit deren Hilfe die Kommunistische Internationale indirekt Einfluß auf die Führung der Wirtschaftskämpfe zu gewinnen sucht und womit sie auch an nichtkommunistische Arbeiter herangekommen versucht. Das wird von der Leitung der IAH. zwar bestritten, ist aber dokumentarisch durch ihren Sekretär Münzenberg bewiesen. Im übrigen finden wir ja auch die kommunistischen Phrasen (reaktionärer ADGB., Feindschaft gegen Völkerbund und 2. International usw.) auch in dem Pressedienst der IAH. Wenn daher der ADGB. beabsichtigt, seinen „Gruppen" (Ortsausschüssen) die Mitgliedschaft bei der IAH. zu verbieten, so handelt er nur pflichtgemäß, und der Breslauer Gewerkschaftskongreß wird ihm darin zustimmen. Es liegt im Interesse der Gewerkschaften, jegliche Zersplitterungstätigkeit zu unterbinden.

Warnung vor einem Schwindler.

Seit einiger Zeit besucht ein 25jähriger Mann, namens Arthur Brandt aus Halle (Saale) Partei- und Gewerkschaftsbureaus oder Parteigenossen, um sich unter Vorspiegelung falscher Angaben Geld zu erbetteln. Der Betreffende, der von Beruf Orthopädiemechaniker ist, ist aber meistens als Kaufmann oder Versicherungsinspektor ausgibt, beruft sich in allen Fällen auf unseren verstorbenen alten Parteigenossen Karl Brandt aus Halle, dessen mißratener Sohn er ist. Artur Brandt ist mit seiner Familie, der er so viel Kummer und Schaden bereitet hat, verfallen und ohne festen Wohnsitz. Im Stahlhelm hat er an verschiedenen Orten auch schon eine Rolle gespielt. Es wird davor gewarnt, seinen Worten Glauben zu schenken und ihn zu unterstützen.

Der Streik der englischen Seeleute hat sich jetzt auch auf die Kanalhäfen ausgedehnt. Der Dienst nach Havre und den Kanalinseln ist vollkommen lahmgelegt.

Kommunale Rundschau.

Die Kommunalpolitik im Programmentwurf

Es erscheint natürlich, daß die Fragen der Gesellschaftsordnung und der großen Politik im neuen Programmentwurf eine ausschlaggebende Rolle spielen und auch räumlich den größten Platz einnehmen. Während das Görlitzer Programm noch einen besonderen Abschnitt „Gemeindepolitik" enthält, hat der neue Entwurf unsere grundsätzliche Einstellung zur Kommunalpolitik unter dem Kapitel „Verwaltung" in wenige Sätze zusammengedrängt. Die knappe Formulierung genügt durchaus, wenn auch vielleicht eine ausführliche Behandlung zweckmäßiger erscheint. Hier wird jedenfalls auch rein äußerlich zum Ausdruck gebracht, daß die sozialistische Gemeindepolitik keine besondere Art sozialdemokratischer Politik darstellt. In der Gemeinde sollen doch lediglich die Grundsätze des Sozialismus auf einem besonderen Gebiete der politischen Tätigkeit ebenso zur Geltung kommen, wie auf allen anderen Gebieten.

Im Mittelpunkt des Abschnitts „Verwaltung" steht die Forderung nach der Reichsgemeindeordnung mit dem Einkammersystem. Die Forderung nach einer Reichsgemeindeordnung, der sich in einigen wichtigen Teilen der Entwurf der „Reichsstädteordnung" des Vorsitzenden des Deutschen Städtetages nähert, ist heute um so berechtigter, als dem Reiche immer noch trotz republikanischer Verfassung eine einheitliche Verwaltung fehlt.

Nach der Staatsumwälzung sind wir um einiges vorwärts gekommen. Einzelne Länder, wie Thüringen und Sachsen, haben das Einkammersystem eingeführt und bereits in der Praxis erwiesen, daß die Leitsätze des Programmentwurfs mit Utopien nichts gemein haben. Trotz der erst dreijährigen Praxis zeigt sich im Thüringer kommunalen Leben, daß die Einkammerverfassung die Idee der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung in der Einwohnergemeinde stark verankert. Sie macht „das Volk auf der Grundlage der demokratischen Selbstverwaltung zum unmittelbaren Träger der Verwaltung", um mit den Worten des Programmentwurfs zu reden. Es ist ganz natürlich, daß in drei Jahren sich die Neuordnung noch nicht überall durchgesetzt hat, insbesondere nicht in die Reihen der alten Magistratsbureaukratie. Den rückläufigen Kurs, den die heutige reaktionäre Regierung einschlägt, macht die verdächtige Gemeindeversammlung, die im Sinne des neuen Programmentwurfes durchgeführt worden ist, in den breiten Massen erst populär.

In Verbindung mit dem Einkammersystem wird „die Wahl der Bürgermeister auf Zeit" gefordert. Es braucht noch nicht im allgemeinen Programm, aber wohl in den speziellen Richtlinien festgelegt zu werden, daß der Bürgermeister und die anderen leitenden Beamten nichts anderes als Vollzugsorgane der Gemeindevertretung sein können. Die Schattenseiten der heutigen Magistrats- und Bürgermeisterverfassungen sind doch überall offenbar. Der Dualismus in der Organisation der deutschen Kommunalverwaltungen, der zum Teil zwei beschließende Körperschaften hat, ist unnützer Ballast und den Zeitverhältnissen nicht mehr entsprechend. Die Verwaltung wird ungeheuer erschwert, da alle Gemeindegeschäfte durch zwei Körperschaften und die entsprechenden Ausschüsse hindurch müssen.

Gegen die Magistratsverfassung, die ein Erzeugnis des Kommunaltreffums, der der ministerielle Despotie mit der Gemeindebureaukratie verschönte, darstellt, ließen sich vom Standpunkt des Sozialdemokraten noch viele Argumente bringen. Jedem ist doch klar, der die Dinge kennt, daß in der Zweikammerverfassung die Verantwortlichkeit geteilt ist, da sich der Magistrat bei allen bedenklichen Dingen auf die Beschlüsse der Stadtverordneten berufen kann.

Anschließend an das Einkammersystem fordert der Programmentwurf: „Für alle Fragen von allgemeinem öffentlichen Interesse sind Initiative und Volksabstimmung in den Gemeinden einzuführen." Diese sind selbstverständlich in der Gemeindedemokratie unentbehrlich.

Es fehlt allerdings eine sehr wesentliche Ausführung über die „Staatsaufsicht". Hier kann die Bremer Programmresolution als Grundlage genommen werden, die „eine Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf die Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinden" fordert. Auch fehlt ein Hinweis, daß das Betätigungsrecht für die Bürgermeister und sonstigen leitenden Gemeindebeamten sich nicht mit dem Selbstverwaltungsrecht vereinbart.

Weiterhin verlangt der Programmentwurf „einheitliches Recht für alle Selbstverwaltungskörper und zieht eine scharfe Grenze zwischen Selbstverwaltungs- und staatlichen Angelegenheiten, indem er fordert, daß die Durchführung der Verwaltung den Selbstverwaltungskörpern obliegt, soweit es sich nicht um Dinge handelt, „die wegen ihrer zentralen Natur der unmittelbaren Verwaltung durch das Reich bedürfen".

Zum Schluß beschäftigt sich der Programmentwurf im Kapitel „Verwaltung" mit der heute überaus wichtigen Kommunalwirtschaft. Er sagt: „Durch Reichskommunalisierungs- und Reichsenteignungsgesetz sind den Gemeinden und Gemeindeverbänden die für die Durchführung und Ausdehnung der kommunalen Gemeinwirtschaft erforderlichen Befugnisse und Machtmittel einzuräumen." Hier wird in klarer und eindeutiger Weise lediglich der zwangsläufigen Entwicklung Rechnung getragen, allgemeine Bedürfnisse der Bevölkerung durch kommunale Einrichtungen zu befriedigen. Um diese zu erfüllen, ist es insbesondere notwendig, daß durch ein Enteignungsgesetz die Gemeinden in die Lage kommen, den Grund und Boden in ihrem Weichbild der privaten Spekulation zu entziehen. Es besteht wohl kein Zweifel innerhalb der Parteigenossenschaft, daß die Form der Verwaltung so zu gestalten ist, daß einerseits die Betriebe in ihrer Wirtschaftsführung von bureaukratischen Fesseln befreit werden, andererseits aber das unbeschränkte Bestimmungsrecht der öffentlichen Körperschaften gewahrt bleibt. Das sind heute Selbstverständlichkeiten, die im Programm nicht besonders festgelegt zu werden brauchen.

Neben diesen wenigen programmatischen Sätzen, die über die Kommunalpolitik im Programmentwurf festgelegt sind, macht es sich zweifellos notwendig, daß ausführliche Richtlinien geschaffen werden, die unseren Genossen in den Gemeindevertretungen zur Orientierung dienen. In der täglichen Praxis kann festgestellt werden, daß unsere Gemeindevertreter nicht immer in der Lage sind, ihre Stellung zu den verschiedenen Problemen vom Standpunkt des Sozialismus zu überprüfen.

H. L.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: J. V.: Gottl. Kasparek; für Gewerkschaftliches, Lokales und Provinz: Alfr. Wielepp; für den Sportteil: Felix Habicht; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250904-16/fragment/page=0010

Aus aller Welt.

Luftschiffkatastrophe in Amerika.

Marineluftschiff „Shenandoah" vollständig zerstört. 13 Tote, 15 Verletzte.

Neuyork, 3. September. (Eig. Drahtbericht.)

Das Luftschiff „Shenandoah" ist auf einer Fahrt am Donnerstag bei der Station Cumberland im Staate Ohio von einem Gewitersturm überrascht worden und vollständig zerstört worden. Das Schiff wurde in zwei Teile gerissen. Während der eine Teil sofort zu Boden fiel, schwebte der andere noch zehn Meilen weiter östlich. 13 Mann der Besatzung, einschließlich des Kommandanten, wurden getötet, 15 verletzt.

Einzelheiten über das Unglück.

Berlin, 4. September. (Radiomeldung.)

Ueber die Katastrophe, der am Donnerstagvormittag der in Amerika gebaute Zeppelinkreuzer „Shenandoah" zum Opfer fiel, werden jetzt nähere Einzelheiten bekannt. Das Luftschiff war mit 42 Mann Besatzung zu einem großen Ueberlandflug aufgestiegen, der 5 Tage dauern und durch den mittleren Westen der Vereinigten Staaten führen sollte. Der Flug selbst war am Mittwochabend angetreten worden. In den frühen Morgenstunden des Donnerstag geriet das Luftschiff in einen heftigen Gewittersturm, durch den es aus 1000 Meter Höhe plötzlich in 1800 Meter gerissen wurde. Das Luftschiff flog mit einer Stundengeschwindigkeit von 50 Meilen und wurde dabei plötzlich vom Sturm geknickt und zerbrach in drei Teile. Die zwei Haupttrümmer wurden im Staate Ohio in einer Entfernung von 10 Meilen gefunden. Unter den 13 Toten, die bisher festgestellt worden sind, befindet sich auch der Kommandant Landsdowne. Die meisten Toten wurden in der Steuerkabine gefunden, wo sie beim Aufschlagen auf den Boden den Tod gefunden hatten.

Die Bestürzung in den Marinekreisen von Washington ist, wie die „Vossische Zeitung" berichtet, ungeheuer groß. Aber auch die Bevölkerung soll vollkommen fassungslos sein über die Größe des Unglücks. Die amtliche Berichterstattung bei den Unfall in vollem Umfange zugegeben und versucht nur die Schuld den schwachen Motoren zuzuschieben. Die „Los Angeles", das in Friedrichshafen gebaute Luftschiff, mit dem Dr. Eckener den Ozean überquerte, hätte mit ihren Maschinen den Sturm überstanden. Der amerikanische Marinesekretär Wilbur erklärte, der Unfall käme nicht unerwartet, da man immer Besorgnis gehegt habe vor den im Innern des Landes unerwartet auftretenden Wirbelstürmen. Man habe es deshalb auch den Kommandanten überlassen, wann und wohin sie fliegen wollen, ohne ihnen ausdrückliche Befehle zu erteilen.

Der Bericht eines Fahrtteilnehmers.

Washington, 4. September. (WTB.)

Oberst Hoff, der sich an Bord des verunglückten Luftschiffes befand, berichtet, daß das Luftschiff, das in etwa 1000 Meter Höhe flog, plötzlich vom Sturme in eine Höhe von 1800 Meter gekommen war. Durch das Oeffnen der Ventile gelang es, das Luftschiff wieder zu senken, das nunmehr mit einer Stundengeschwindigkeit von 50 Meilen vor dem Sturme flog. Plötzlich wurde es vom Sturme zerknickt und zerbrach in drei Teile.

Von Augenzeugen wird berichtet: Die „Shenandoah" hatte etwa drei Viertelstunden über der Stadt gekreuzt, als sich plötzlich zeigte, daß die Besatzung die Gewalt über das Luftschiff verloren hatte. Es erhob sich ein Wind, der sich rasch zum Sturm steigerte. Das Luftschiff legte sich auf die Seite und wurde vom Sturm in südlicher Richtung abgetrieben.

Dr. Eckener über die Luftschiffkatastrophe.

Der „Volksanzeiger" veröffentlicht eine Unterredung Dr. Eckeners mit einem Mitarbeiter des Blattes über die wahrscheinlichen Ursachen der amerikanischen Luftschiffkatastrophe. Dr. Eckener erklärte, es erscheine ihm nicht wahrscheinlich, daß die „Shenandoah" in der Luft entzwei gebrochen sein soll. Er nehme an, daß das Schiff beim Landen von einer vertikalen Böe erfaßt und zu Boden geschmettert worden sei. Dr. Eckener erinnerte weiter daran, daß die „Shenandoah" schon einmal ihre Luftüchtigkeit selbst bei schwerem Wetter bewiesen habe, nämlich bei der Sturmfahrt nach dem Lodrefsen vom Ankermaste. Zum Schluß der Unterredung gab Dr. Eckener seinem Bedauern über das Unglück Ausdruck. Gerade die Besatzung dieses Luftschiffes habe des öfteren Proben ihres Mageguts und ihrer Geschicklichkeit abgelegt, so erst vor kurzem bei der Ueberquerung des amerikanischen Kontingents vom Atlantischen bis zum Großen Ozean.

Neue Eisenbahnkatastrophe in Frankreich.

Paris, 4. September. (Radiomeldung.)

Der Personenzug, der am Donnerstag um 4 Uhr nachmittags von Saint Jean Pied de Port abfährt, ist am Dienstagnachmittag um 4,45 Uhr bei der Einfahrt in den Bahnhof von Louhossoa, 31 Kilometer von Bahonne, entgleist. Sämtliche Wagen sowie die Lokomotive sind aus den Schienen gesprungen. Drei Wagen wurden vollkommen zerschmettert. Nach den bisherigen Nachrichten belaufen sich die Zahl der Opfer auf **drei Tote und zahlreiche** teilweise sehr schwer Verwundete. Ueber die Ursache der Katastrophe ist noch nichts Näheres bekannt.

„Amerika, du hast es besser ..."

Die reichen Amerikaner rechnen es sich schon seit langem zur besonderen Ehre an, außerordentlich hohe Summen für öffentliche Wohlfahrtszwecke zu spenden. Erst kürzlich haben wieder zwei Milliardäre am gleichen Tage 58 Millionen Dollar für solche Zwecke gestiftet. Bei dieser Gelegenheit hat der „Literary Digest" in Neuyork eine Statistik veröffentlicht, nach der in den letzten 10 Jahren von reichen Amerikanern nicht weniger als **1 620 000 000 Dollar für soziale Zwecke** ausgegeben worden sind. Natürlich stehen Namen wie Rockefeller, Carnegie u. a. an der Spitze der Liste der Spender. Gewiß können die Milliardäre des reichsten Landes der Welt sich leicht den Luxus einer solchen Freigebigkeit erlauben. Aber man wird sich vergeblich darauf besinnen, jemals den Namen eines deutschen Großkapitalisten, Kriegs- und Inflationsgewinnlers im Zusammenhang mit relativ ähnlichen Leistungen gehört oder gelesen zu haben. Für die Finanzierung von Wahlkämpfen und Aktionen gegen die Gewerkschaften ist auch hier das Geld immer sehr reichlich geflossen, aber für Kulturaufgaben aller Art haben die Reichen in Deutschland nichts übrig, seitdem die Orden und Titel abgeschafft sind.

Ameisenplage. Die Agence Havas meldet aus St. Etienne: In der hiesigen Gegend ist gestern Abend ein Schwarm fliegender Ameisen niedergegangen, der sich auf den Bäumen festsetzte. Die Bewohner der Gegend mußten Türen und Fenster schließen, um sich gegen das Eindringen der Ameisen zu schützen. Die Ameisen fliegen in Schwärmen von 100 Meter Länge die Loire aufwärts.

Tod durch einen Wespenstich. In Landsberg a. d. Warthe wurde ein junger Mann von einer Wespe in die Lippen und in die Zunge gestochen. Trotz sofortiger ärztlicher Hilfe verstarb er unter großen Schmerzen an Blutvergiftung.

Kein Raubmord im D-Zug Amsterdam—Berlin. Von der Reichsbahndirektion Hannover wird zu der Nachricht über den Mord im D-Zug Amsterdam—Berlin mitgeteilt: Die angeblich ermordete und aus dem Zuge geworfene Hausangestellte Lampersbach sei nicht im Besitze einer Fahrkarte gewesen. Als der Fahrkartenkontrolleur erschien, verließ die Lampersbach, die an Verfolgungswahnsinn litt, das Abteil und sprang aus dem Zuge. **Meldungen** über einen Raubmord entsprechen nicht den Tatsachen.

Sport und Spiel.

2. Kreis, 6. Bezirk, Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Sportverein Kröllwitz — Viktoria, Halle.

Am kommenden Sonntag stehen sich auf dem Viktoria-Sportplatz (Sandanger) obige Vereine mit ihren drei ersten Herrenmannschaften in Gesellschaftsspielen gegenüber. Unter Leitung des bekannten Schiedsrichters H. Koch vom HFC. „Sportlust" werden sich um 4 Uhr die ersten Mannschaften im friedlichen Wettkampfe messen. Da der Sportverein seine Elf durch zwei gute Spieler — der bis zum 29. August disqualifizierte Spieler Löche tritt auch wieder auf den Plan — verstärkt hat, so wird Viktoria wohl kaum in der Lage sein, den Sieg an ihre Farben zu knüpfen.

Viktoria-Sportplatz (Sandanger).

Sonntag, den 6. September 1925, nachmittags 4 Uhr:

Sportverein I — Viktoria I

nachmittags 1/3 3 Uhr: Sportverein II — Viktoria II

nachmittags 1 Uhr: Sportverein III — Viktoria III

Die zweiten Mannschaften spielten beim letzten Gesellschaftsspiel unentschieden 3:3. Auch hier muß die Gästemannschaft, welche mit verstärkter und umgestellter Mannschaft erstmalig auf den Platz tritt, bestimmt Sieger bleiben. Sollte es jedoch am Zusammenspiel im Sturm fehlen, so ist eine Ueberraschung nicht ausgeschlossen. Die Viktoria-Elf ist eine nicht leicht zu schlagende Mannschaft. Vor allen Dingen der sehr gute Torwächter Denkewitz wird alles aus sich herausgeben, um ehrenvoll abzuschneiden.

Die bisher ungeschlagene dritte Elf des Sportvereins wird wenig Federlesen mit Viktoria machen. Auch sie hat Verstärkung aus der zweiten Mannschaft erhalten.

Alle drei Spiele werden interessante Kämpfe werden, es verlohnt sich daher, daß die Sportanhänger des Arbeitersports sich am Sonntag auf dem Sandanger einfinden werden. Fäm.

Sportlust I — Fortuna I (Dölau)

spielen am kommenden Sonntag nachmittags 4 Uhr auf dem Sportlustplatz. Sportlust spielt mit Höpfner, Becker, Schäfer, Blume, Wilde, Winkler, Berzeck, Niedenzu, Hoja, Böhme und Schäfer. — Die zweite Mannschaft spielt gegen Leitin II um 1/2 3 Uhr auf dem Sportlustplatz wie folgt: Denkewitz, Walter, Gräb, Sieb, Vetter, Sonneberg, Wolf, Heinicke, Reuschel, Müller und Storn. — Die dritte Mannschaft spielt gegen Dölau III um 1 Uhr auf dem Sportlustplatz wie folgt: Naumann, Jordan, Bock, Jordan, Westphal, Naumann, Luhe, Schmidt, Heinrich, Eulenberger und Richter. — Die Jugend spielt gegen Giebichenstein Jugend um 1/4 11 Uhr auf der Weißnitz mit Klein, Heinicke, Reichmuth, Düsterdick, Rosch, Niedenzu, Müller, Henze, Schulze, Köhler und Mohler.

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe.

Serienspiele für Handball am 6. September:

1. Klasse. 14 Uhr Fichte I—Adler I (Fichte), Schaaf-Wörmlitz. — 11 Uhr Ammendorf I—Schwimmer I (Ammendorf), Wolter-Atlas. — 11 Uhr Dölau I—Achilles I (Sportlust), Albig-Fichte. Sportlust ist spielfrei. — **2. Klasse.** 11 Uhr Minerva I—Othello I (Minerva), Krauser-Fichte. — 10 Uhr Ammendorf II—Atlas I (Ammendorf), May-Schwimmer. — 9 Uhr Adler II—Fichte II (Sportlust), Diener-Achilles. — 10 Uhr Schwimmer II—Achilles II (Sportlust), Jähnigen-Dölau. — **Damenklasse.** 10 Uhr Fichte—Schwimmer (Fichte), Schaaf-Wörmlitz. — 10 Uhr Minerva—Sportlust (Minerva), Bornkessel-Othello. — 10 Uhr Giebichenstein—Achilles (Weißnitz), Lange-Dölau. — 1/43 Uhr Kröllwitz — ASG. (Diemitz), Dertel-Schwimmer. — **Jugendklasse.** 9 Uhr Dölau - Othello (Fichte), Schange-Fichte. — 9 Uhr Wassendorf—Ammendorf (Wassendorf), Herrmann-Fichte. (Die eingeklammerte Angabe ist der Platz, die letztere der Schiedsrichter.

Laut Beschluß vom 31. August 1925 werden die Spieler Bandermann, Steuding, Hennecker und Würker vom Sportklub „Adler" wegen unsportlichen Benehmens gegen den Schiedsrichter vom 6. September bis 4. Oktober 1925 disqualifiziert.

Kröllwitz (Damen) — ASG. (Damen).

Am Sonntag, dem 6. September, nachmittags 1/43 Uhr, in Diemitz: Kröllwitz (Damen) — ASG. (Damen). Beide Mannschaften treffen sich 1/2 2 Uhr an der Hindenburgbrücke. Jede Mannschaft bringt einen Ball mit.

Sportlust — Atlanta (Rietleben). Beginn 12 Uhr, nicht 1 Uhr. Den Spielern und dem Schiedsrichter zur Kenntnis, daß sich Sportlusts Damen 4/10 Uhr bei Weinrich, Böllberger Weg, zum Spiel gegen Minerva (Damen) treffen. — Sonnabend: Versammlung. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

•

Trommlerkorps. Sonntag, den 6. September, abends 10 Uhr, in Nauendorf bei Mücheln: Gruppenübungsstunde. Es ist Pflicht der Spielleute, dort zu erscheinen. Anzug: lange weiße Hose und Hemd. P. Henncke, stellv. Gruppenspielleiter.

Telephondienst am 6. September.

Alle Resultate sind telephonisch (1107) oder mündlich bezw. schriftlich am Sonntagabend von 1/48—9 Uhr nach dem „Volkssport" zu geben. J. A.: **Franz Paßt.**

Achtung, Sportvereine!

Wir bitten, uns, unabhängig von der Uebermittelung der Spielresultate an den Bezirk, Spielberichte und andere Mitteilungen bis spätestens Montag früh 9 Uhr einzusenden, damit sie noch in die Montagssportbeilage Aufnahme finden können.

Sportredaktion „Volksblatt".

Arbeitersportkartell Halle.

Dienstag, den 8. September, abends 8 Uhr: Kartellsitzung in der „Goldenen Kette". Erscheinen ist Pflicht, da wichtige Tagesordnung.

2. Kreis, 7. Bezirk, Gruppe Helbra.

Jugendwettkämpfe am 30. August in Stadt Mansfeld.

Trotz der ungünstigen Witterung hatten sich 397 jugendliche Sportgenossen zum Wettstreit eingestellt. Sammelpunkt war der Mansfelder Hof, Vereinslokal des Arbeiter-Turnvereins Stadt Mansfeld. Nach vorangegangener Kampfrichtersitzung ging's unter Vorantritt eines 60 Mann starken Tambourkorps nach dem herrlich gelegenen Sportplatz bei Schloß Mansfeld. Hier angelangt, traten um 9 Uhr 18 Riegen zum leichtathletischen Wettkampf an. Trotz Wind und Regenschauern wurden schöne Leistungen erzielt. Sehr gute Leistungen sind in den jüngsten Klassen zu verzeichnen. Nachstehend die drei Besten jeder Klasse: **18 bis 20 Jahre:** 1. Rang Paul Dressel, Ahlsdorf, 184 Punkte; 2. Rang Willi Krummel, Helbra, 179 Punkte; 3. Rang Fritz Köppe, Siebigerode, 148 Punkte. **16 bis 18 Jahre:** 1. Rang Fritz Thurm, Benndorf, 258 Punkte; 2. Rang Otto Müller, Helbra, 247 Punkte; 3. Rang Alfred Gärtner, Helbra, 244 Punkte. **14 bis 16 Jahre:** 1. Rang Walter Franke, Benndorf, 218 Punkte; 2. Rang Kurt Theile, Battenrode, 211 Punkte; 2. Rang Albert Brybielski, Helbra, 211 Punkte. **Turnerinnen:** 1. Rang Klara John, Helbra, 208 Punkte; 2. Rang Frieda Riedel, Helbra, 189 Punkte; 3. Rang Elli Pauli, Helbra, 183 Punkte. **Schülerinnen, 12 bis 14 Jahre:** 1. Rang Edith Schröter, Helbra, 297 Punkte; 2. Rang Anna Andre, Helbra, 211 Punkte; 3. Rang Anna Jennert, Helbra, 196 Punkte. **Schülerinnen, 10 bis 12 Jahre:** 1. Rang Anna Ungefroren, Ahlsdorf, 192 Punkte; 2. Rang Ella Doch, Helbra, 189 Punkte; 3. Rang Ilse Wichmann, Helbra, 187 Punkte. **Schüler, 12 bis 14 Jahre:** 1. Rang Walter Beinroth, Helbra, 359 Punkte; 2. Rang Walter Siebenhühner, Kl.-Mansfeld, 336 Punkte; 3. Rang Kurt Mehrmann, Helbra, 323 Punkte. **Schüler, 10 bis 12 Jahre:** 1. Rang Werner Thomas, Ziegelrode, 325 Punkte; 2. Rang Oswin Reitz, Ziegelrode, 286 Punkte; 3. Rang Heinz Pfeifer, Benndorf, 272 Punkte. **100-Meter-Lauf:** 18 bis 20 Jahre: 1. Willi Krummel, Helbra, 13 Sek.; 16 bis 18 Jahre: 1. Otto Müller, Helbra, 13,1 Sek.; 14 bis 16 Jahre: 1. Walter Franke, Benndorf, 14 Sek. **75-Meter-Lauf: Turnerinnen:** 1. Elli Pauli, Helbra, 11,2 Sek.; Schüler, 12 bis 14 Jahre: 1. Walter Beinroth, Helbra, 10,2 Sek.; 10 bis 12 Jahre: 1. Werner Thomas, Ziegelrode, 11 Sek.; Schülerinnen, 12 bis 14 Jahre: 1. Edith Schröter, Helbra, 11 Sek. **50-Meter-Lauf:** Schülerinnen, 10 bis 12 Jahre: 1. Ilse Wichmann, Helbra, 8 Sek. **Weitsprung:** 18 bis 20 Jahre: Willi Krummel, Helbra, 4,78 Meter; 16 bis 18 Jahre: Otto Müller, Helbra, 4,90 Meter; 14 bis 16 Jahre: Walter Franke, Benndorf, 3,95 Meter; Schüler, 12 bis 14 Jahre: Walter Beinroth, Helbra, 4,56 Meter; 10 bis 12 Jahre: Walter Mohnus, Hergisdorf, 3,78 Meter; Turnerinnen: Elli Pauli, Helbra, 4,33 Meter; Schülerinnen, 12 bis 14 Jahre: Edith Schröter, Helbra, 4 Meter; 10 bis 12 Jahre: Ilse Wichmann, Helbra, 3,75 Meter. **Kugelstoßen,** 10 Kilo: 18 bis 20 Jahre: Paul Dressel, Ahlsdorf, 7,47 Meter; 5 Kilo: 16 bis 18 Jahre: Fritz Thurm, Benndorf, 10,10 Meter; 14 bis 16 Jahre: Kurt Theile, Battenrode, 7,81 Meter. **Ballwerfen:** Turnerinnen: Hildegard Kegel, Ziegelrode, 26,38 Meter; Schüler, 12 bis 14 Jahre: Walter Siebenhühner, Kl.-Mansfeld, 49,40 Meter; 10 bis 12 Jahre: Werner Thomas, Ziegelrode, 45 Meter; Schülerinnen, 12 bis 14 Jahre: Edith Schröter, Helbra, 27,20 Meter; 10 bis 12 Jahre: Anna Ungefroren, Ahlsdorf, 29,80 Meter.

Jugendwettkämpfe in Wolferode.

Am Sonntag fand in Wolferode für die Eisleber Gruppe vom Arbeiter-Turn- und Sportbund die letzte Jahresveranstaltung, und zwar die Jugendwettkämpfe statt. Um 2 Uhr setzte sich der Zug, in Begleitung der Tambourkorps, von der Türkenschenke aus in Bewegung. Hier begrüßte der Gruppenturnwart Ernst Wernicke die Jugendsportler. Unter seiner Leitung begannen hierauf die Wettkämpfe. Es erhielten von folgenden Vereinen und Altersklassen die Höchstpunktzahl: Schüler, 10 bis 12 Jahre: Meisner, MTV.-Helfta, 308 Punkte; Schüler, 12 bis 14 Jahre: Otto Samtleben, MTV.-Bischofrode, 340 Punkte; Zöglinge, 14 bis 16 Jahre: Karl Schmidt, MTV.-Volkstedt, 300 Punkte; Turner, 16 bis 18 Jahre: Mirza Walter, Fr. H.-Wolferode, 342 Punkte; Schülerinnen, 10 bis 12 Jahre: Emma Grumpa, MTV.-Helfta, 228 Punkte; Schülerinnen, 12 bis 14 Jahre: Anna Riedewald, MTV.-Volkstedt, 165 Punkte; Turnerinnen, 14 bis 16 Jahre: Berta Braue, MTV.-Helfta, 157 Punkte; Turnerinnen, 16 bis 18 Jahre: Ella Morgenstern, Jahn-Eisleben, 194 Punkte.

16. Kreis, 7. Bezirk im Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Märkische Spielvereinigung.

Ergebnisse vom 30. August.

Naundorf b. L. Freie Turn- und Sportvereinigung I — Lauta I in Lauta 4:3 (3:1) für Naundorf. — Naundorf II — Aßkania II (Mückenberg) 1:2. — Sportfest Zschornegosda: Fichte I (Berlin) — Zschornegosda I 0:1. — Kaffdall: Fichte I (Berlin) gegen Zschornegosda I 4:4. — 400-Meter-Staffel: 1. Berlin 46,8, 2. Zschornegosda 47,1.

Vereinsmitteilungen.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Halle. Sonnabend und Sonntag feiern „Die Naturfreunde" ihr 17. Jahresfest. Der Sonnabend wird eingeleitet durch eine Abendfeier in der Aula des Reform-Real-Gymnasiums, Friesenstraße. Ilse-Berend-Groa rezitiert, ein Opernsänger singt russische Volkslieder, Musik und Gesang umrahmen die Feier. Eintritt für Ermäßlene 35 Pfg., Jugendliche 25 Pfg. Der Sonntagvormittag beginnt mit sportlichen Kämpfen der Ortsgruppen-Mitglieder im Stadtteil am Kirschberg bei Wörmlitz. Mittag 1 Uhr erfolgt der Abmarsch für alle anderen von der Linde am Hospital-Platz. Nachmittag ist dann Volksfest am Kirschberg. Belustigungen sind für Groß und Klein geplant. Der Rückmarsch erfolgt unter Fackelbeleuchtung abends 1/8 Uhr. Zu allen Veranstaltungen sind Gäste willkommen.

HFC. Viktoria 08, Halle. Am Sonntag, dem 6. September, finden folgende Spiele statt: Viktoria I bis III spielen gegen die gleichen Mannschaften vom Sportverein Kröllwitz auf dem Sandanger. Da sich die ersten Mannschaften beider Vereine ziemlich ein Jahr nicht gegenübergestanden haben, darf man auf den Ausgang des Spieles gespannt sein. Das Spiel findet um 4 Uhr statt. Viktoria spielt in folgender Aufstellung: Wernicke, Schauerhammer, Biering, Lüttich, Unsold, Ulbrich, Moisel, Zieger, Schubert, Meyer, Fiehlack. — Viktoria II spielt um 1/43 Uhr wie folgt: Denkewitz, Blume, Schubert, Baufeld, Werner, Schöne, Blank, Müller, Schlick, Neumann, Marx. — Viktoria III spielt um 1 Uhr wie folgt: Brandenberger I, Möritz, Kober, Brandenberger II, Markendorf, Betz I, Bechstedt, Hitzkde, Renner, Meyer, Betz II. — Viktoria Jugend spielt um 1 Uhr in Bruckdorf gegen Bruckdorf Jugend wie folgt: Meinhardt, Nietzke, Zähne, Müller, Walther, Singer, Jentsch, Winkelmann, Soff, Recke, Schaffernicht. Treffpunkt 1/2 12 Uhr: **Wurfeck.** Jugendleiter ist Hermann Kober sen. — **Am Sonnabend, dem 5. September,** findet die fällige Jugendversammlung im Vereinslokal statt. — Platzwärter für die erste Mannschaft sind Paul Brendel und Blank. Für die zweite Mannschaft Bechstedt und Hitzkde. Für die dritte Mannschaft Werner und Denkewitz. Treffpunkt ist für die erste und zweite Mannschaft eine Stunde vor Spielbeginn, für die dritte Mannschaft 1/2 Stunde vor Spielbeginn im Vereinslokal.

„Fichte", Halle. Trommlerkorps. **Montag, den 7. September:** Sitzung in der Baracke.

Arbeiter-Sport- und Bildungskartell Bitterfeld. Kinderfest: Hiermit weisen wir nochmals auf das Kinderfest am 6. September im Gesellschaftshaus hin. Antritt der Kinder zum Gesellschaftshaus ist der Sportplatz „Kühler Morgen". Abmarsch 1 Uhr mittags. Im Gesellschaftshaus findet ab 4 Uhr Garten-Freikonzert statt, abends Ball. Alle Arbeiter und Einwohner Bitterfelds, welche am gleichen Tage dem nationalen Rummel fernbleiben wollen, treffen sich im Bitterfelder Gesellschaftshaus.

Reichsjugendwettkämpfe der Hallischen Volks- und Mittelschulen.

Die Reichsjugendwettkämpfe der Hallischen Volks- und Mittelschulen finden in diesem Jahre am 17. und 18. September nachmittags im Stadion statt. Die Eltern und alle Freunde der Leibesübungen sind schon jetzt auf diese Veranstaltung hingewiesen.

Die Vorbereitungen zum Prager Fest 1927.

Der Vorstand des tschechoslowakischen Arbeiter-Turn- und Sportbundes lenkt jetzt bereits die Aufmerksamkeit auf das Prager internationale Arbeitersportfest 1927. Er weist darauf hin, daß die Vorbereitungen bereits in Angriff genommen worden sind und die Teilnahme von 40 000 Turnern erwartet wird. Im Mittelpunkt des Festes werden Freiübungen von Tausenden von Turnern und Turnerinnen stehen, und die ganze Veranstaltung soll vor dem hohen Niveau der Körperkultur des tschechoslowakischen Proletariats Hugnis ablegen. jal

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250904-16/fragment/page=0011

Das Blatt der Frau

Blütenzeit.

Von Friedrich Müllenhoff.

(Nachdruck verboten.)

Heinrich Hartmann schlug das Buch zu, lehnte sich weit in den Stuhl zurück, streckte Hände und Füße von sich, schüttelte die Hände ein paarmal in die Luft, als wollte er alles, was ihm unbehaglich war und ihn drückte, abwerfen, sprang auf und trat ans Fenster. Der Frühling war wieder ins Land gezogen und festlich wurde er empfangen. Alle Bäume hatten sich geputzt, die Kirschen ganz weiß, die Pfirsiche rosa, die Aepfel, die Pflaumen standen in schönstem Schmuck und der Wind koste mit ihnen, tanzte mit den schimmernden Blüten Ringelreihen, spielte husch, husch mit ihnen auf der Erde, bis sie sich müde auf Veilchen und Schlüsselblumen niederließen und da erzählten sie sich von sonnigen Tag, waren glücklich und küßten sich.

Heinrich sog den Duft der Blüte in sich ein. Frühlingsfreude, weiße, duftende, strömte in sein Blut, ließ seine Augen glänzen. Wie schön, wenn es doch immer blühen wollte!

Er räumte hastig seinen Arbeitstisch zusammen, stürmte die Treppe hinab.

„Mutter, ich kann nicht mehr lernen, die Blüte liegt mir in den Gliedern, ich muß hinaus, mein Zimmerchen ist mir zu eng geworden!

„Ja, Bub, geß; aber gelt, deine Aufgaben hast du gemacht und gelt Heinz, du lernst fleißig, du weißt, wie Vater ist.

Er muß schwer arbeiten, daß er dir das Studium ermöglicht und du mußt ihm dankbar sein, gelt Heinz."

„Ich weiß, Mutter, ersteres will ich selbst etwas Rechts werden und zweitens sollt ihr nicht umsonst für mich gespart haben. Aber heute, Mutter, heute muß ich hinaus in die Blüte, ich kann mir nicht denken, daß ich schon einmal diese Pracht gesehen habe, es ist so schön und der Tag leuchtet, morgen könnte es ja regnen!"

„Du Träumer!"

„Träumer? ich kann träumen, Mutter; wie lang dauert es noch, dann faßt mich das Leben an und dann darf ich nicht mehr träumen, ich geh jetzt; gelt Mutter, zum Abendessen bin ich zurück. Grüß Gott, Mutter!"

„Behüt dich Gott, Bub!"

Und draußen war er, Blüten umtanzten ihn, und der Wind spielte mit seinem Haar.

Beate Hartmann legte das Strickzeug aus der Hand, ging zum Fenster und folgte mit den Augen ihrem Jungen. Ein warmer Ton überflutete ihr Gesicht, wie stramm ihr Junge war, wie schlank gewachsen, wie seine Augen noch blinken konnten, sich freuen konnten an der Blüte.

„Geh' du immer den Blüten nach, du Guter und freue dich der Sonne!" Mutterglück senkte sich ins Herz der grauen Frau, sie strickte weiter und lächelte.

Hartmanns wohnten ganz draußen im Süden des Städtchens. Der alte Hartmann war Schreiner, hatte sein Lebtag gespart, aber erst als Fünfzigjaer war es ihm geglückt, sich sein Häuschen zu bauen. Und da lag es ganz versteckt, verschneit in Blüten, träumte, Frühjahr und Sommer hindurch und erst, wenn der Herbst wurde, wenn der Sturm die Blätter in die Weiten jagte und die Bäume ächzten, dann wachte es auf, dann sah man das Häuschen von außen. Und Glück mit ihren Buben hatten sie. Mutter Beate hätte sich früher ja gern ein Mädchen gewünscht, aber jetzt, da die drei älteren Jungen groß und verheiratet waren und nur noch der Jüngste zu Hause war, war sie zufrieden. Und stramme Kerls waren die Hartmanns Buben, der älteste war Rechtsanwalt, der zweite Baumeister und der dritte Werkmeister einer Maschinenfabrik. Nur daß die Jungen alle in der Ferne waren, das schmerzte sie manchmal. Aber zur Osterzeit, da ging es hoch her im Hartmanns-Haus, alljährlich kamen die Hartmanns Buben mit Frau und Kind zusammen, freuten sich der Heimat, erdrückten Großvater und Großmutter in zärtlicher Anhänglichkeit.

Beate Hartmann strickte und lächelte, bald war es ja Ostern, da gab es wieder Leben im Haus, die lieben Jungen!

Heinz Hartmann ging der Stadt zu, an der Gedwigsfiedlung vorbei führte ihn der Weg; wie in Märchen lagen die hübschen Häuschen da, weiß und rosa Blüten überall und in den Gärten träumten Schlüsselblumen und Krokos vom sonnigen Tag. Stare tummelten sich auf den Dächern, Finken neckten sich in den Bäumen, und in den Gärten hackten und schaufelten frische Menschen. Die Sonne hatte sich blank geputzt und lächelte lieb und der Himmel hatte seine Winterfarbe abgekratzt und sich einen neuen blauen Anstrich geleistet. Mächtig stolz war er darüber, kein Wölkchen durfte seine frische zarte Farbe trüben.

Heinrich nahm die Schönheiten in sich auf, barg sie an seinem Herzen und sein Herz füllte sich voll Sonne und Blüten; wie schön war es doch.

Heinrich Hartmann beschleunigte seine Schritte, ging die große Allee hinauf und machte nahe einem großen nüchternen Gebäude Halt. Kalt stach das Haus gegen seine Umgebung ab, keine Blumen schmückten das Fenster, am Eingang leuchtete ein großes Porzellanschild:

„Musikschule Klaus Ottbergen".

Er lief auf dem Gehweg einige Male auf und ab, horchte nach dem Fenster hin, aber alles blieb still; er sah auf die Uhr; fünf Minuten nach fünf zeigte die Eberhardskirche. Er lief wieder auf und ab und auf einmal rief es hinter ihm:

„Hallo, Heinz! Grüß Gott! Hast du lange warten müssen?"

Grüß Gott, Traute! Nein, ich bin noch nicht lange da; übrigens hätte ich noch gerne gewartet". Er schüttelte Ortrud Domhoff die Hand und die beiden jungen Leute gingen die Straße hinunter.

Ortrud Domhoff war ein prächtiges Kerlchen, gesund, sehr hübsch, natürlich, ein guter Kamerad; ihre sieben Jahre hinderten sie gar nicht, noch alle möglichen Streiche gelegentlich auszuführen. Da sie überdies in der Wahl ihrer Eltern sehr vorsichtig war, — ihr Vater war Direktor der Autowerke Daksurt und sie einziges Kind — so trübte kein Wölkchen ihre sorglose Jugend.

„Du, Heinz, meinst, ich hätte heute meinen Kopf beim Ueben gehabt? Ausgeschlossen! Was glaubst du, wie Herr Ottbergen umgehalten war, aber ich hatte kein Stückleich. Als ich um vier Uhr zur Stunde ging, lockte mich der prächtige Tag herart, daß ich am liebsten die Stunde geschwänzt hätte. Aber allein ist so langweilig!

„Mir ging es gerade so; der ganzen Nachmittag habe ich gelernt, aber auf einmal hielt es mich nicht mehr; du glaubst nicht, Traute, wie schön es jetzt draußen bei uns ist. Wann mußt du heim? Wollen wir nicht den Roten Berg hinauf?"

„Ach, ja, Heinz! das machen wir. Aber bis sieben Uhr müssen wir zurück sein. Gehen wir durch die Ulmenallee?"

„Ich ginge lieber durch den Friedhof, Traute, wir sind dann schneller auf dem Berg!"

„Da gehe ich nicht gerne durch, Heinz, ich habe Angst!"

Heinz lachte: „Aber Tante, hör mal, du und Angst! Die Toten schlafen, bei denen ist man sicherer als bei den Lebenden!"

„Wo den Toten habe ich auch keine Angst, das weißt du, so oft ich durch den Friedhof gehe, muß ich ans Sterben denken und jetzt, wenn die Sonne wieder so lieb scheint, möchte ich doch so gerne leben!"

Sie war blaß geworden und schauerte. (Schluß folgt.)

Valentinos Eheferien.

Wie aus Neuyork gemeldet wird, hat Rodolfo Valentino, der sich als Hauptdarsteller amerikanischer Filme in der ganzen Welt einen Namen gemacht hat, die Ehescheidungsklage gegen seine zweite Frau Winfred Hudnut, die Tochter eines steinreichen Neuyorker Parfümfabrikanten, eingereicht. In ihrer Eigenschaft als künstlerische und technische Leiterin der Filmangelegenheiten ihres Gatten hatte Frau Valentino das Recht für sich in Anspruch genommen, die Frauen, mit denen Valentino zusammenspielt, auszuwählen, da sie berechtigten Grund zur Eifersucht zu haben glaubte. Der Stein kam dadurch ins Rollen, daß Frau Valentino der jungen französischen Schauspielerin Goudal, die in einem in Vorbereitung befindlichen Film die Verführerin des Helden darstellen sollte, die Rolle im letzten Augenblick abnahm und sie einer anderen von ihr gewählten Schauspielerin übergab. Infolge der dadurch ausgelösten Unstimmigkeiten beschlossen die beiden Gatten, sich zu trennen. Sie erklärten beide, daß es sich hier nur um „Eheferien" handelt, die angezeigt erscheinen, um Gelegenheit zur Ueberbrückung der vorhandenen Gegensätze zu bieten. Man darf also die Hoffnung hegen, daß es bei diesem hochnotpeinlichen Konflikt nicht zum Aeußersten kommen wird.

Wo bin ich hergekommen?

„Wo bin ich hergekommen, wo hast du mich aufgelesen?" fragte das Kind seine Mutter.

Sie antwortete halb weinend, halb lachend und drückte das Kind an ihre Brust.

„Du warst verborgen in meinem Herzen als eine Sehnsucht, Liebling.

Du warst in den Puppen meiner Kinderspiele: und wenn ich aus Lehm das Bildnis meines Gottes formte jeden Morgen, dann formte und vernichtete ich dich.

In all meinem Hoffen und Lieben, in meinem Leben, in dem Leben meiner Mutter hast du gelebt.

Im Schoße des unsterblichen Geistes, der über unserm Hause weilet, bist du genährt worden durch Menschenalter.

In meiner Mädchenzeit, da mein Herz seine Blumenblätter aufschloß, schwebtest du als ihr Duft darüber.

Deine zarte Sanftheit blühte in meinen jugendlichen Gliedern wie ein Wolkenglühen vor Sonnenaufgang.

Himmelserwählter Liebling des Morgenlichtes, du bist den Strom des irdischen Lebens heruntergeschwommen, und zuletzt bist du an meinem Herzen gestrandet.

Ich schaue in dein Gesicht, und Unfaßbares überkommt mich. Du, der allen gehört, bist mein geworden.

Vor Angst, dich zu verlieren, halt ich dich eng an meiner Brust. Welcher Zauber hat den Schatz der Welt in diese meine Arme verstricht!"

Rabindranath Tagore.

Die Frau in der mittelalterlichen Kunst.

In einer neuen Publikation über „Mittelalterliche Plastik in Frankreich", die in hervorragender künstlerischer Ausstattung soeben im Delphin-Verlag (München) erschienen ist, charkterisiert Pierre Louis Ducharte ungemein anschaulich den wechselnden Charakter der mittelalterlichen Kunst in den einzelnen Jahrhunderten, je nach dem Geist, von dem die jeweilige Epoche erfüllt war. Durch diesen Wechsel der Welt- und Kunstanschauung in den verschiedenen Epochen des Mittelalters wird in seiner Kunst auch die Schilderung der Frau beeinflußt, die in den Plastiken des französischen Trecheuto ihre keuscheste Darstellung gefunden hat. Der Idealismus des 13. Jahrhunderts verehrte die Frau; er verkörperte sich im Madonnenkult. Und diese Madonna ist ernst und sanft, ohne den hieratischen, übermenschlichen Ausdruck des 12. Jahrhunderts. Sie erscheint am Portal fast sämtlicher Kathedralen; die neuen Orden der Franziskaner und Dominikaner sind, hübsch gelagt, richtige Ritterorden Mariä. So ist das 13. Jahrhundert das Jahrhundert der heiligen Jungfrau. Die Kunst wird sanft und milde wie sie, ihre Lieblingsstoffe entlehnt sie dem Leben Mariä: ihre Hochzeit, die Verkündung, ihre Befruchtung und Auferstehung, ihre Krönung und ihre Wunderwerke. Die Jungfrau des 13. Jahrhunderts ist immer jung, schön, sieghaft und menschlich zugleich. Am Ende des 13. Jahrhunderts ist sie nicht nur Weib, sondern lächelnde, glückstrahlende Mutter. Im 14. Jahrhundert ist diese Mutter der Erde so nahe gekommen, daß sie sich kaum noch bewußt ist, einen Gott auf dem Schoß zu halten. Sie belustigt das Kind, und dieses spielt mit ihr, genau wie eine Mutter aus Burgund mit ihrem Kindlein täte. Ihre Schönheit nimmt einen Erdgeruch an, der weit ab führt vom gemeingültigen Schönheitstyp des 13. Jahrhunderts. Erst das 15. Jahrhundert aber schafft die realistische Madonna, die schmerzzerrissene und gealterte Mater dolorosa, die nur noch eine unglückliche Sterbliche ist. So spiegelt nichts so sehr die keusche Auffassung des von Romantik erfüllten und heiteren Trechento vom Wesen der Frau wie seine bildnerische Madonnenverkörperung.

Mädchen, die um einen Mann boxen.

Ein ungewöhnlicher Boxkampf wurde kürzlich in London zum Austrag gebracht. Die Kämpfer waren zwei 20jährige junge Mädchen, und der Siegespreis war ein Mann, den beide liebten, der sich aber weder für die eine noch für die andere entscheiden konnte. Da man keinen Ausweg aus diesem Dilemma wußte, so kam man endlich überein, die Sache im Ring durch einen Boxkampf zu entscheiden. Man wählte zu diesem Zweck einen Schiedsrichter und zwei Sekundanten. Nachdem sich die beiden verliebten Damen einige Tage unter Leitung eines Boxmeisters einem Training unterzogen hatten, traten sie, mit schweren Boxhandschuhen ausgerüstet, zum Kampf an. In der vierten Runde erhielt die eine der Kämpferinnen einen schweren Kinnhaken, der sie in Tränen ausbrechen ließ. Der Schiedsrichter erklärte sie daraufhin für besiegt, und die Siegerin zog am Arme des Geliebten mit höhnischem Lachen ab.

Na, der arme Kerl kann sich gratulieren.

Von Liebe und Ehe.

Aus einer heimlichen Liebe wird oft eine unheimliche Ehe.

*

Die Welt wäre ein Garten des Philosophen, wenn jeder, der eine Xanthippe zur Frau hat, auch ein Sokrates wäre.

*

Wer Glück bei Frauen hat, bei dem haben die Frauen Unglück.

*

Aus einer „alten Liebe" wird bestenfalls eine „liebe Alte".

*

Die erste Liebe ist nur dann die schönste, wenn sie auch die letzte ist.

*

Das machte das Paradies aus: daß nur zwei Menschen darin wohnten.

*

Wo in der Liebe gerechnet wird, kommt meist ein „Bruch" heraus.

*

„Ich habe sie erobert!" schreckt
Der Bräutigam voll Seligkeit.
Nach Hangen und nach Bangen.
Das Bräutlein sinnt voll Heimlichkeit:
„Den hab ich schön gefangen ..."

F. Schrönghamer-Heimdal.

Lebenswende.

Roman von Alfred Schirokauer.

Copyright by Greiner u. Comp., Berlin W 30.
Nachdruck und Uebersetzungsrecht in fremde Sprachen vorbehalten.

34] (Nachdruck verboten.)

Er lächelte.

„Von Gott zu sprechen ist nicht gut."

„Weshalb?" Ihr Kopf fuhr herum.

Er wich aus. „Von Gott sollten Männer mit Frauen nur dann sprechen, wenn sie ihr Leben vereinigen."

„Weshalb?" fragte sie wieder.

„Weil es einen Gott gibt, der durch Worte leicht getötet wird," sagte er ernst. „Doch es ist genug für heute."

Da stand sie, umklammerte seine beiden Hände und flehte: „Sagen Sie mir alles, was Sie wissen. Ich will alles wissen. Ich bin oft so allein und denke immer im Kreise herum, nie in die Weite. Das macht so müde — Sagen Sie mir, was Sie von Gott wissen."

„Glauben Sie an den Gott, von dem der Pastor spricht?" fragte er.

„Kann man an ihn nicht glauben?" fragte sie scheu, in entsetztem Staunen.

Dann beugte sie den Mund ganz nah zu seinem Gesicht und flüsterte geheimnisvoll: „Ich will Ihnen etwas sagen, was ich keinem Menschen sagen würde, was mich so unglücklich gemacht hat. Oft, wenn wir Sonntags hinüberfuhren zur Kirchinsel, und die Sonne strahlte, daß man hätte schreien mögen vor Freude, oder wenn der Sturm die Segel zerfetzte, habe ich gedacht: das ist Gott. Und ich habe auf meiner Bank in der Kirche gesessen und konnte es nicht erwarten, bis der Pastor anfangen würde zu sprechen, gar nicht erwarten konnte ich es. Und ich dachte immer, heute wird er es dir sagen, was ganz Neues, Wunderbares wird er von Gott sagen. Aber er sagte nie etwas. Was er sagte, das — sie krallte die Finger in die Brüste — „das war nichts, das war alles so leer und matt. Darum sagen Sie mir jetzt, was Gott ist."

Er zog sie auf die Bank nieder und legte den Mantel wieder um ihre Schulter.

„Was Gott ist, wird in Ewigkeit kein Mensch ergründen," sagte er leise in Erinnerung an einen Vers, den er einmal gekannt. „Aber Sie haben recht, Gott ist im Sturm und in Sonnenschein, Gott ist dort oben in den Weiten des Raumes und den ewigen Gesetzen, in denen das Weltall kreist. Gott ist in Ihrer Schönheit, Gott ist überall. Denn Gott ist das Gute, Wahre und Herrliche dieser Welt."

Ihre Augen glänzten in blauem Schmelze auf. „Ich verstehe," nickte sie vor sich hin, „so habe ich Gott auch immer gedacht, nein, nicht gedacht, aber gefühlt habe ich es so."

Dann war wieder eine lange Stille, in die das Meer hineinbrauste.

Sie hatte die Augen geschlossen und lehnte sich müde an seine Schulter. Und plötzlich sang sie ein friesisches Fischerlied vom Sturm und Seenot, das endigte mit einem kernigen Gebet zu dem Herrn, der den Wellen gebiete. Leise sang sie es vor sich hin.

Er verstand kaum den plattdeutschen Text, aber er empfand, daß dieses singende Mädchen in dieser rauhenden Seenacht etwas Rührendes hatte und etwas von Ewigkeiten und zeitloser Schönheit. Und er faltete die Hände in frommer Freude und wußte, daß er die lauterste Nacht seines Lebens erlebte. — —

XV.

Dann trafen sie sich täglich.

Und immer kam sie ihm entgegen mit einer Frage auf den herben, aufklugen Lippen, die verriet, wie scharf sie nachgesonnen hatte über seine Worte.

Auch zur Gehilfin seiner Arbeit wurde sie ihm. Kindlich stolz schritt sie unter der weißen, gestärkten Haube neben Volk, dem Baumeister und dem Geometer über Höhen und Tiefen der Insel dahin und wies ihnen die schönsten Stellen der Heimat.

Und immer hatte sie das Richtige getroffen.

Abermals wurde im Dorfe gemunkelt und vieldeutig genickt. Und frohlockende: Hohn wurde laut gegen den Toren, der zum Verräter an seiner Heimat geworden war aus Liebe zu dem Mädchen, das in gerechter Vergeltung ihn jetzt wiederum verriet.

Die Ehrfurcht vor dem „Wohltäter" der Insel wob auch um Brigittes Haupt Verehrung.

Eine Enttäuschte freilich wütete in ohnmächtigem Hasse. Der Handelsherr aber hatte seine hoffnungslosen Ehepläne in sanguinischer Ergebenheit begraben und fand seinen Trost in der Fülle der neuen Unternehmungen.

Eines Morgens lichtete der blaue Kutter mit dem saftigen Gallionsweibe den Anker und führte Herrn Erickson hinüber ans „Land". Es galt Vorkehrungen zu treffen für den Bau des „Warenhauses von Manholm". Zugleich aber wollte er auch einmal ernsthaft mit seinem Freunde, dem Reeder, sprechen.

Doch Evangelines Jugend trug ihre Zurücksetzung nicht mit dem väterlichen Glückstemperament. Sie ließ sich von den Dorfjungen einen Seekreds fangen mit gefährlich scharfen Scheren. Wie ein junger Hummer säbelte er mit ihnen vor sich her. Den legte sie dem Trenkolen als Lagergenossen ins Bett.

Doch Völk merkte die sonderbar wandernde Bewegung unter der Decke. Als Evangeline am nächsten Morgen mit erwartungsvoller Schadenfreude das Frühstück brachte, hielt er ihr den gebundenen Rachegeist lächelnd entgegen und sagte gutmütig: „Sie haben Ihr Spielzeug in meinem Bett vergessen."

Zornübergglüht riß sie ihm das gliedernde Tier aus der Hand und fegte hinaus.

An einem sonnigen Vormittage lagen Völk und Brigitte im Sande der Düne. Er hatte sich auf dem Rücken ausgestreckt, die Arme unter dem Kopfe verschränkt, blickte hinauf in den klaren Winterhimmel und erzählte von seinem Leben.

Plötzlich hatte ihn die Lust angewandelt, die Erinnerungen jenes Novembertages in Berlin vor der Teilnahme dieses lieben Geschöpfes heraufzubeschwören. Er sprach von den Knabentagen an der See, von den Studentenjahren in Berlin, und davon, daß er ein Dichter hatte werden wollen.

„Ein Dichter," fragte sie, „was ist ein Dichter? Ich weiß es wohl — aber sagen Sie es mir einmal."

Völk sah hinauf in die flimmernde Helle und sagte: „Ein Dichter, Brigitte, ist ein Mann, der Geschichten erfindet und sie den Menschen erzählt. Wie die Großmutter Märchen erdenkt, die sie den Kindern erzählt, daß sie sich um ihre Knie drängen und ihre Augen groß und rund werden vor Teilnahme und Wundern. So erzählt der Dichter den Erwachsenen seine Märchen. Und, Brigitte, wenn er ein rechter Dichter ist und zu erzählen weiß von höchster Menschenfreude und tiefstem Erdenleid, dann drängt sich die Menschheit glückstrauscht und erschüttert um seine Knie und jedes Wort, das er spricht, ist unsterblich und lebt weiter durch die Jahrtausende."

Und er sprach von Homer und Sophokles, von Dante und Shakespeare. „Und der größte deutsche Mensch war auch der größte deutsche Dichter."

„Wer war das?" fragte sie in hastigem Eifer.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192509 04-16/fragment/page=0012